

Stadtparlament Winterthur

Protokoll der **20./21. Parlamentssitzung**
des Stadtparlaments im Amtsjahr 2024/2025
vom 7. April 2025

von 16.15 – 18.30 Uhr und 20.00 – 21.55 Uhr

Parlamentssaal des Rathauses, Marktgasse 20

Vorsitz:	F. Helg (FDP)
Protokoll:	A. Furrer
Entschuldigt:	20. Sitzung: N. Galladé (SR) 20./21. Sitzung: S. Gfeller (SP), G. Gisler (SVP), M. Gross (SVP), B. Oeschger (GLP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1*		Protokoll der 18./19. Sitzung	
2*	25.41	Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Umwelt und Betriebe (UBK) anstelle des zurücktretenden Ph. Weber (SP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026	M. Sorgo
3*	25.42	Wahl einer Präsidentin / eines Präsidenten der Sachkommission Umwelt und Betriebe (UBK) anstelle des zurücktretenden Ph. Weber (SP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026	M. Sorgo
4*	25.32 (DSS)	Verpflichtungskredit von jährlich wiederkehrend Fr. 480'000 für die Miete eines Dreifach-Kindergartens mit Betreuung und Bewegungsraum an der Pflanzschulstrasse 44 und von einmalig Fr. 330'000 für Ausstattung und Mobiliar	Th. Gschwind
5*	25.34 (DSS)	Verpflichtungskredit von jährlich wiederkehrend Fr. 198'000 für die Miete der Doppelsporthalle an der Sulzerallee 3 und von einmaligen Fr. 200'000 für deren Erstausstattung	A. Zuraikat

6*	25.5 (DSS)	Verpflichtungskredit von Fr. 36'260'000 für die Erweiterung der Schulanlage Langwiesen (Projekt-Nr. 12082)	A. Würzer
7*	25.39 (DSS)	Bericht zur Arbeitszeiterfassung der Mitglieder der Schulpflege Winterthur	Th. Gschwind
8*	25.17 (DSO)	Verpflichtungskredit von Fr. 1'225'000 für die Ausführung der Bettenoptimierung Alterszentrum Neumarkt	A. Geering
9*	25.29 (DPR)	Begründung der Motion F. Kramer-Schwob (EVP), M. Gross (SVP), I. Kuster (Die Mitte), C. Mancuso (FDP) und M. Nater (GLP) betr. Berücksichtigung des Wohnsitzes bei Eintrittspreisen für Sport & Kultur	
10*	25.28 (DSO)	Begründung des Postulats B. Oeschger (GLP), K. Vogel (Die Mitte / EDU), D. Rohner (EVP), D. Romay (FDP), C. Hertli-Wanner (Grüne / AL) und G. Gisler-Burri (SVP) betr. private Mandatspersonen (PriMa) zur Führung von Beistandschaften	
11	24.44 (DSS)	Beantwortung der Interpellation K. Vogel (Die Mitte), N. Holderegger (GLP), D. Roth-Nater (EVP) und P. A. Werner (SVP) betr. Nutzung der Handys und elektronischen Geräte an den Schulen Winterthurs	
12	24.54 (DSS)	Beantwortung der Interpellation N. Holderegger (GLP), K. Vogel (Die Mitte), C. Mancuso Cabello (FDP), A. Würzer (EVP) und P. Werner (SVP) betr. Versetzung aus disziplinarischen Gründen in Regelklassen	
13	24.19 (DBM)	Beantwortung der Interpellation A. Geering (Die Mitte/EDU), P. Angele (SVP), R. Heuberger (FDP) und L. Studer (GLP) betr. Erfordernis Erstellung von Mockups und Aufgaben der Fachgruppe Stadtgestaltung / AfS	
14	24.20 (DBM)	Beantwortung der Interpellation A. Geering (Die Mitte/EDU) und R. Heuberger (FDP) betr. Bauausschuss oder Baukommission – Teilrevision der Zuständigkeitsordnung für das Bauwesen	
15	24.43 (DBM)	Beantwortung der Interpellation P. A. Werner (SVP) betr. Verkehrssituation an der Stadthausstrasse	
16	24.45 (DBM)	Beantwortung der Interpellation A. Steiner (GLP), D. Romay (FDP), A. Büeler (Grüne/AL), A. Geering (Die Mitte/EDU), Ph. Angele (SVP) und B. Zäch (SP) betr. zirkuläres Bauen beim Unterhalt von städtischer Infrastruktur	
17	24.53 (DBM)	Beantwortung der Interpellation A. Geering (Die Mitte/EDU), A. Würzer (EVP), Ph. Angele (SVP), M. Nater (GLP) und R. Perroulaz (FDP) betr. Bewilligungsprozedere öffentliche Bauten	
18	24.5 (DBM)	Antrag und Bericht zum Postulat B. Oeschger (GLP), K. Frei Glowatz (Grüne/AL), B. Zäch (SP), A. Würzer (EVP) und U. Hofer (FDP) betr. Winterthurer Gewässer: Förderung der Zugänglichkeit und der biologischen Vielfalt	

**an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Parlamentspräsident F. Helg: Ich begrüsse alle zur heutigen Sitzung.

Karin Hürlimann (Mitglied der Schulpflege) sitzt in der hintersten Reihe und ist nachher eingeladen, beim Geschäft 4, Bericht Schulpflege Arbeitszeit, bei Bedarf an der Diskussion teilzunehmen. Es ist hier vorne ein Stuhl reserviert für das Traktandum und das allfällige Mitwirken bei der Beratung.

Ganz speziell begrüsse ich an der heutigen Sitzung Robert Hinnen, Statthalter und Bezirksratspräsident, der in der ersten Reihe in der Mitte sitzt, als Vertreter unserer Aufsicht. Er nimmt heute an dieser ersten Sitzung teil und schaut, wie das hier im Winterthurer Stadtparlament abläuft. Herzlich willkommen bei uns im Winterthurer Stadtparlament.

Mitteilungen

Parlamentspräsident F. Helg: Zuerst zu den Entschuldigungen. Für beide Sitzungen haben sich entschuldigt: Selim Gfeller (SP), Gaby Gisler (SVP), Michael Gross (SVP) und Benedikt Oeschger (GLP). Für die Nachmittagssitzung ist Stadtrat Nicolas Galladé abwesend.

Ich komme zur Verabschiedung eines Ratsmitglieds. An der heutigen Sitzung ist Gioia Porlezza (FDP) zum letzten Mal bei uns anwesend.

Sie war vom 16. Mai 2022 – 8. April 2025 Mitglied des Winterthurer Stadtparlaments.

Parlamentarische Ämter:

16. Mai 2022 – 8. April 2025: Mitglied der Sachkommission Umwelt und Betriebe (UBK)

9. Januar 2024 – 8. April 2025: Co-Fraktionspräsidentin FDP

9. Januar 2024 – 8. April 2025: Mitglied der Interfraktionellen Konferenz (IFK)

Seit drei Jahren war Gioia Porlezza Mitglied des Stadtparlaments, und sie tritt vorab aus beruflichen Gründen jetzt zurück. Bei den Gesamterneuerungswahlen 2022 bist Du, Gioia, direkt in das Parlament gewählt worden. Dein beruflicher Hintergrund (Studium der Politologie, berufliche Erfahrungen im Journalismus und im Kommunikationsbereich) hat Deinen Einstieg in die Kommunalpolitik wesentlich erleichtert. Deine liberale Wertehaltung zeigte sich immer wieder bei Deinen markanten Voten und auch bei den Vorstössen, die Du initiiert hast. Du hast Dich auch nicht beirren lassen, wenn ein Vorstoss nicht zu einem unmittelbaren Ergebnis führte, wie das bei der Motion für das höhere Bauen für mehr neuen Wohnraum der Fall war. Du hast die politische Arbeit auch immer wieder mit Humor aufgemischt. Dein gut wahrnehmbares Lachen hat manche Situation entkrampft und für gute Stimmung gesorgt – sei es hier im Parlament oder auch in unserer FDP-Fraktion.

Ich danke Dir im Namen des ganzen Parlaments für Dein Engagement im Stadtparlament und wünsche Dir alles Gute. Es gibt ja zum Abschied immer noch ein Geschenk und ich möchte Dir dieses noch überreichen. Ich bitte Dich, kurz nach vorne zu kommen. (*Applaus*) Zuerst einmal ist es die Urkunde mit allen Daten und dann hier, eingepackt, das Bild des Stadthauses, das Du Dir gewünscht hast. Ich hoffe, es ist Dir ein schönes weiteres Andenken.

G. Porlezza (FDP): Danke vielmals. Ich sage nichts. Ich bin etwas nahe am Wasser gebaut und weine fast, das hast Du sehr schön gemacht, Felix, danke vielmals.

Es hat mich sehr gefreut, mit Euch allen zusammenzuarbeiten, mit den einen mehr und mit den anderen etwas weniger.

Ich habe es gerne lustig und ich hoffe, Ihr habt es auch ohne mich weiterhin lustig. Und ich freue mich, mit dem einen oder der anderen von Euch vielleicht einmal einen Kaffee zu trinken. Danke vielmals. (*Applaus*)

Parlamentspräsident F. Helg: Dann geht es noch weiter im allgemeinen Punkt Mitteilungen mit dem Hinweis, dass Film- und Fotoaufnahmen, gestützt auf verschiedene Anfragen, generell erlaubt sind.

Ich habe noch weitere Informationen: Ich muss den Rücktritt von Alexandra Greminger per sofort aus der städtischen Kommission Schule Profil zur Kenntnis geben. Das ist ja eine Kommission, für welche das Stadtparlament die Mitglieder wählt. Ich danke Alexandra Greminger für ihren Einsatz im Namen des Parlaments. Seitens der IFK habe ich gehört, dass die Aufgleisung der Wahl einer Nachfolge im Tun ist und dass man da schaut, dass man möglichst schnell jemanden findet für dieses Amt.

Dann habe ich noch zwei Hinweise auf Rechtsmittelverfahren, die Beschlüsse des Stadtparlaments betreffen.

Das erste betrifft das Geschäft 2023.40, die städtische Telekommunikationsverordnung (Beschluss des Stadtparlaments vom 31. Oktober 2023). Dieses Geschäft hat der Bezirksrat entschieden am 28. Februar 2025. Der Bezirksrat hat einen Rekurs abgewiesen. Konkret war dort umstritten, ob das Rechtsverhältnis zwischen Stadtwerk Winterthur einerseits und Kunden und Kundinnen oder Dritten andererseits privatrechtlich geregelt sein dürfe, so wie das das Stadtparlament in Art. 10 der Verordnung statuiert hat. Der Bezirksrat hat die Festlegung des Stadtparlaments bestätigt. Inzwischen wurde mir zur Kenntnis gebracht, dass der Entscheid des Bezirksamts beim Verwaltungsgericht angefochten ist. Das ist also noch nicht rechtskräftig zurzeit.

Das zweite Verfahren betrifft den Beschluss 2021.47, Festsetzung von Verkehrs- und Niveaulinien im Bereich St. Galler-Strasse, Industriestrasse und Grüzefeldstrasse (Beschluss des Stadtparlaments vom 30. August 2021). Dort gab es einen Rekurs, der hängig war beim Baurekursgericht. Das Baurekursgericht hat am 6. März 2025 das Verfahren in Folge von Rückzug als erledigt abgeschlossen. Insofern ist dieser Beschluss jetzt rechtskräftig.

Soweit die Hinweise zum Schicksal von zwei Beschlüssen des Stadtparlaments.

Dann noch ein Hinweis zum Aufsichtsbeschwerdeverfahren betreffend Budget 2025 aus Sicht des Parlaments: Die Parlamentsleitung hat zur Aufsichtsbeschwerde Stellung genommen. Nach dem jetzigen Stand der Dinge kann sich der Stadtrat jetzt zur Rekursantwort des Parlaments äussern.

Dann möchte ich noch auf die Ablaufschemata zu Vorstössen hinweisen, die jetzt auf dem Internet verfügbar sind. Ich möchte da vor allem Marc Bernhard danken, der diese Arbeit auf sich genommen hat und sich mit diesem Programm auseinandergesetzt hat, mit diesen Ablaufschemen. Er hat die 11 Vorstossarten, die wir haben, analysiert und hinuntergebrochen auf einfache, grafische Darstellungen. Wir haben das dann zusammen noch finalisiert. Sie sind seit kurzem aufgeschaltet im Internet (unter Downloads) und stehen allen zur Verfügung, die sich damit näher befassen wollen. Insbesondere auch für Neumitglieder oder auch Medienschaffende, die da einen guten Anhaltspunkt haben, wie solche Vorstösse ablaufen. Nochmals herzlichen Dank an Marc Bernhard.

An dieser Stelle noch ein Hinweis auf den Abschlussanlass, der am Samstag, 10. Mai 2025 (zu Ende des Amtsjahres) stattfindet. Vielleicht einmal ein paar grobe Punkte, wie das aussieht: Wir werden im Gebiet Hegi/Neuhegi-Grüze sein. Am Nachmittag ist geplant, dass es eine Führung gibt zur städtebaulichen Entwicklung des Gebiets Neuhegi-Grüze. Dann stossen wir am Vorabend zum Jubiläumsanlass 800 Jahre Schloss Hegi, wo es auch noch eine Festansprache von Historiker Peter Niederhäuser gibt. Am Abend haben wir dann im Parlamentskreis den Apéro und das Abendessen auf dem Schlossgelände. Das sind die Eckpunkte für Samstag, 10. Mai 2025, an dem dieser Anlass stattfindet.

Soweit die Mitteilungen, die jetzt etwas umfangreicher ausgefallen sind.

Erklärungen

Parlamentspräsident F. Helg: Es wurden drei Fraktionserklärungen angemeldet. Ich nehme sie in der Reihenfolge nach dem Zeitpunkt der Anmeldung. Zuerst die Fraktionserklärung der FDP, die sich auf Schul- und Sportbauprojekte bezieht. Für die FDP spricht da Gioia Porlezza.

G. Porlezza (FDP): Dieses Votum halte ich zwar für die FDP-Fraktion, aber es betrifft uns alle: Denn das Parlament, so wie es hier sitzt, hat nicht nur die Funktion, sich mit Zahlen beschäftigen zu lassen, Voten zu halten und ab und zu die Hand zu heben. Wir haben die sehr zentrale Funktion, die Arbeit unserer Exekutive zu überprüfen, ihnen Fragen zu stellen und Antworten zu bekommen.

Hinter jedem von uns sitzen Wählerinnen und Wähler, Winterthurerinnen und Winterthurer, die darauf zählen, dass wir hinschauen. Und zwar kritisch. Es geht hier nicht um Parteien, sondern um Verantwortung. Ich bin mir ziemlich sicher, dass meine knapp 4'000 Wählerinnen und Wähler mit den 7'000 von Olivia Staub, oder den 3'500 von Maria Lischer oder von Daniela Roth-Nater thematisch wenig gemeinsam haben. Aber wenn wir sie fragen würden, ob sie von uns erwarten, dass wir genau hinschauen, würden alle sagen: Ja.

Und genau das wird uns immer wieder verunmöglicht.

Heute stehen wir vor drei gewichtigen Ausgabenentscheiden: Ein Verpflichtungskredit von jährlich wiederkehrend 678'000 Franken, davon 480'000 für die Miete eines Dreifach-Kinder Gartens und 198'000 Franken für die Miete einer Doppelsporthalle sowie einer einmaligen Investition in der Höhe von knapp 37 Millionen – für die Erweiterung der Schulanlage Langwiesen.

Das sind viele Zahlen. Aber was bedeutet das in Relation? Bei einer durchschnittlichen Steuerlast von 2'700 Franken entscheiden wir heute für knapp 14'000 Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Winterthur, welche diesen Betrag aufbringen werden müssen. Das entspricht etwa der gesamten Bevölkerung von Kreis Töss oder den Quartieren Lind, Altstadt und Heiligberg zusammen. Diese Summen sind nicht einfach ein Eintrag in einer Budgettabelle – sie sind Ausdruck einer finanziellen Verantwortung, die wir gegenüber den heutigen und künftigen Generationen tragen.

Natürlich – es geht um Bildung, um Betreuung, um Sport. Absolut wichtige Sachen. Doch wir müssen uns schon fragen: Wie lange können wir uns ein solches Ausgabenverhalten noch leisten? Und mit welchen Folgen für die kommenden Generationen?

Es ist symptomatisch für die aktuelle Planungspraxis dieser Stadt: Die Projekte werden uns erst dann vorgelegt, wenn es «höchste Eisenbahn» ist. Die Prämisse lautet: Friss oder stirb. Wir haben keine echte Wahl – entweder wir sagen Ja oder wir nehmen in Kauf, dass Infrastruktur fehlt, dass notfallmässig Unterrichtsräume dazu gemietet werden müssen und dass Räume ganz fehlen. Diese Form von Zusammenarbeit lässt kaum Raum für strategische Steuerung, geschweige denn für finanzielle Priorisierung. Und es verunmöglicht es dem Parlament, kritisch hinzuschauen bzw. noch in irgendeiner Form zu handeln. Der Stadtrat beschneidet uns mit seiner ständigen Dringlichkeit in unserer Kompetenz. Wir sind alles Milizparlamentarier – wir haben 7 Exekutivmitgliedern inklusive einer Verwaltung mit ca. 4'000 Mitarbeitenden überhaupt nichts entgegenzusetzen.

Dieses Votum ist überhaupt kein Nein zu Bildung, zu Betreuung oder zum Sport. Es geht allgemein weniger um den Inhalt der Vorlagen als um die finanzielle Tragweite und die nicht vorhandene Möglichkeit, als Parlament so Einfluss nehmen zu können, wie es die Bevölkerung von uns erwarten würde. Das Votum ist eine Aufforderung zu mehr Respekt gegenüber diesem Parlament und den Wählerinnen und Wählern, die hinter jedem von uns stehen.

Wir sind nicht bloss eine Abnickinstanz für das, was uns von der Verwaltung und dem Stadtrat präsentiert wird. Wir sind die demokratisch gewählte Kontrolle. Unsere Aufgabe ist es, genau hinzusehen, nachzufragen und, wenn nötig, auch einmal den Finger zu heben und zu sagen: So nicht.

Wer zwar Ja oder Nein sagen kann, aber die Konsequenzen bei einem Nein schlichtweg untragbar sind, dem wird die echte Wahl genommen. Der Stadtrat muss über die Bücher, wie er in Zukunft die Bürgerinnen und Bürger von Winterthur - sprich uns als Parlament - rechtzeitig in die Entwicklungsprozesse miteinbezieht und uns über Kosten und Kostenexplosionen informiert, die eine solche Tragweite haben. Alles andere beschneidet das Parlament in seiner Kompetenz. Vielen Dank.

Stadträtin M. Blum: Ich kann die Argumente zu einem gewissen Grad nachvollziehen. Ich kann jetzt einfach zu den Schulbauprojekten etwas sagen, es ging ja dann noch etwas weiter. Aber ich sage, da ich direkt angesprochen war, jetzt etwas zu den Schulbauprojekten. Ich kann es direkt nachvollziehen und ich schätze es auch sehr, dass die Kommissionsmitglieder jetzt auch noch im Zirkularbeschluss die Meinungen der Fraktionen abgeholt haben. Du hast es angesprochen, Gioia. Es geht hier um drei sehr ambitionierte Projekte, die sehr wichtig sind für unsere Stadt. Die drei Projekte stehen auch stellvertretend für die Situation, in der wir mit den Schulbauprojekten in dieser Stadt sind. Wir haben wahnsinnig viel Sanierungsbedarf, riesigen Aufholbedarf und wir haben ein Wachstum zu bewältigen. Es ist eine anspruchsvolle Sanierung, wir werden immer mehr mieten müssen. Und das ist wirklich stellvertretend, vielleicht auch für eine neue Zukunft. Und beim Mieten ist es wirklich so, da muss man auf Opportunitäten reagieren können. Da gibt es auch eine Gegenpartei, Mietverhandlungen sind ein langer Prozess.

Wir kennen die Kompetenzregelung, wir müssen hier ins Stadtparlament. Wir versuchen, das so gut wie möglich zu planen. Manchmal hat man einfach auch Sachzwänge. Nichtsdestotrotz konnten wir 2-3 Lesungen in den entsprechenden Kommissionen durchführen. Wir konnten alle Fragen beantworten, bis keine Fragen mehr da waren. Zeitlich waren wir alle sehr gefordert; es war der Stadtrat gefordert mit diesen Projekten, es war der Bau gefordert, es waren die Zusammenarbeitspartner (sei es auf Seiten Bau, sei es auf Seiten Vermietung) gefordert – und nicht zuletzt auch die Verwaltung. Denn die oberste Priorität hat, dass wir den Schulraum insbesondere zum neuen Schuljahr, aber auch vorausschauend für die kommenden Jahre rechtzeitig zur Verfügung stellen können.

Da hat es eine spezielle Situation gegeben. Wir haben so gut wie möglich geplant. Wir haben es sehr geschätzt, dass Ihr uns da entgegengekommen seid. Ihr habt nicht viele Sitzungen, im Mai ist Konstituierung. Das heisst, es gäbe eine Verzögerung um weitere zwei Monate. Diese wollten wir umgehen und dabei haben nun alle, inklusive der Kommissionsmitglieder, mitgearbeitet. Dafür nochmals herzlichen Dank.

Ich möchte nochmals den Willen bekräftigen: Wo immer möglich, versuchen wir natürlich, das einzuplanen. Wichtig ist vor allem, dass alle Fragen beantwortet sind. Das konnten wir gewährleisten. Und im Schulthema, im Schulumfeld, ist auch besonders wichtig, dass wir zum Schuljahresbeginn bereit sind, d.h. das nimmt auch wieder ein bisschen an Flexibilität für uns. Das ist wichtig. Und im Bereich der Sportanlage ist es auch ein sehr innovatives Projekt, bei dem noch viel mehr Partner und Partnerinnen dabei sind, das werden Sie dann noch hören. Letztlich geht es um die Schülerinnen und Schüler und die Sportlerinnen und Sportler in unserer Stadt. Und wir alle tun gemeinsam etwas, dass sie ein gutes Umfeld finden und der Schule und dem Sport gerecht werden. Danke vielmals.

Parlamentspräsident F. Helg: Die nächste Fraktionserklärung kommt von der SP, betreffend der Vertretung der Interessen von Winterthur im Kantonsrat. Ich bitte Maria Sorgo.

M. Sorgo (SP): Am letzten Montag hat sich wieder einmal gezeigt, dass der rechten Mehrheit im Kantonsrat, teilweise auch flankiert durch sogenannte Mitte-Parteien, inzwischen jedes Mittel recht scheint, die Gemeindeautonomie dort einzuschränken, wo ihnen kommunale Entscheide politisch nicht in den Kram passen. Besonders eingeschossen haben sie sich dabei auf die zwei Städte Zürich und Winterthur.

Mit der Zustimmung zur Mobilitätsinitiative wollen die bürgerlichen Parteien auf Biegen und Brechen die städtische Verkehrspolitik bestimmen und übersteuern. Und das, obwohl die

städtische Bevölkerung sich ganz klar genau für diese Verkehrspolitik ausspricht. Das zeigt eine entsprechende Umfrage der Städtekonferenz, die ebenfalls letzte Woche veröffentlicht wurde. Tempo 30 zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, Tempo 30 für die Lebensqualität in den Quartieren, Tempo 30 zur Reduktion des Verkehrslärms – das alles wird von der Winterthurer Bevölkerung extrem geschätzt.

Dass jetzt auch bürgerliche Vertreter:innen aus Winterthur dieser Initiative zugestimmt haben, zeigt deutlich, dass ihnen die Bedürfnisse der eigenen Stadtbevölkerung inzwischen eigentlich egal sind. Es geht nur noch darum, die eigene Meinung durchzudrücken. Es geht aber noch dreister: Inzwischen verraten bürgerliche Vertreter aus Winterthur im Kantonsrat sogar aktiv und ungeniert die Interessen der eigenen Stadt. So hat Thomas Anwander (seines Zeichens Mitte-Kantonsrat, Präsident der Handelskammer und der Arbeitgebervereinigung Winterthur) zusammen mit anderen bürgerlichen Kollegen am letzten Montag einen Vorstoss eingereicht, der das bewährte Instrument des Zentrumslastenausgleichs direkt angreift, ja klar in Frage stellt. Und damit Winterthur finanziell massiv Schaden würde. Direkt darunter leiden würden folglich die Menschen aus dieser Stadt. Das sind eigentlich die Menschen, welche Herr Anwander im Kantonsrat vertreten sollte.

Wir alle hier im Saal wissen: Die Städte Winterthur und Zürich erbringen aufgrund ihrer Zentrumsfunktion in verschiedenen Bereichen essenzielle Leistungen, welche mit zusätzlichen Kosten verbunden sind. Beispielsweise im Sozial- oder im Bildungsbereich, aber gerade auch in der Kultur oder in Sachen Freizeit erbringen die grossen Städte Leistungen, die alle Leute aus dem ganzen Kanton nutzen und die sie auch äusserst schätzen. Bereiche, die unsere Stadt ja auch gerade so lebenswert machen. Darauf möchte niemand verzichten. Ich gehe einmal davon aus, auch die Damen und Herren von der bürgerlichen Seite nicht. Es ist also nichts als fair, wenn die dadurch zusätzlich entstehenden Kosten zumindest teilweise auch vom ganzen Kanton getragen werden.

Einige hier im Saal können sich sicher noch daran erinnern, wie viel hartnäckige, überparteiliche Arbeit es brauchte, um beispielsweise den Zusatzlastenausgleich durchzubekommen und damit auch eine fairere Verteilung der Mittel zu erreichen. Eine Massnahme notabene, die seither das Budget von Winterthur jährlich um mehrere Millionen Franken entlastet.

Im Vorstoss von Herrn Anwander wird jetzt einfach mal behauptet, dass durch diese Zentrumsfunktion auch verschiedene Vorteile entstehen, die sich in höheren Steuererträgen, wirtschaftlichen Vorteilen und einer höheren Arbeitgeberattraktivität zeigen würden. Das mag ja sogar teilweise auch so sein. Gleichzeitig ist es aber ja Herr Anwander, der in seiner Funktion als Präsident der Handelskammer Winterthur nicht müde wird, sich bei jeder Gelegenheit über die schlechte finanzielle Situation der Stadt Winterthur auszulassen.

Liebe Anwesende, ich glaube, wir alle merken, dass da etwas nicht ganz stimmen kann. Es entbehrt jetzt doch nicht einer gewissen Ironie, wenn die Bürgerlichen hier im Saal ständig die linke Politik für die finanzielle Situation unserer Stadt verantwortlich machen, ihre Kolleg:innen im Kantonsrat aber gleichzeitig keine Gelegenheit auslassen, den eigenen Städten zu schaden und sie ausbluten zu lassen, indem sie ihnen finanzielle Einnahmen kürzen.

An dieser Stelle weisen wir gerne nochmals auf die Senkung der Unternehmenssteuer hin. Über diese werden wir im Mai ja abstimmen. Dieses unnötige Steuergeschenk wird Winterthur jährlich mindestens 9 Millionen Franken kosten. Und weil diese Vorlage eben auch dem Kanton ein Loch in seine Kasse reisst, will der Kanton jetzt auch noch bei den Gemeinden einen Viertel der Grundstückgewinnsteuer abschöpfen. Das wiederum würde natürlich dazu führen, dass wir zusätzliche Steuerausfälle in unserer Stadt haben. Wir fordern deshalb auch da die bürgerlichen Parteien in Stadt und Kanton nochmals auf, sich gegen diese Vorlage auszusprechen, dagegen Stellung zu beziehen und spätestens im Kantonsrat auch diese Vorlage abzulehnen.

Geschätzte Kolleg:innen der bürgerlichen Seite: Es wird endlich Zeit, dass die Winterthurer Vertreter:innen im Kantonsrat sich auch für die Winterthurer Interessen einsetzen. Bitte erinnern Sie Ihre Kolleg:innen daran, bevor sie ein nächstes Mal Vorlagen unterstützen, welche den städtischen Interessen diametral entgegenlaufen, wen sie denn eigentlich im Kantonsrat vertreten.

Wir werden das Stimmverhalten von allen Winterthurer Kantonsrät:innen auf jeden Fall genau beobachten und in diesem Rat – aber auch anderswo – immer wieder zur Sprache bringen. Die Winterthurer Bevölkerung muss wissen, wer sich ernsthaft und auf allen Ebenen für ihre Interessen und für die Lebensqualität dieser Stadt einsetzt.

Parlamentspräsident F. Helg: Gemäss Geschäftsordnung gibt es zu Erklärungen keine direkte Diskussion - ich richte das an Marc Wäckerlin, der sich zu einem Votum gemeldet hat -, sondern allenfalls jetzt nur eine Replik des Stadtrats. Allenfalls müsstest Du Dein Anliegen später mit einer persönlichen Erklärung geltend machen. Ich möchte es aber jetzt beschränken und das Wort dem Stadtpräsidenten Mike Künzle erteilen.

Stadtpräsident M. Künzle: Offenbar werfen die Wahlen schon ihre Schatten voraus, das haben sie ja eigentlich letzte Woche schon gemacht. Ich muss einfach ganz am Anfang sagen: Kantonsrät:innen und Kantonsräte sind frei in ihrer Meinungsbildung. Einfach mal grundsätzlich. Wir haben als Stadtrat keine Weisungsbefugnis. Was wir aber machen im Interesse der Stadt Winterthur: Wir nehmen jeweils Kontakt auf, führen bilaterale Gespräche und Telefonate. Wir treffen uns regelmässig mit Kantonsrät/-innen, wir treffen uns auch regelmässig mit Nationalrät/-innen und Ständerät/-innen in Bern. Das ist eine sehr wichtige Aufgabe. Diese Aufgabe ist für uns so wichtig, dass wir das auch der strategischen Ebene platziert haben. Wir wollen lobbyieren, wir wollen über Interessensvertretungen sprechen – und das machen wir meines Erachtens auch sehr intensiv.

Wir hatten auch schon Erfolge. Einer wurde angesprochen, der Soziallastenausgleich. Ich bringe noch ein zweites Beispiel, das ist Bahnhof Grüze Nord, wo wir auch interveniert haben beim Nationalrat und beim Ständerat, wo es auch etwas bewirkt hat, wo es sich gelohnt hat, auf die Hinterbeine zu stehen.

Wichtig ist, dass wir uns für unsere Stadt als Exekutive einsetzen. Das machen wir, das machen wir auch weiterhin, das ist eine sehr wichtige Aufgabe. Und wir werden sicher auch mit diversen Kantonsrät/-innen weiterhin das Gespräch suchen. Danke.

Parlamentspräsident F. Helg: Wir kommen noch zur dritten Fraktionserklärung, die angemeldet wurde von der Fraktion Grüne/AL betreffend Route der 1. Mai-Kundgebung. Roman Hugentobler bitte.

R. Hugentobler (Grüne/AL): Der 1. Mai ist ein wichtiger Tag für alle Arbeiter*innen. Sie bringen da einmal im Jahr ihre vielfältigen Anliegen auf die Strasse. Auch in Winterthur findet dieses Jahr wieder ein 1. Mai-Umzug statt, unter dem Motto «Winti für alle – Umverteilen & neugestalten».

Ich stehe jedoch nicht hier, um Werbung für den 1. Mai zu machen, sondern um im Namen der Grüne/AL-Fraktion die diesjährige Demo-Route zu kritisieren. Diese führt nämlich lediglich vom Neumarkt zum Casinotheater, hinauf zum Stadthaus und dann direkt über den unteren und oberen Graben zur Reithalle. Diese Route ist einfach ein schlechter Scherz. Nicht nur führt die Route an keinem belebten Ort vorbei, sie ist auch um einiges kürzer, als die Route, die das 1. Mai-Komitee beantragt hat. Sie wollten nämlich vom Neumarkt über die Technikumstrasse und den Bahnhofplatz in Richtung Stadthaus und dann in Richtung Reithalle gehen.

Die Route der Stadtpolizei führt weder über die Technikumstrasse noch über den Bahnhofplatz. Die beiden Orte, wo man an einem Feiertag wie dem 1. Mai am meisten Menschen erreichen kann. Die Stadtpolizei macht also den 1. Mai-Umzug im Grunde unsichtbar. Die Stadtpolizei begründet ihre Absage der Route des 1. Mai-Komitees mit den massiven Sprayerien vom letzten 1. Mai-Umzug. Das ist nichts anderes als eine Kollektivstrafe. Und das, obwohl das 1. Mai-Komitee stets kooperativ mit der Stadtpolizei zusammenarbeitet.

Solch massive Sprayereien darf es natürlich nicht geben. Das ist wohl hier drinnen unbestritten. Eine Kollektivstrafe ist jedoch ebenso fehl am Platz. Die Grüne/AL-Fraktion fordert deshalb, dass die Stadtpolizei die Demo-Route entsprechend anpasst und uns die Route laufen lässt, die das 1. Mai-Komitee vorgeschlagen hat. Danke.

Stadträtin K. Cometta: Vielleicht gleich zuerst: Es stimmt einfach nicht. Das 1. Mai-Komitee hat das Gesuch mit dieser Route eingereicht und die Stadtpolizei hat das Gesuch so bewilligt. Aber vielleicht trotzdem noch die längere Version: Sie beginnt letztes Jahr am 1. Mai 2024. Damals kam es wirklich zu erheblichen Sachbeschädigungen durch Sprayereien. Die Schadenshöhe lag bei mehreren zehntausend Franken. Es gab Pyrotechnik und man hat in den beschlagnahmten Taschen auch Schlagruten gefunden. Das ist wohl allen hier drinnen klar: Das hat nichts zu tun mit freier Meinungsäusserung.

Ich finde auch, 1. Mai ist ein wichtiges Fest für viele Leute. Aber der Stadtrat verurteilt es, wie das letztes Jahr gelaufen ist. Und ich hätte mir auch gewünscht, dass auch Du, Roman Hugentobler, Dich distanziert hättest von dieser Art 1. Mai. Wie auch immer: Nach diesem 1. Mai 2024 gab es eine Nachbesprechung von der Stadtpolizei mit dem 1. Mai-Komitee und dort war eines klar: Beide Seiten haben das Ziel geäussert, dass eine friedliche Kundgebung, ein friedlicher 1. Mai möglich sein soll. Das war der Ausgangspunkt 2024.

Im Februar 2025 gab es dann eine zweite Vorbesprechung mit dem 1. Mai-Komitee. Dort hat das 1. Mai-Komitee zum Ausdruck gebracht, dass sie nicht eine stehende Kundgebung wollen, sondern einen Demo-Zug. Es kam neu dort auch zum Ausdruck, dass der Schluss im Teuchelweiher sein soll und nicht wie in den letzten Jahren im Neumarkt. Und in diesem Gespräch hat man die jetzt vorgesehene Route als am sichersten und besten beurteilt; also den Start im Neumarkt, über die Stadthausstrasse und den Graben zum Teuchelweiher. Und wenn Du jetzt sagst, das sei kein belebter Ort, dann empfehle ich Dir, einmal an einem schönen Samstag ein bisschen an den Graben zu gehen. Ich finde, das ist eine lebendige Altstadt, das ist eine gute Route, bei der man auch gesehen und gehört wird.

Und wie ich schon am Anfang gesagt habe: Das 1. Mai-Komitee hat das Gesuch um Bewilligung der Demo in dieser Form eingereicht, mit dieser Route und diesen definierten Stopps. Und ich hoffe, dass sich auch alle an diese Bewilligung halten. Und ich wünsche allen, die am 1. Mai demonstrieren wollen, ein schönes und friedliches Fest. Danke.

Parlamentspräsident F. Helg: Bei den persönlichen Erklärungen hat Nicole Holderegger das Votum angemeldet. Ich bitte sie, jetzt das Wort zu ergreifen.

N. Holderegger (GLP): Ich werde meine persönliche Erklärung verlesen. Es tangiert ein Vorkommnis vom 24. Februar 2025 in diesem Rat.

Ich habe mir lange überlegt, ob ich mich heute zu Wort melden und eine persönliche Erklärung abgeben soll zum Vorkommnis vom 24. Februar 2025, als Reto Diener Romana und mich der Lüge bezichtigt hat. Wieso habe ich lange überlegt, ob ich mich heute zu Wort melden soll? Weil ich Reto Diener kein weiteres Mal eine mögliche Bühne bieten will.

Doch lassen wir zuerst noch einmal die Ereignisse vom 24. Februar 2025 Revue passieren: Unser Parlamentskollege Reto Diener sagte damals im Zusammenhang mit der Begründung des Postulats betreffend Priorisierung der Investitionskredite zu Gunsten der Schulhäuser folgendes (ich zitiere): «Ich möchte doch nochmals darauf hinweisen, liebe Romana, liebe Nicole: Ihr habt ein Postulat geschrieben mit einem sehr klaren und sehr deutlichen Titel. «Priorisierung der Investitionskredite zu Gunsten der Schulhäuser». Wer uns unterstellt – und das macht Ihr beide –, wir würden irgendetwas in dieses Postulat interpretieren, der liegt falsch und lügt und erzählt uns ein Märchen.»

Reto Diener bezichtigt Romana und mich also der Lüge. Eine Demokratie, wie wir sie hier in der Schweiz, in dieser Stadt und auch in diesem Ratssaal leben, lebt davon, dass man mit anderen Meinungen und Auffassungen konfrontiert wird. Und sich damit auseinandersetzen soll. Man darf auch Kritik üben. Doch diese Kritik findet eben dort ihre Grenze, wo ehrenrührige und rufschädigende Aussagen gemacht werden.

Reto Dieners an Romana und mich gerichtete Aussage «Ihr lügt und erzählt uns Märchen» ist rufschädigend und ehrverletzend und potenziell strafbar.

Ich bin der Auffassung, geschätzte Anwesende, dass diese Art von Politik, diese Art von beleidigender und ehrenrühriger Rede in diesem Ratssaal keinen Platz hat und nicht goutiert werden sollte. Und deshalb habe ich mich heute gemeldet.

Diese beleidigenden und ehrenrührigen Angriffe auf Personen sollten hier in diesem Rat nicht geduldet werden, auch unter dem neuen Ratspräsidium nicht. Ich verbiete mir dezidiert solche beleidigenden und ehrenrührigen Angriffe auf Personen von links bis rechts in diesem Rat – und damit auch auf mich. Meine Meinung und meine Aussagen dürfen, wie bereits erwähnt, kritisiert werden und man darf natürlich anderer Meinung sein. Aber wenn man neben der Sache auch noch – wie vorliegend passiert – auf die Frau zielt, dann ist dies nicht der politische Stil, den wir hier in Winterthur leben und pflegen. Eine öffentliche Entschuldigung würde vom gebührenden Respekt diesem Gremium gegenüber zeugen.

Ich wünsche mir ferner von einem Ratspräsidium, dass es in Zukunft direkt im Rat, unaufgeregt und sachlich, wie es die ehemalige Ratspräsidentin Barbara Huizinga auf ein ähnliches Vorkommnis getan hat, für alle sichtbar sofort reagiert. In diesem Zusammenhang erlaube ich mir den Hinweis auf Art. 3 Abs. 2 lit. b Geschäftsordnung des Stadtparlaments, wonach der Parlamentspräsident/die Parlamentspräsidentin für die Befolgung der Geschäftsordnung, für die Einhaltung des parlamentarischen Anstandes und für Ordnung im Saal besorgt ist.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Parlamentspräsident F. Helg: Nach Art. 63 Abs. 3 Organisationsverordnung, ich habe das schon einmal gesagt heute Abend, findet zu persönlichen Erklärungen keine Diskussion statt. Das Präsidium kann aber einem Mitglied des Parlaments das Wort zu einer kurzen Replik erteilen. Reto Diener sagte, er möchte dazu noch etwas sagen. Ich gebe ihm das Wort.

R. Diener (Grüne/AL): Es war selbstverständlich von meiner Seite her nie irgendwie die Absicht, Euch als Frau oder als Person anzuschiesen. Dafür entschuldige ich mich, wenn das so angekommen ist. Da habe ich kein Problem damit und das ist auch nachvollziehbar.

Ich möchte aber trotzdem zur Sache noch etwas sagen, wo ich finde, das ist berechtigt. Die Kritik, die ich gemacht habe, habe ich vielleicht ein bisschen überspitzt formuliert, aber sie war berechtigt. Ich erinnere daran, das Wort, das ich verwendet habe («lügen»), bedeutet «die Unwahrheit sagen», also etwas nicht richtig darstellen. Das ist ein offizieller Begriff, der bekannt ist und den man immer wieder nutzt. Ihr habt damals behauptet und uns unterstellt, wir würden Investitionen gegeneinander ausspielen wollen bzw. wir hätten gesagt, dass Ihr das hättet machen wollen, die Investitionen gegeneinander auszuspielen. Und Investitionen gegeneinander ausspielen oder irgendetwas gegeneinander ausspielen, heisst, dass man etwas macht und etwas anderes eben nicht. Man schränkt also die Möglichkeiten, die Varianten, die man gehen kann, ein, indem man sagt, ich gehe nur diese Variante und die andere kann ich dann eben nicht mehr gehen.

Und das ist genau das, was ich gesagt habe an diesem Abend: Mit der Investitionspriorisierung, die Ihr mit diesem Postulat auf den Weg gegeben habt, passiert genau das. Weil das Geld knapp ist, muss man auf die eine Seite vielleicht etwas priorisieren und anderes muss man auf die Seite legen, mindestens auf die lange Bank schieben. Was dann ja nicht heisst, dass es überhaupt realisieren werden kann irgendwann. Damit, und das war meine Kritik, habt Ihr eigentlich zweifach nicht die Wahrheit gesagt: Ihr habt uns unterstellt, dass wir das so sagen würden, dass wir Investitionen gegeneinander ausspielen würden und dass das nicht stimmt. Das stimmt, Ihr habt genau das gemacht mit diesem Postulat. Ihr habt nämlich mit Hilfe der Priorisierung die klare Aussage gemacht, auf das habe ich aufmerksam gemacht und sage es nochmals: Schulbauten sollen bevorzugt werden gegenüber allen anderen Investitionen.

Und Ihr habt zum zweiten auch nochmals Unrecht gehabt, indem Ihr selbst gesagt habt, Ihr wolltet nicht gegeneinander ausspielen, Ihr wolltet die Investitionen nicht gegeneinander aus-

spielen. Auch das war nicht richtig, denn Ihr habt mit diesem Postulat nichts anderes als genau das effektiv beabsichtigt. Und genau deshalb bleibe ich bei meiner Aussage und bei der Kritik; entschuldige mich aber selbstverständlich für allfällige ehrbeleidigende Aussagen. Danke für die Aufmerksamkeit. selbstverständlich entschuldigen.

Parlamentspräsident F. Helg: Das Parlament einschliesslich dem Präsidenten dieses Gremiums konnten jetzt Kenntnis nehmen von den Sichtweisen zum Votum von Reto Diener an der letzten Sitzung und es wird ja dann auch alles noch im Protokoll dokumentiert sein, so dass man das jetzt abschliessen kann.

Ich frage jetzt Marc Wäckerlin, ob er sein Votum jetzt noch als persönliche Erklärung anschliessen möchte. Das ist der Fall, ich gebe ihm das Wort.

M. Wäckerlin (SVP): Auch mir geht es um eine Wortwahl hier im Parlament, respektive nicht nur hier drinnen, sondern auch draussen. Und zwar von linker Seite, da wird immer häufiger ein Framing gebraucht, es werden Begriffe besetzt – jetzt natürlich auch wieder im Hinblick auf die Wahlen. Und dem möchte ich schon noch gerne kurz entgegenheben. Also: So etwas wie «Steuergeschenke» gibt es nicht. Steuern sind Geld, die der Staat den Leuten und den Firmen wegnimmt. Wenn der Staat weniger Geld wegnimmt, ist das kein Geschenk. Danke vielmals.

Traktandenliste

Parlamentspräsident F. Helg: Wir hatten jetzt 45 Minuten Vorspann und kommen jetzt zur Traktandenliste.

Bei den Traktanden gibt es eine Verschiebung in der Beratungsreihenfolge: Wir werden Traktandum 8, das Geschäft betreffend Bettenoptimierung und Traktandum 10, das Postulat betreffend private Mandatspersonen (beides Geschäfte zum Departement Soziales) an der Abendsitzung behandeln, weil der zuständige Stadtrat Nicolas Galladé jetzt abwesend ist. Wir werden dann an der Abendsitzung (sofern wir überhaupt so weit kommen mit den Traktanden) dieses Stadtratsgeschäft an den Anfang nehmen.

Behandlung ohne Diskussion ist vorgesehen beim Traktandum 8, Kredit betreffend Bettenoptimierung, weil es dort auch in der Kommission keinen Widerspruch gab.

Gibt es Einwände dazu oder weitere Anträge zur Traktandenliste? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Traktandenliste so genehmigt.

1. Traktandum

Protokoll der 18./19. Sitzung

Parlamentspräsident F. Helg: Protokoll der 18. und 19. Sitzung vom 24. Februar 2025. Gibt es Anmerkungen oder Einwände zum Protokoll? – Das ist nicht der Fall.

Damit danke ich an dieser Stelle wiederum Andrea Furrer für das sehr speditive und umsichtige Erstellen des Protokolls. Das Protokoll gilt demnach als genehmigt.

Ich kann hier nochmals den Hinweis anfügen, wie ich das schon oft gemacht habe, dass die Einreichung von vorbereiteten schriftlichen Voten das Protokollieren für Andrea viel einfacher macht. Ich danke allen, die sich diesem Hinweis auch fügen.

2. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.41: Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Umwelt und Betriebe (UBK) anstelle des zurücktretenden Ph. Weber (SP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026

Parlamentspräsident F. Helg: Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Umwelt und Betriebe (UBK) anstelle des zurücktretenden Philipp Weber (SP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026. Das Wort hat die Präsidentin der IFK, Maria Sorgo.

M. Sorgo (IFK): Die IFK schlägt vor als Ersatz: Katja Hager (SP).

Parlamentspräsident F. Helg: Gibt es weitere Vorschläge aus dem Plenum? – Das ist nicht der Fall.

Damit erkläre ich, gemäss Geschäftsordnung ohne dass wir darüber abstimmen müssen, Katja Hager als gewählt. Ich gratuliere Dir dazu und wünsche Dir viel Erfolg in diesem Amt.
(Applaus)

3. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.42: Wahl einer Präsidentin / eines Präsidenten der Sachkommission Umwelt und Betriebe (UBK) anstelle des zurücktretenden Ph. Weber (SP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026

Parlamentspräsident F. Helg: Wahl einer Präsidentin / eines Präsidenten der Sachkommission Umwelt und Betriebe (UBK) anstelle des zurücktretenden Philipp Weber (SP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026. Das Wort hat wiederum die Präsidentin der IFK, Maria Sorgo.

M. Sorgo (IFK): Auch hier schlägt die IFK Katja Hager (SP) vor.

Parlamentspräsident F. Helg: Gibt es noch weitere Vorschläge aus dem Plenum? – Das ist nicht der Fall.

Damit erkläre ich Katja Hager als Präsidentin der UBK als gewählt und wünsche Dir auch hier viel Erfolg beim Leiten dieser Kommission.

4. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.32: Verpflichtungskredit von jährlich wiederkehrend Fr. 480'000 für die Miete eines Dreifach-Kindergartens mit Betreuung und Bewegungsraum an der Pflanzschulstrasse 44 und von einmalig Fr. 330'000 für Ausstattung und Mobiliar

Parlamentspräsident F. Helg: Verpflichtungskredit von jährlich wiederkehrend Fr. 480'000 für die Miete eines Dreifach-Kindergartens mit Betreuung und Bewegungsraum an der Pflanzschulstrasse 44 und von einmalig Fr. 330'000 für Ausstattung und Mobiliar. Das Wort hat der Referent der BSKK, Thomi Gschwind.

Th. Gschwind (BSKK): Ich mache es kurz, schnell, bündig – und vergesse hoffentlich trotzdem nichts. Es geht um das Geschäft 2025.32: Verpflichtungskredit von jährlich wiederkehrend 480'000 Franken für die Miete eines Dreifach-Kindergartens mit Betreuung und Bewegungsraum an der Pflanzschulstrasse 44 und von einmalig 330'000 Franken für Ausstattung und Mobiliar.

Damit wir wissen, wo wir sind: Diejenigen, die ins Gym gehen, sehen gross die Tennisplätze von Charlys Fitnesscenter. Wir sind dort leicht oben dran, im inneren Lind. Das ist das ovale Gebäude, Pflanzschulstrasse 44.

Die Ausführung, um was es geht, habt Ihr sicher alle gelesen, ich lese sie nicht nochmals vor. Die Ausgangslage: Wir haben das Bevölkerungswachstum in der Altstadt respektive im inneren Lind. Wir haben Gewerbeflächen, die zu Wohnflächen werden. Und das alles resultiert darin, dass wir dort mehr Schülerinnen und Schüler haben. Die Prognose für dieses Gebiet ist aktuell, dass uns im Schuljahr 2027/28 6 Primarschulzimmer, 3 Kindergartenzimmer und diverse Nebenräume plus ca. 1'000 m² Betreuungsfläche für die schulergänzende Betreuung fehlen. Das ist die Ausgangslage der Schule.

Glücklicherweise gibt es auch eine Ausgangslage bei der Swica. Wir alle wissen, sie haben einen Neubau erstellt und sind umgezogen = freie Liegenschaften. Im Januar 2024 besichtigten die Leute von Martina Blum, die Verantwortlichen für die Schulbauten, mögliche Objekte, welche die Stadt für die Schule nutzen könnte. Man hat an der Pflanzschulstrasse 44 ein geeignetes Objekt gefunden. Dazu gilt es zu sagen, dass es noch einige andere Hausnummern gibt, die nicht geeignet sind respektive noch nicht frei.

Die Swica war so nett und hat mit dem DSS zu diesem Zeitpunkt einen Letter of intent unterschrieben, denn selbstverständlich war die Stadt Winterthur nicht die einzige Partei, die interessiert daran war, ein solches Objekt zu mieten. Und mit diesem Letter of intent durfte sie sich das Häuschen auf eine Art reservieren.

Planorganisatorisch: Geplant ist, dass die zwei Kindergärten plus ein neuer Kindergarten in das Gebäude an der Pflanzschulstrasse 44 einziehen. Die zwei Kindergärten sind aktuell im Schulhaus Geiselweid. Vorteil für das Geiselweid: Wir haben mehr Platz für die Primarschule. Wir erinnern uns: Der Platz wird knapp respektive es gibt mehr Kinder in der Altstadt/inneren Lind. So haben wir nachher wiederum mehr Platz im Schulhaus Geiselweid, um auch dort mehr Klassen aufnehmen zu können. Plus die kleinen Räume (die Aufmerksamen von Euch seht es jeweils) im herzigen alten Feuerwehrgebäude: Da ist jeweils am Morgen, am Mittag und am Abend reges Treiben von kleinen Kindern. Das liegt daran, dass dort drinnen aktuell schulergänzende Betreuung stattfindet. Dort könnte man auch einen Teil an die Pflanzschulstrasse nehmen.

Zusammengefasst: Man kann im ganzen Gebiet Schulraum und Kindergärten schaffen.

Was ist der Plan des Objekts? Von der Bausubstanz möchte man so viel möglich beibehalten, das ist möglich. Man möchte dort unterbringen: Garderoben, Gruppenräume, Puppennischen, Therapieräume, Lehrpersonenzimmer, Besprechungszimmer. WC-Anlagen, Lift, Essraum und Küche für Betreuung, Büros Betreuung, Bewegungsräume.

Miete & Dauer: Die ganze Geschichte kostet 480'000 Franken pro Jahr. Die Mietdauer beträgt 20 Jahre plus die Option auf 2 x 5 Jahre Verlängerung.

So sieht das konkret aus: Das ganze Haus hat EG, 1. OG und 2. OG sowie 1. UG und 2. UG. Das ist der Grundriss. Ihr seht es: Es sind relativ grosse Räume. Und das ist eben eigentlich genau das, was dieses Gebäude zu einem geeigneten Gebäude macht. Viele Gebäude, alte Bürogebäude etc., haben kleine Räume. Dort drin wäre es sehr aufwändig und teuer, wenn man Schulraum schaffen wollen würde.

Der Aussenraum ist das, was dieses Gebäude speziell respektive prädestiniert für einen Kindergarten macht: Es ist nicht direkt an der Strasse. Es hat einen Zugang von der Strasse, aber es ist relativ einfach, das einzuzäunen, damit die Kinder auch in Sicherheit spielen können.

Es bleibt nicht bei den 480'000 Franken Miete pro Jahr, es braucht auch einmalig die 330'000 Franken, um das Gebäude so herzurichten, dass man dort drin effektiv einen Kindergarten betreiben kann.

Der Umbaustart ist auf den Sommer geplant und sollte anfangs 2026 abgeschlossen sein. Ein Bezug in den Sportferien 2026 wird angestrebt. Der Mietbeginn wird mit der Vertragsunterzeichnung definitiv festgesetzt.

Die BSKK empfiehlt dieses Geschäft mit 8:1 zur Annahme.

Parlamentspräsident F. Helg: Zu diesem Geschäft gibt es ja eine Diskussion. Ich möchte zuerst anfragen, ob es zum Beschlussantrag einen Änderungsantrag gibt. – Das ist nicht der Fall. Damit können wir in die Diskussion einsteigen. Zuerst geht das Wort an die BSKK-Mitglieder. Gemeldet hat sich als Erster André Zuraikat.

A. Zuraikat (Die Mitte/EDU): Zuerst Dir, Thomi Gschwind, herzlichen Dank für das Vorstellen dieses Geschäfts. Dieses Geschäft ist ein tolles Beispiel, in dem gezeigt wird, dass auf eine konstruktive und partnerschaftliche Art Herausforderungen gelöst werden können. Wir wünschen uns mehr solche Beispiele von Synergiennutzungen mit bestehenden Liegenschaften, Umnutzungen voranzutreiben. Ganz im Sinne und im Interesse der Nachhaltigkeit.

Das Monitoring von Eckhaus prognostiziert für die Prognoseeinheit Stadt ein starkes Wachstum der Schülerinnen- und Schülerzahlen auf Stufe Kindergarten und Primarschule. Ein Faktor für diese Zunahme der Schülerinnen und Schüler ist der Wohnraum in der Altstadt, durch die Umnutzung von Gewerbeflächen begründet. Und da gibt es leider genügend Beispiele in unserer Stadt, welche diese Entwicklung bekräftigen.

Dieser Herausforderung müssen wir entgegentreten und auch bei der Swica kann man davon ausgehen, dass offenbar auch die Nachfrage nach mehr Arbeitsplätzen abnimmt. Aber vor allem mit dem Neubau des Hauptsitzes der Swica an der Römerstrasse werden diverse Liegenschaften der Swica frei. Dies ist eigentlich die optimale Gelegenheit für uns, damit wir die wachsende Nachfrage nach mehr Schulraum bedienen können.

Die Miete des Dreifach-Kindergartens in der Swica-Liegenschaft bringt benötigten Schulraum und deckt den Bedarf für die nächsten drei Jahre. Interne und externe Kostenabklärungen haben ergeben, dass es eine faire Lösung ist. Räume, welche zurzeit nicht benötigt werden, werden dann auch untervermietet.

Und wie es Thomi dargelegt hat: Damit der Kindergarten auf das kommende Schuljahr 2025/26 eröffnet werden kann, braucht es heute eine positive Entscheidung. Wir als Die Mitte/EDU-Fraktion stehen dieser nicht im Weg und werden dem Geschäft zustimmen. Vielen Dank.

C. Mancuso (FDP): Puh, zum Glück hat man auf den letzten Drücker doch noch ein Gebäude gefunden für die Kindergartenkinder. Vielen Dank an dieser Stelle an die Swica. Für die Zukunft muss die Stadt wirklich frühzeitiger anfangen mit der Planung, denn sie hat viel Vorlaufzeit. Und sogar bei drei Jahren Vorlaufzeit wurde es jetzt knapp. Man muss innovativer denken, vielleicht Vollaufstockungen in Betracht ziehen (da ja keine neuen Grundstücke zur Verfügung stehen) oder – wie man es auch hier gemacht hat – die Anforderungen ein bisschen herunterschrauben.

Denn so kann es nicht weitergehen. Und ob die Stadt will oder nicht, laut Prognose werden wir wachsen.

Die FDP unterstützt dieses Geschäft, auch wenn wir wenig Zeit hatten, um es zu prüfen. Aber wir finden, dass da eine gute Lösung gefunden wurde. Danke.

D. Roth-Nater (EVP): Mit diesem Objekt kann man pragmatisch und schnell den nötigen Platz für zusätzliche Kindergartenklassen schaffen – und das gerade in diesem Quartier, das wirklich mehr Platz braucht, um die Schulhäuser Geiselweid und Altstadt zu entlasten. Schön ist, dass am gleichen Ort auch ein Betreuungsangebot geplant ist. Das macht den Alltag für viele Kindergartenkinder, Schulkinder und Eltern ein Stückchen einfacher.

Wir haben auch gehört, dass die Verhandlungen mit der Eigentümerin gut verlaufen sind. Die Mietbedingungen sind fair und überzeugen. Das zeigt doch, dass das passt, dass Mietlösungen – wenn sie gut gemacht sind – eine gute Ergänzung zur langfristigen Schulraumplanung sein können.

Die EVP-Fraktion sieht das als wichtigen Schritt, wie man dem Platzmangel an den Winterthurer Schulen begegnen kann. Mit echtem Nutzen für die Kinder, ihre Familien und das Quartier. Wir unterstützen diese Weisung.

Th. Gschwind (SP): Ich konnte an der letzten Sitzung schon einmal sagen, dass ich mich, ohne etwas zu sagen, André anschliesse. Ich könnte das eigentlich wieder machen. Ich mache es trotzdem noch ganz kurz in meinen eigenen Worten: Die SP erachtet die Variante mit Einmieten und Erstellen eines Kindergartens an der Pflanzschulstrasse 44 für sinnvoll, zielorientiert, pragmatisch – ja, wir halten das sogar für eine gute Lösung. Es gibt nicht viele Immobilien, ich habe es vorhin gesagt, die sich eignen für eine Nutzung als Kindergarten – das ist eine. Gross, es hat Platz für viele verschiedene Sachen; gut gelegen; gut brauchbarer Aussenraum. Die Immobilie hat auch eine vernünftige, in diesem Fall sehr faire Vermieterin, die einen angemessenen Mietzins, Mietlaufzeit bzw. allgemein gute Mietkonditionen zur Verfügung stellt.

Klar ist eine knappe Million wieder viel Geld – aber was haben wir für Optionen? Immerhin, und das dürfen wir in dieser Rechnung nicht vergessen: Es gibt auch wieder mehr Platz im Schulhaus Geiselweid.

Die 330'000 Franken für die Ausstattung scheinen ebenfalls vernünftig. Da macht sich sicher bemerkbar, dass auch die Bausubstanz effizient genutzt werden kann, was wieder für diese Immobilie spricht.

Die SP dankt allen beteiligten Personen für ihre Arbeit und wird diesem Geschäft zustimmen.

J. Guddal (GLP): Nach wie vor stellt der mangelnde Schulraum eine grosse Herausforderung dar – insbesondere im Stadtteil Altstadt, wo die Platzverhältnisse bereits jetzt sehr knapp sind und die Schülerzahlen stetig steigen. Die Stadt Winterthur benötigt deswegen dringend zusätzlichen Kindergarten- und Betreuungsraum, um den wachsenden Bedarf zu decken.

Das vom Thomi Gschwind präsentierte Projekt bietet eine pragmatische, gut durchdachte und rasch umsetzbare Lösung. Der Standort an der Pflanzschulstrasse 44 erfüllt alle wichtigen Kriterien: Er ist sicher für Kinder, bietet ausreichend Platz, verfügt über eine gute Infrastruktur und liegt in einem Gebiet mit besonders hohem Bedarf.

Die Stadt hat verschiedene Optionen geprüft und hat durch Verhandlungen mit der Swica den Mietpreis sogar senken können. Zudem stellt die Nutzung eines bestehenden Gebäudes eine sowohl ökologisch wie auch ökonomisch nachhaltige Alternative zu einem Neubau dar, was die GLP besonders begrüsst.

Es ist unsere Verantwortung, sicherzustellen, dass die Kinder der Stadt Winterthur unter guten Bedingungen lernen können. Verzögerungen oder das Warten auf eine vermeintlich bessere Lösung sind aufgrund des akuten Platzmangels keine Option.

Folglich stimmt die GLP-Fraktion diesem Geschäft zu. Ich habe geschlossen, danke.

M. Lischer (Grüne/AL): Mit diesem Umbauprojekt werden gleichzeitig verschiedenste Bedürfnisse gedeckt. Der Standort ist passend und die Mietkonditionen sind fair. Die Räumlichkeiten decken den Bedarf der kommenden Jahre, sowohl für die Kindergartenstufe wie auch für die schulergänzende Betreuung. Auf dem Grundstück können zudem Aussenspielflächen eingerichtet werden. Und dank der Nutzungsmöglichkeiten im Untergeschoss wird auch noch der Turnhallenknappheit entgegengewirkt. Die Umnutzung ist zudem aus Nachhaltigkeitssicht sehr vorteilhaft, denn im Vergleich zu einem Neubau wird sehr viel graue Energie eingespart. Es scheint ein rundum gelungenes Projekt zu sein. Die Grüne/AL-Fraktion stimmt dieser Kreditvorlage zu.

J. Ehrbar (SVP): Grundsätzlich sind wir nicht gegen den Kindergarten und der Bedarf an neuen Räumen ist ausgewiesen und wird benötigt. Wir sind jedoch nicht einverstanden mit dem Planungsprozess und dem Vorgehen des DSS. Dort erwarten wir nächstes Mal mehr Zeit für die Kommission und die Fraktion, um das Ganze zu besprechen und zu diskutieren. Denn schlussendlich geht es trotzdem um mehrere Hunderttausende von Franken. Die ganzen Raumstandards, finden wir, sollten wir per se einmal diskutieren, ob und wie diese festgelegt werden sollen.

Wir stimmen diesem Geschäft aber trotzdem zu.

Stadträtin M. Blum: Danke, Thomi, für die Vorstellung und danke auch für die Fragen und Diskussionen in der Kommission. Ich danke auch für die grosse Mehrheit an zustimmenden Voten. Ich habe dem eigentlich gar nicht mehr viel hinzuzufügen.

Das mit der Planung und diese neue Realität, dass wir mehr und mehr mieten müssen, auf innovative Lösungen setzen müssen, flexibel bleiben müssen, auch ganz neue Partnerinnen und Partner auf der anderen Seite haben, die eigentlich viel mehr Flexibilität gewohnt sind als wir. Es ist einfach eine neue Realität. Wir haben versucht, das so gut wie möglich zu machen. Ihr habt das gesehen, schon seit 2024 wartet die Vermieterin bereits auf den Vertragsabschluss. Deshalb hier an dieser Stelle auch nochmals vielen Dank, dass Ihr jetzt diese Flexibilität an den Tag gelegt habt.

Winterthur wächst, wir brauchen dringend Schulraum. Ja, die Verwaltung ist seit sehr vielen Jahren intensiv in diesem Gebiet dran, Schulraum zu finden. Auch das haben wir gehört: Nicht alles eignet sich, insbesondere für Kindergartenkinder. Da sind wir sehr froh, haben wir mit diesem Gebäude und vor allem auch der sicheren Umgebung ein ideales Gebäude gefunden. Selbstverständlich freut es mich auch sehr, dass wir die Bausubstanz erhalten können und viele Einbauten auch weiter nutzen können.

Ich würde mich sehr freuen über Eure Zustimmung zum Stadtratsantrag.

Parlamentspräsident F. Helg: Dann können wir zur Abstimmung schreiten. Der Antrag des Stadtrats umfasst ja zwei Ziffern. Das eine betrifft die Miete und das andere die Ausstattung. Ich schlage vor, dass wir die Schlussabstimmung gleich über beide Ziffern zusammen machen, also gesamthaft eine Abstimmung über Miete und Ausstattung. – Da meldet sich niemand, der sich dagegen aussprechen würde. Wir führen die Abstimmung also so durch.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Dem Verpflichtungskredit wird mit 54:0 bei 0 Enthaltung einstimmig zugestimmt. Das Geschäft ist somit erledigt.

5. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.34: Verpflichtungskredit von jährlich wiederkehrend Fr. 198'000 für die Miete der Doppelsporthalle an der Sulzerallee 3 und von einmaligen Fr. 200'000 für deren Erstaussstattung

Parlamentspräsident F. Helg: Verpflichtungskredit von jährlich wiederkehrend Fr. 198'000 für die Miete der Doppelsporthalle an der Sulzerallee 3 und von einmaligen Fr. 200'000 für deren Erstaussstattung. Das Wort für die Vorstellung des Geschäfts hat der Referent der BSKK, André Zuraikat.

A. Zuraikat (BSKK): Eine smarte Lösung, so kann man es schön in einem Satz zusammenfassen, für die Menschen von Winterthur. Die vorliegende Lösung bietet die Möglichkeit, eine städtische Liegenschaft, welche schwierige Nutzungsvoraussetzungen hat, im Rohbau zu vermieten und dadurch auch Einnahmen von 81'000 Franken pro Jahr zu generieren. Mit dieser durch die Sportvereine selbstfinanzierten Investition schaffen sich die Clubs rund 2'700

Stunden Trainingsmöglichkeiten in Winterthur. Gleichzeitig wird durch die Miete der Sporthalle während der Schulzeit dringend benötigter Schulraum für Sportunterricht im Umfang von 2'400 Lektionen pro Jahr geschaffen.

Zur Geschichte der Halle: Die Halle wurde 1994 als Garagen- und Werkstattgebäude gebaut. 2011 hat die Stadt das Gebäude im Zusammenhang mit dem Kauf der Querung Grüze gekauft. Sie ist im kommunalen Inventar drin und 2019 hat man das Gutachten zur Schutzwürdigkeit erstellt. Bis 2024 hat man es noch extern vermietet, seither steht es noch als Teilnutzung für den Tiefbau zur Verfügung.

Wie bereits einleitend erwähnt, haben wir da einige Nutzungseinschränkungen: Vor allem dadurch, dass es mit der neuen Bushaltestelle keine Zufahrt mehr gibt von der Strasse her. Wir haben Hochspannungsleitungen, was dazu führt, dass keine ganztägigen Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Es gibt praktisch keine Parkplätze mehr und es ist ein Schutzobjekt. Man überprüfte verschiedene Varianten, man erstellte 2022 eine Potenzialstudie, man hat eine Bauzustandsanalyse und eine Machbarkeitsstudie im 2023 erstellt. Und man kam zum folgenden Entschluss: Eine ganztägige Nutzung ist wegen den Hochspannungsleitungen nicht möglich und die Kosteneinschätzungen für eine Sanierung nach denkmalpflegerischen Grundsätzen wären bei ca. 7.7 Millionen. Als Nutzungsvariante bleiben die Lagerräume, allerdings ohne Zufahrt, oder Sportnutzungen mit wechselnden Personen. Und man kam zur Erkenntnis, dass die Investitionskosten von 7.7 Millionen in keinem Verhältnis stehen zu möglichen Mieteinnahmen.

Man hat dann das Projekt entwickelt und dieses dann mit den Sportvereinen von Winterthur besprochen, zuerst einmal mit den Sportakrobat/-innen, die zurzeit im alten Busdepot eingemietet sind, die schon seit längerem eine Anschlusslösung brauchen. Sie würden dann in der Sulzerallee 1 ihre Heimat finden, mit einer Raumhöhe von 5 m. Dann gibt es, wie bekannt ist, einen Mangel an Grossraumhallen, vor allem für Sportsportarten mit Feldgrösse 20 x 40 – und mit den Hallen in der Sulzerallee 3 bekämen Unihockeyanerinnen und Unihockeyaner dort hinein, das würde auch für sie passen von den Platzkapazitäten her. Die Unihockey-Vereine waren schon länger auf der Suche nach Land und suchten auch Möglichkeiten für das Trainingshallenprojekt. Man hat dann eine IG gegründet, die IG Sporthalle Sulzerallee, die dann auch das Vorprojekt in die Startlöcher brachte, durch einen Architekten aus der Unihockeyszene. Im November 2024 gründete man den Verein, die Sporthalle Sulzerallee, und dann erstellte man eben das Angebot für die Schulsportnutzung zu Gunsten des DSS.

So soll es zukünftig aussehen: Man hat das Gesamtgebäude in zwei Teilen, nach wie vor unterteilt, ein Teil für die Unihockey-Hallen und der andere Teil für die Akrobat/-innen, mit dem Mittelteil.

Es ist bekannt, dass man auch für den Schulsport zu wenige Hallen zur Verfügung hat. Gemäss Bundesgesetz müssen ja drei Lektionen Sport durchgeführt werden. Im ganzen Stadtgebiet fehlen aktuell insgesamt 10 Turnhallen, damit der Bedarf überhaupt abgedeckt werden kann, damit überhaupt die Lektionen durchgeführt werden können. In Oberwinterthur fehlen aktuell 2 Schulsporthallen und bis 2035/36 werden es dann 4 sein. Und das Schulhaus Talacker hat gar keine Sporthallen.

Die Kosten sind hier aufgeführt. Die 1.8 Millionen werden durch den Verein Sporthallen Sulzerallee getragen. Dann haben wir die beiden Mietbeträge, die jährlich bezahlt werden seitens Vereine. Dann haben wir noch die Mietkosten seitens DSS, damit der Schulsport gewährleistet werden kann, von 198'000 Franken pro Jahr. Und die einmalige Investition, um eben den Schulsport durchführen zu können, von 200'000 Franken.

So sieht der Zeitplan aus. Wir sind jetzt im Q2, wo der Stadtparlamentsentscheid fällig wäre. Und dann haben wir die Baueingabe und den Rückbau durch die Vereinshelferinnen und -helfer. Alles soll so durchgeführt werden, damit im Q1 2026 insbesondere für den Schulsport der Start durchgeführt werden kann. Man wollte noch die Option offenlegen (vor allem für die SBB) für den Mittelteil, der noch offen ist, für temporäre Arbeitsplätze.

In der BSKK haben wir dieses Geschäft in zwei Lesungen besprochen und es wurde grossmehrheitlich Zustimmung empfohlen zuhanden des Stadtparlaments.

In diesem Sinne habe ich geschlossen mit der Präsentation und gebe das Wort gerne zurück an den Präsidenten.

Parlamentspräsident F. Helg: Wir können in die Diskussion einsteigen. Zuerst noch die Frage, ob es zum Stadtratsantrag einen Änderungsantrag gibt, zum formellen Antrag? – Das ist nicht der Fall. Dann ist jetzt die Reihe an den BSKK-Mitgliedern. Als Erster ist Thomi Gschwind (SP) an der Reihe.

Th. Gschwind (SP): André, danke vielmals für diese Präsentation. Die SP hat als Partei des Sports und der Vereine eine ganz klare Haltung zu diesem Thema: Das ist eine grossartige Sache. Wir bedanken uns bei der Immobilienabteilung, beim Sportamt und auch bei der IG Sporthalle Sulzerallee für das Ausarbeiten dieser pragmatischen, lösungsorientierten, breit abgestützten und sauber organisierten Sache.

Was haben wir? Eine riesengrosse, denkmalgeschützte Halle, die eigentlich für nichts zu gebrauchen ist – ausser für den Sport. Was haben wir nicht? Genügend Sportflächen. Was machen wir? Wir machen Sportflächen in dieser Halle, wovon schlussendlich sehr viele Menschen in dieser Stadt profitieren. Namentlich sprechen wir Stand heute von Sportakrobatinnen, Sportakrobaten, Unihockey-Vereinen und auch den Schülerinnen und Schülern.

Und dann ist nicht nur die Idee lobenswert, sondern auch die Umsetzung. Teilweise wird moniert, dass nicht immer alles der Staat oder in diesem Falle die Stadt machen kann. Und genau das ist doch hier auch passiert. Mit der Gründung der IG Sulzerallee haben sich die Menschen in unserer Stadt zusammengetan, sich organisiert und zusammen mit der Stadt (weil das Gebäude nun mal der Stadt gehört und die Stadt Schulsportflächen braucht), einen Plan entwickelt. Sie – die Menschen, die auch sonst sehr viel Geld und Zeit in Freiwilligenarbeit leisten – leisten in diesem Fall obendrauf nochmals mehr Zeit und sorgen dafür, dass das umgesetzt werden kann. Das ist grossartig und verdient ein riesengrosses Dankeschön.

Die SP ist sehr glücklich mit dieser Lösung und eigentlich müsste man diesen Menschen schon fast einen Preis geben. Oder – am Schluss vielleicht eine bessere Lösung oder eine bessere Idee als ein Preis: Ihr habt es vorhin gehört, die Unihockey-Vereine haben auf ihren Kanälen bereits kommuniziert, dass man sich in den letzten zwei Sommerferienwochen Zeit freihalten soll, damit man beim Rückbau helfen kann. Deshalb für diejenigen, die ihre Sommerferien noch nicht geplant haben, eine kleine Empfehlung von meiner Seite: Den Tag hindurch in der Sulzerallee 3 beim Rückbau helfen und am Abend in die Steinberggasse und lässige MFW-Konzerte geniessen. Ich weiss nicht, welcher Sandstrand ein solches Programm toppen sollte. Danke vielmals.

A. Zuraikat (Die Mitte/EDU): Wie bereits erläutert: Wir haben zu wenig Turnhallen in Winterthur und auch dieses Geschäft, das wiederhole ich gerne, ist ein tolles Beispiel, das zeigt, wie auf konstruktive und partnerschaftliche Art Herausforderungen gelöst werden können.

Wir haben drei Problemfelder und auf diese möchte ich gerne einzeln eingehen.

Problemfeld 1: Gemäss Bundesgesetz über die Förderung von Sport und Bewegung müssen auf Volksschulstufe drei Lektionen Sport pro Woche unterrichtet werden. Bereits heute fehlen über das gesamte Stadtgebiet zehn Sporthallen, damit alle obligatorischen Sportlektionen in einer Halle durchgeführt werden können. In dem Zusammenhang hat auch die Nachfrage nach schulergänzender Betreuung massiv zugenommen, was konsequenterweise dazu führt, dass die Sporthallen über Mittag, am schulfreien Mittwochnachmittag und am Abend bis 18 Uhr belegt sind.

Problemfeld 2: Die Sportvereine leiden am Platzmangel. Jedes Jahr, wenn wir das Budget zu Gunsten des Sportamts besprechen, wird immer dargelegt, dass die Belegungsquote der Sporthallen (seit ich 2019 im Stadtparlament bin) zwischen 98% und 99% liegt. Es liegt nicht daran, dass die Stadtverwaltung oder das Stadtparlament nichts macht. Es gibt nun mal einfach Faktoren wie das Bevölkerungs- und Schülerinnen- und Schülerwachstum, die wir auf städtischer Ebene nicht beeinflussen können. In einer vom DWS (Dachverband Winterthurer

Sport) durchgeführten Befragung bei den Sportvereinen wird die fehlende Trainingsinfrastruktur von rund 40% der befragten Vereine als relevante oder sehr relevante Herausforderung genannt. Zusätzliche Infrastruktur ist das häufigste Anliegen der Vereine. 15 Vereine aus den Sportarten Unihockey, Handball, Ultimate Frisbee, Volleyball, Leichtathletik, Faustball, American Football, Basketball und Turnen melden den Bedarf an zusätzlichen Grossraumhallen. Und zwar an Doppel- oder Dreifachhallen.

Problemfeld 3: Wir haben ein Gebäude der Stadt, welches so gut wie leer steht. Dies aufgrund der Nutzungseinschränkungen. Aufgrund des NIS-Gutachtens ist die Nutzung der Anlage gemäss behördlichen Vorgaben von nicht mehr als 4 Stunden möglich. Entsprechend ist es auch schwierig, für das Gebäude sinnvolle Nutzungen zu finden. Unsere Fraktion hat dieses Problemfeld besonders kritisch begutachtet und sich auch die Frage gestellt, warum überhaupt die Stadt so ein problematisches Gebäude mit diesen Einschränkungen erworben hat.

Meine Damen und Herren, ich komme zur Schlussfolgerung und somit zur Haltung von unserer Fraktion: Das Geschäft ist eine win-win-win-Situation. Es bietet Entlastung und die Lösung für die drei erläuterten Problemfelder: Mehr Raum für den Schulsport, mehr Raum für die Sportvereine und eine sinnvolle Umnutzung einer städtischen Liegenschaft mit Generierung von Mieteinnahmen. Die Investitions- und Mietkosten seitens Stadt haben wir kritisch begutachtet, da ein weiteres Mal der städtische Finanzhaushalt belastet wird. Wenn wir aber die jährlichen 198'000 Franken und die Erstausrüstungskosten von 200'000 Franken als Projekt zu Gunsten von mehr Schul- und Sporträumlichkeiten den potenziellen 7.7 Millionen Sanierungskosten zu den möglichen Einnahmen für eine stark eingeschränkte Nutzung gegenüberstellen, überwiegen die Vorteile unsererseits klar zu Gunsten dieses Projekts.

Aus diesem Grund wird unsere Fraktion dem Geschäft einstimmig zustimmen und wir danken dem Sportamt, dem Amt für Städtebau und den Sportvereinen für die konstruktive Zusammenarbeit und für die tolle gemeinsame Lösung, welche sie erarbeitet haben. Vielen Dank.

D. Roth-Nater (EVP): Zuerst an Thomi: Wir sind nicht nur die Partei, die für den Breitensport ist, wir von der EVP sind wahrscheinlich auch die sportlichste Partei.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Trägerverein «Sporthalle Sulzerallee» und dem Sportamt ist ein schönes Beispiel dafür, wie etwas Gutes entstehen kann, wenn Vereine und die Stadt zusammenarbeiten. Die Stadt kommt so zu dringend benötigtem Raum für den Schulsport – besonders in dieser Ecke von Winterthur.

Die Halle ist eine wichtige Ergänzung zur jetzt überlasteten Sportinfrastruktur in unserer Stadt. Damit können wir den Breitensport besser unterstützen. In diesem Fall sind es die Junior:innen vom Unihockey und vom Akro. Und es wird bei den Trainingszeiten etwas weniger eng.

Speziell gut ist auch, dass die Hallen tagsüber für die Schulkinder der umliegenden Schulhäuser gebraucht werden können, dazu gehören Talacker, Römerstrasse und Hegi. So wird die Infrastruktur optimal genutzt und der Lehrplan 21 im Bereich Sport besser erfüllt.

Wir unterstützen den jährlich wiederkehrenden Verpflichtungskredit. Danke.

J. Ehrbar (SVP): Wir finden es vorbildlich, wie viel Eigenleistung die beteiligten Vereine in das ganze Projekt investieren in Form von Freiwilligenarbeit. Es profitieren am Schluss von dieser Lösung x Vereine und die Schule kann das Gebäude auch mitnutzen für den Schulsport. Es ist eine win-win-Situation für alle Beteiligten und das Gebäude kann so optimal ausgelastet und genutzt werden.

Aber auch da haben wir den Faktor Zeit, den wir nicht hatten, um in der Fraktion zu diskutieren, bevor wir in der Kommission abschliessend beschlossen.

Die SVP-Fraktion stimmt diesem Geschäft zu.

N. Holderegger (GLP): Ich danke zuerst André Zuraikat für die einlässliche Vorstellung des Geschäfts. Und dann möchte ich doch noch einen anderen Einstieg wählen. Es wurde jetzt

Werbung gemacht für den Sport und für den Breitensport und dann auch noch, dass wir die Sportlichsten sind - beides gilt selbstverständlich für die GLP.

Was war bei uns, bei der GLP-Fraktion, ausschlaggebend bei der Beurteilung dieses Geschäfts? Neben den finanziellen Kosten (wir haben es gehört, jährliche Miete 198'000 - kein Zuckerschleck -, dazu 200'000 Franken einmalig für Erstausrüstung für den Schulsport) spielen eben noch andere Parameter eine Rolle, die wir angeschaut haben.

Ich halte es kurz, wir haben wirklich schon vieles gehört.

1. Es wird mit dieser Lösung – und sie ist smart – dringend benötigte Hallenkapazität für den obligatorischen Schulsport geschaffen. Das braucht es in Winterthur. Und mit dieser Option, wie sie uns heute serviert wird, sind wir einverstanden. Da wird nämlich eine Lösung schnell möglich.

2. Es ist auch die Schaffung von dringend benötigten Kapazitäten für den Vereinssport mit dieser Lösung garantiert. Der Vereinssport ist ein wichtiger Pfeiler der Zivilgesellschaft. Und diesen Pfeiler wollen wir von der GLP stützen. Auch diese Trainingskapazität wird mit dieser Lösung erhöht, vor allem am Abend.

3. André Zuraikat hat es ausgeführt: Es gibt gar keine sinnvolle andere und vor allem auch schnelle Lösung für dieses Gebäude. Was wir einfach noch klarstellen möchten: Es gibt ein Gutachten, das festhält, dass die Strahlung (die NIS-Strahlung) erhöht ist und in der Weisung wurde vom Stadtrat quasi zugesichert, dass sich da keine Person länger als vier Stunden in diesem Gebäude aufhalten sollte. Es ist auch ein Gebot der Fürsorgepflicht der Stadt Winterthur als Arbeitgeberin, dafür besorgt zu sein, dass dieser Grenzwert eingehalten wird. Wir gehen davon aus, dass dies der Fall sein wird.

4. Wir von der GLP-Fraktion unterstützen (wir haben das auch schon in der Vergangenheit gemacht und werden das auch in Zukunft machen) sinnvolle Nutzungsmöglichkeiten, sinnvolle Projekte, die von Privaten auf den Weg gebracht werden.

Der langen Rede kurzer Sicht: Die GLP-Fraktion stimmt diesen Anträgen zu und bedankt sich bei allen Beteiligten für die Ausarbeitung dieses Projekts. Besten Dank.

C. Mancuso (FDP): Zunächst möchte ich dem Sportdepartement, insbesondere Dave Mischler, sowie den Sportvereinen des Trägervereins Sporthalle Sulzerallee herzlich gratulieren. Mit viel Herzblut und Engagement ist es ihnen gelungen, aus einer herausfordernden Ausgangslage und einem wenig geeigneten Bauwerk eine wertvolle Sportinfrastruktur für unsere Stadt zu schaffen. Diese Halle ist ein grosser Gewinn für den Schul- und Vereinssport – dafür gebührt ihnen unser Dank.

Doch trotz dieses Erfolgs dürfen wir die finanziellen Aspekte nicht ausblenden. Rein wirtschaftlich betrachtet bedeutet dieses Geschäft für die Stadt und die Steuerzahlenden einen jährlichen Verlust von rund 71'000 Franken – und laut Vertrag wird diese Belastung in den nächsten 20-30 Jahren bestehen bleiben. Gleichzeitig erzielt der Verein mit dieser Lösung eine Rendite von 6%, während die Stadt finanziell ein Verlust macht. Ganz fair finden wir das nicht.

Zudem stellt sich die Frage: Wie konnte beim Kauf der Liegenschaft im Jahr 2011 die Problematik der Hochspannungsleitung übersehen werden? Und wie konnte es zu einem derart ungünstigen Geschäft kommen? Hat das Finanzdepartement aus seinen Fehlern für die Zukunft gelernt?

Wir werden aber trotz allem diesem Geschäft zustimmen, weil es eine wichtige Sportinfrastruktur schafft für die Schulkinder und Vereine.

M. Lischer (Grüne/AL): Es ist sehr erfreulich, dass die Stadt als Eigentümerin für diese Liegenschaft an der Sulzerallee überhaupt eine passende Nutzung gefunden hat. Die Einschränkung wegen der Hochspannungsleitung ist ja schon schwierig – und dazu kommt noch der Denkmalschutzcharakter. Die Idee des Zurückmietens geht bei diesem Projekt finanziell auf, das dank der Eigenleistungen der Vereine. Dass für diese Liegenschaften eine so gute Lösung gefunden wurde, ist eigentlich ein Glücksfall, es ist eine win-win-Lösung sowohl für die

Sportvereine wie auch für die Winterthurer Schulen – und nicht zuletzt auch für den Stadtkreis Oberwinterthur.

Die Fraktion Grüne/AL stimmt dieser Kreditvorlage zu.

Stadträtin M. Blum: Danke, André, für die Vorstellung. «Smarte Lösung» hast Du es genannt. Danke allen auch für die sehr wohlwollenden Voten und auch Wertschätzung gegenüber der Verwaltung, die ich sehr gerne weitergebe.

Wir haben es gehört, ich werde nicht mehr in die Tiefe gehen: Fehlende Sportinfrastruktur, sowohl für Vereine wie für Schulen. Natürlich haben wir auch die fehlende Infrastruktur für Schule und Betreuung geprüft und verworfen, die Gründe dafür sind hier erläutert worden. Ein Eigenausbau wäre 7.7 Millionen gewesen, das wäre in absolut keinem Verhältnis zu Mieteinnahmen.

Dass das ein Verlust für die Stadt sein soll, ist für mich noch immer nicht nachvollziehbar.

André hat eigentlich mein Votum vorweggenommen, das steht hier genau so: Es ist ein win-win-win-Projekt für die Stadt. Ich sage es gerne nochmals: Wir haben eine alte Halle, welche die Stadt gekauft hat im Zusammenhang mit der Querung Grüze. Sie ist aber nur absolut eingeschränkt zu nutzen, d.h. wir haben eine absolut sinnvolle Nutzung für eine Halle – das ist der 1. Gewinn. Vereine erhalten mehr Trainingsfläche – das ist der 2. Gewinn. Und Schülerinnen und Schüler erhalten Sporthallen, die dringend nötig sind – das ist der 3. Gewinn.

Das Ganze ist nur möglich mit wahnsinnig viel Engagement und Eigenleistung auf Seiten der Vereine. Überhaupt die Lösung zu finden, war sehr innovativ. Noch viel innovativer als die Lösung mit der Swica zu finden, die wir vorher diskutiert haben, sondern da war auch innerhalb der Verwaltung sehr viel Innovation. Man hat wirklich lange nach Lösungen gesucht, was man mit dieser Halle machen kann. Es war viel Innovationsarbeit mit den Vereinen da – an dieser Stelle auch ein herzlicher Dank an alle, die da beteiligt waren.

Viel Eigenleistung, Thomi hat es gesagt, auch der Aufruf zum Mitarbeiten und Mithelfen. Gerade am Samstag konnten wir mit den ersten offiziellen Bike-Trails der Bevölkerung eine Infrastruktur übergeben, die auch nur möglich war durch sehr viel Handarbeit, durch Schaufeln und durch Baggern der Bevölkerung. Man könnte fast sagen, das ist die Zukunft in dieser Stadt, wir werden es nur gemeinsam schaffen. Und auch die Sporthalle Sulzerallee wird nur gemeinsam mit den Vereinen und ihrem Engagement möglich sein. Und an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön von mir.

Und an Euch danke für Eure Unterstützung für die Vorlage. Die Schülerinnen und Schüler und die Sportlerinnen und Sportler werden es Euch danken.

Parlamentspräsident F. Helg: Dann können wir zur Abstimmung schreiten. Wir haben in dieser Vorlage wiederum zwei Ziffern, die eine bezieht sich auf die Miete und die zweite auf die Erstausrüstung. Ich mache beliebt, dass wir hier auch wie zuvor eine gemeinsame Schlussabstimmung machen über beide Ziffern. - Dagegen gibt es keinen Widerstand, wir stimmen also so ab.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Dem Kredit wird mit 55:0 bei 0 Enthaltungen einstimmig zugestimmt. Das Geschäft ist damit zu Ende beraten.

6. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.5: Verpflichtungskredit von Fr. 36'260'000 für die Erweiterung der Schulanlage Langwiesen (Projekt-Nr. 12082)

Parlamentspräsident F. Helg: Verpflichtungskredit von Fr. 36'260'000 für die Erweiterung der Schulanlage Langwiesen (Projekt-Nr. 12082). Das ist ein Geschäft, das danach noch in die obligatorische Volksabstimmung muss. Vielleicht noch ein Hinweis auf die Abfolge: Zuerst ist der Referent Alex Würzler an der Reihe. Dann ist noch ein Änderungsantrag angekündigt

von Kathrin Frei Glowatz. Dann haben die SBK-Mitglieder das Wort und dann ist die Mitberichtskommission, die BSKK, die danach an der Reihe ist; zuerst über einen Referenten (sofern ein solcher bestimmt ist), dann die übrigen BSKK-Mitglieder. Und schlussendlich sind die übrigen Mitglieder des Parlaments dran. So ist die Reihenfolge gemäss Geschäftsordnung. Das Wort hat jetzt zuerst der Referent der SBK, Alex Würzer, für die Vorstellung des Geschäfts. Ich bitte ihn deshalb nach vorne an das Rednerpult.

(Alex Würzer sprintet zum Rednerpult) Du musst nicht hetzen.

A. Würzer (SBK): Ich dachte, ich muss die Steilvorlage meiner Fraktionskollegin natürlich nutzen. Und ich lade an dieser Stelle auch herzlich ein zum Fraktionsjogging für alle diejenigen, die auf das gemeinsame Nachtessen verzichten.

Aber jetzt zum Verpflichtungskredit von 36'260'000 Franken für die Erweiterung der Schulanlage Langwiesen, den ich als Kommissionsreferent vorstellen darf.

Beginnen wir mit der Prognose von Schülerinnen und Schülern gemäss Eckhaus, wie wir das auch schon beim Schulhaus Wyden gemacht haben: Wir gehen da vom mittleren Szenario aus, von einem Zuwachs von ungefähr 200 Schülerinnen und Schülern bis ins Jahr 2032/33. Und da sieht man auch, was das bedeutet bezüglich der Anzahl Klassen.

Dann hier noch ein Vergleich, wo wir schlussendlich landen sollten: Ausgewiesen sind 88 zusätzliche Schülerinnen und Schüler, 4 zusätzliche Klassen, 73 zusätzliche Schulbetreuungsplätze und 1 zusätzliche Turnhalle.

Ein kurzer Überblick über die Schulraumplanung Wülflingen. Hier vielleicht noch den Hinweis zum Schulhaus Wyden, über das wir bereits abgestimmt haben und der Bau schon im vollem Gang ist, und die weiteren Schulstandorte in Wülflingen, die da ebenfalls eingezeichnet sind. Es sind zusätzlich vier Klassen (Kindergarten und Primarschule), dann haben wir auch 11 zusätzliche Gruppen- und Therapieräume, die geschaffen werden; 73 Plätze für schulergänzende Betreuung und 1 Sporthalle und weitere Räume. Es zeigt den gesamten Raumgewinn, den man mit diesem Projekt hier erreichen möchte.

Zum aktuellen Schulhaus: Das Schulgebäude Langwiesen mit Baujahr 1973 ist jetzt doch in die Jahre gekommen, über 50jährig, es gab in diesem Zeitraum auch keine grösseren Sanierungen. Und es ist auch so, dass die Unterhaltskosten steigen. Die aktuellen Normen können nicht mehr erfüllt werden (gerade z.B. Hindernisfreiheit oder Erdbebensicherheit). Die hohen Betriebskosten sind auf die schlechte Gebäudehülle zurückzuführen. Und zusätzlich möchte man auch die verschiedenen Mietobjekte aufheben.

Was hat man bestellt? Bestellt hat man die Sanierung der Bestandesgebäude; Erfüllung von gesetzlichen Auflagen; Sanierung des Aussenraums; dass man die Pavillons, den Holzmodulbau und auch die Mietobjekte ersetzen kann; dass man das Raumprogramm erweitert (also die zusätzlichen Plätze und Räume schafft); und dass man neu eine Dreifachsporthalle mit Veranstaltungsinfrastruktur zur Verfügung stellen kann.

Was ist passiert in der Zwischenzeit? Man hat eine Machbarkeitsstudie durchgeführt zur Zustandsanalyse des Bestands; dann das Variantenstudium, ob man den Bestand auch erweitern kann; das denkmalpflegerische Gutachten. Und dort ist herausgekommen, dass man empfiehlt, dass man die Gesamtanlage inklusive Umgebung nach Möglichkeit erhalten und erweitern sollte. Dann wurde ein weiteres vertieftes Variantenstudium gemacht worden – oder die Machbarkeitsstudie dazu – und man landete bei einer Grobkostenschätzung 2021 bei Kosten von 52.3 Millionen Franken. Und dazu werde ich dann noch mehr sagen.

Vielleicht da noch den Hinweis: Es hat sich ein Fehler eingeschlichen bei der GGR-Nr.

2021.17: Das verweist auf ein Budgetpostulat betreffend Erhaltung von Gratisparkplätzen. Um das ging es dabei natürlich nicht, sondern um den Projektierungskredit. Einfach damit das noch festgehalten ist.

Das Wettbewerbsprogramm sah eigentlich vor, dass man auf eine Aufstockung und grossflächige Abbrüche im Bereich der beiden Klassentrakte verzichtet - ich werde später noch Bilder zeigen, weshalb das dort nicht möglich ist. Schlussendlich bekam dann das Siegerprojekt den Zuschlag, mit dem Erhalt der Gesamtanlage und dem Neubau mit dieser Dreifachturnhalle.

Vielleicht hier der Hinweis: Das ist das Schulgebäude, das sind die aktuellen Gebäudetrakte, hier hinten, ein bisschen versteckt, sind die aktuellen Turnhallen und hier noch der Frontbau und die Provisorien.

Was soll in diesem Projekt alles passieren? Wir sehen es, es sind umfassende Anpassungen vorgesehen. Zum einen sind es (gelb markiert) die externen Mietflächen, die entfallen sollen. Dann haben wir hier die Provisorien, die vorne waren und abgebrochen werden sollen. Auch hier hinten haben wir ein Provisorium, das wegfallen soll. Hier sieht man das neue Mehrzweckgebäude und darin auch die Dreifachturnhalle und noch weitere Räume für TTG (technisches und textiles Gestalten). Man sieht auch die zusätzlichen Gruppen- und Therapieräume, die hier angebracht werden.

Und es gibt eine Gesamtsanierung des 50jährigen Bestands.

Die Spiel- und Sportwiesen werden nach hinten verschoben, hinter das Mehrzweckgebäude. Und die beiden Sporthallen werden zu Betreuungsräumen umgenutzt.

Hier eine Visualisierung der Gruppen- und Therapieräume, die an das bestehende Gebäude angebracht werden sollen, und auch der Blick in ein Regelklassenzimmer.

Dann kommen wir zum Betreuungstrakt, das sind jetzt eben die beiden ehemaligen Turnhallen. Ich zeige hier die Visualisierung, damit man sich vorstellen kann, wie das aussehen soll. Angedacht ist, dass man die Turnhallen mehr oder weniger erhalten und die Anpassungen, wie man hier sieht, machen kann. Man sieht da auch den alten Turnhallenboden, der ebenfalls drinbleiben soll.

Jetzt sind wir also hinter der Turnhalle, die Turnhalle ist da auf der rechten Seite des Bildes. Da ist jetzt das neue Mehrzweckgebäude, in das auch die Dreifachturnhalle passen wird. Hier eine Visualisierung der Turnhalle. Ihr seht da auch die Elemente, die ausfahrbar sind, falls man die Dreifachturnhalle für gewisse Veranstaltungen nutzen möchte, und auch die offene Gestaltung, auch zu den weiteren Räumen, die sich auf dieser Seite befinden.

In der Ansicht im Schnitt sieht man auch die ausfahrbaren Elemente und hier die zusätzlichen Räume, die geplant sind.

Bei den Kosten möchte ich auf das Total von 68.05 Millionen hinweisen. Ich habe es vorhin gesagt, dass man da ursprünglich bei 52.3 Millionen war. Es gab verschiedene Gründe, weshalb wir jetzt da bei einer deutlich höheren Zahl angekommen sind. Hier einfach noch für Euch: Das ist der Teil der gebundenen Aufwendungen des Stadtrats und dann die neuen Ausgaben, die in unseren Kompetenzbereich gehen, abzüglich des bereits bewilligten und auch beanspruchten Projektierungskredits von 3.5 Millionen Franken. Der beantragte Kredit sind letztendlich die 36.26 Millionen Franken.

Hier vielleicht noch ein Bild, das einordnen soll, wo wir hier auch aufgrund der Bauteuerung landen, damit man die Mehrkosten auch irgendwie einordnen kann. Als man die Zahl 2021 berechnete, war man von der Bauteuerung her an einem anderen Punkt als jetzt, wo man es neu berechnen musste. Das wurde von den Verantwortlichen seitens der Verwaltung der Kommission auch so dargelegt. Wir haben wie gesagt Mehrkosten von 15.7 Millionen Franken gegenüber 2021; ungefähr die Hälfte davon ist auf die Bauteuerung zurückzuführen. Die restlichen Posten wurden auch gegenüber der Kommission aufgeführt und sauber aufgeschlüsselt worden (Anpassung von Bestellungen, Standards, Normen und auch an städtische Zielvorgaben, letztendlich von uns).

Zum Prozess: Wir sind jetzt aktuell beim Stadtratsbeschluss und der Weisung an das Parlament. Ihr seht es da Rot hinterlegt. Wenn der Parlamentsbeschluss vorliegt, wird es zu einer Volksabstimmung kommen, je nachdem, wann dieser Beschluss fällt, wird das vielleicht sogar noch dieses Jahr sein. Und der Baubeginn mit Etappe 1 soll auf das Jahr 2027 erfolgen. Die Fertigstellung ist auf 2032 angedacht.

Da sieht man die verschiedenen Etappen, was wann folgen wird. Wir starten zuerst mit dem Mehrzweckgebäude, also auch mit der Dreifachturnhalle. Dann folgen die weiteren Etappen. Zur Beratung in der Kommission: Wir hatten zwei Lesungen und eine gemeinsame Lesung mit der BSKK, die ja einen Mitbericht dazu verfasst hat, den ich nachher auch noch kurz erwähnen werde. Die Diskussionen in der Kommission drehten sich stark um die hohen Kosten

bzw. die hohe Kostensteigerung gegenüber den ursprünglichen Schätzungen des Projektkredits (ich habe es vorhin erwähnt), darüber wurde diskutiert.

Dann war es die Schutzwürdigkeit des Gebäudebestands, denkmalpflegerische Aspekte und auch ISOS (das ist das Inventar der schützenswerten Ortsbilder in der Schweiz). Da wurde von Seiten Denkmalpflege darauf hingewiesen, dass das Schulhaus Langwiesen im ISOS-C-Perimeter liegt, also ortsbildtechnisch geschützt ist. Und das kommt in dem Sinne nicht von der Denkmalpflege her, es ist aber im kommunalen Inventar eingetragen und es besteht eine Schutzvermutung. Diese hat man dann auch geprüft und es wurden denkmalpflegerische Gutachten erstellt, die zum Schluss kamen, dass das Gebäude und auch der Aussenraum als schutzwürdig einzustufen sind.

Weiter wurde über den tatsächlichen Bedarf einer neuen Dreifachturnhalle diskutiert. Die Frage war auch zu Abriss und Neubau des alten Gebäudes versus die ergänzenden Anbauten und Umnutzungen, wie es jetzt dieses Projekt vorsieht. Ein weiterer Punkt waren noch die Stampfbetonmauern und eine mögliche Fassadenbegrünung und Kunst am Bau.

Kurz zur Würdigung: Für die Kommission waren würdigende Punkte, dass man qualitativ hochwertige Gebäudesubstanz erhalten und auch erweitern möchte. Denkmalpflegerische Aspekte sind eingeflossen und es wurde ihnen auch Rechnung getragen. Der ursprüngliche Charakter des Schulhauses kann beibehalten werden. Entsprechend gewürdigt wurde auch, dass man eine Dreifachturnhalle realisieren kann und die Umnutzung der bestehenden Turnhallen zu Betreuungseinrichtungen möglich ist.

Kritische Rückmeldungen gab es im Bereich der Kostensteigerungen und auch zu den insgesamt hohen Projektkosten; zum Zeitdruck für die Beratung in der Kommission; mitunter auch die verpasste Chance zur Möglichkeit einer Fassadenbegrünung; und zur denkmalpflegerischen Schutzwürdigkeit des bestehenden Schulgebäudes.

Den Mitbericht der BSKK lese ich der Vollständigkeit halber kurz vor und danke dem Kommissionspräsidenten Jan Guddal für das Übermitteln: «Die BSKK stimmt dem Antrag des Stadtrates zu.

Das Raumkonzept wurde bereits im Jahr 2021 angenommen. In Bezug auf die pädagogischen Aspekte fand ein intensiver Austausch zwischen dem DSS und der Leitung Bildung statt. Es gab mehrere Sitzungen mit der Schulleitung und der Betreuungsleitung, bei denen insbesondere die Umgebungsgestaltung sowie die Klassenzimmerausstattung diskutiert wurden. Dabei wurde sorgfältig abgewogen, was wirtschaftlich sinnvoll umsetzbar ist.

Auf der Ebene der Leitung Bildung und der Schulleitung besteht eine starke Unterstützung für das Projekt. Wiederholt wurde der Wunsch geäußert, die Umsetzung zu beschleunigen. Die BSKK möchte hierbei keine Hindernisse schaffen.»

Zum Antrag: «Für die Erweiterung der Schulanlage Langwiesen (Projekt-Nr. 12082) wird ein Verpflichtungskredit von 36 260 000 Franken (inkl. Reserven) zu Lasten der Investitionsrechnung des allgemeinen Verwaltungsvermögens bewilligt.

Die Bewilligung erstreckt sich auch auf die durch Teuerung und MWST bedingten Mehr- oder Minderkosten; Stichtag für die Kostenberechnung ist April 2024.»

Das Abstimmungsergebnis in der Kommission war Zustimmung mit 6:3. Vielen Dank.

Parlamentspräsident F. Helg: Dann können wir einsteigen in die Diskussion. Da hat Kathrin Frei Glowatz einen Antrag angemeldet für die Fraktion Grüne/AL. Ich bitte Dich, das jetzt gleich zu begründen, so dass alle Argumente am Anfang der Diskussion vorliegen.

K. Frei Glowatz (Grüne/AL): Zuerst eine Frage: Soll ich meine Fraktionsmeinung zuerst vorausschicken oder zuerst den Antrag?

Parlamentspräsident F. Helg: Jetzt wäre es zuerst der Antrag zum Vorstellen.

K. Frei Glowatz (Grüne/AL): Wir stellen einen Ergänzungsantrag Fassadenbegrünung.

Natürlich hat unser Antrag einen grossen Schönheitsfehler: Er kommt viel zu spät und diejenigen, welche ihn heute nicht unterstützen werden, monieren verständlicherweise oder vielleicht, diese Fragen und der Antrag hätten in der Kommission kommen müssen. Was alles dazu geführt hat, es waren verschiedene Dinge (unter anderem Zeitdruck, wir haben es gehört). Der Rest ist «maxima culpa mea»- ich habe ein- bis zweimal nach der Fragenbeantwortung den Augenblick verpasst, nachzudoppeln. Weil wir in der Fraktion aber der Überzeugung sind, dass gerade bei diesem Projekt eine Fassadenbegrünung hingehört, habe ich zu diesem Mittel des Ergänzungsantrags gegriffen.

Inhaltlich begründe ich ihn so:

1. Hitze: Die unarmierten, nur vorgeblendeten Stampfbetonmauern sind selten (soviel ich weiss, hat man das in der Schweiz noch nicht so oft gebaut, oder sonst bin ich schlecht informiert). Auf jeden Fall sind die Stampfbetonmauern 40 cm breit, haben keine statische Wirkung, sondern schützen nur die Dämmung. Sie erhitzen sich im Sommer sicher überproportional (weil sie eben sehr dick sind und es dahinter nochmals eine Betonmauer hat) und speichern die Wärme durch ihre Stärke sehr lange. Diesen Umstand konnte die Verwaltung nicht entkräften. Ich habe in der Kommission die Meinung vertreten, dass der Dämmschutz, den diese Stampfbetonmauern leisten, anders hätte gelöst werden sollen, aber darauf wurde nicht eingegangen.

2. Anstatt den CO₂-Fussabdruck der Stampfbetonmauern aufzuzeigen (ich habe dann selbst ein bisschen gerechnet und kam auf rund 150 Tonnen CO₂-Äquivalent ohne den Transport des Betons) wurde mit dem SIA-Effizienzpfad argumentiert. Dieses Projekt hat den Effizienzpfad und das ist auch gut. Aber mir wurde mitgeteilt, dass das Label vor allem aufgrund eines Mobilitätskonzepts ausgestellt wurde. Das finden wir ungenügend.

3. Das Argument schliesslich, Fassadenbegrünungen seien unterhaltsintensiv und einfach zu teuer, ist wirklich überholt. Man denkt da vielleicht immer an einen Bosco Verticale in Mailand, aber eine bodengebundene, einfache Fassadenbegrünung (beispielsweise mit Efeu) ist sehr einfach und wirksam: Sie filtert die Luft, verbessert das Mikroklima, speichert Luftfeuchtigkeit, kühlt im Sommer die Fassade und erhöht im Sommer somit die Aufenthaltsqualität innen und aussen, ist ausserdem langlebig und benötigt pro Jahr gerademal einen oder maximal zwei Pflegegänge.

4. Die Umsetzung von mehr Gebäudebegrünungen in der Stadt ist überfällig, das POM lässt grüssen. Auch die hohe Zustimmung des Stadtparlamentes von 38:17 zu unserem Postulat betreffend Begrünung von Verwaltungsliegenschaften im letzten November - da gehören ja die Schulhäuser dazu – hat das auch gezeigt.

Das sind also die Fassaden, von denen ich spreche. Sie sind also doch massiv: 50 m, 9 m hoch. Das sind die dicken Mauern, die doppelwandigen Betonfassaden, die sicher einen speziellen ästhetischen Aspekt haben – aber ob wir uns das wirklich leisten müssen? Und wenn wir es uns leisten müssen, dann finde ich, muss man es begrünen.

Wir finden, dass bei solchen Betonflächen und Volumen das nicht zu viel verlangt ist. Und dass unsere in Begrünungsfragen sonst stets verlässlichen Partnerpartei zu meiner Rechten – weil ich jetzt halt zu spät bin – dieses Mal vielleicht nicht mitzieht, lässt meinen Antrag wahrscheinlich scheitern. Ausser, es springt vielleicht unerwarteter Weise jemand in die Bresche, liebe Mitte/FDP/SVP, womit Ihr auch super – notabene kostenneutrale – Gelegenheit hättet, wieder einmal zu zeigen, dass Ihr ja auch für das Klima und die Bienchen und so seid. Mein Ergänzungsantrag zum Verpflichtungskredit 36'260'000 Fr. für die Erweiterung der Schulanlage Langwiesen:

«Die Südost- und Nordwestfassaden des Mehrzweckgebäudes müssen mindestens abschnittsweise eine bodengebundene Fassadenbegrünung erhalten.

Es dürfen dem Projekt dadurch keine zusätzlichen Kosten entstehen. Bei einem Bauvolumen von 68 Mio. und mindestens 10% eingebauten Reserven muss dies möglich sein.»

Vielen Dank für die Unterstützung.

Parlamentspräsident F. Helg: Die Fraktion Grüne/AL kann sich ja nachher im Verlauf der Diskussion nochmals zu Wort melden zum gesamten Projekt. Wir steigen noch ein in die Diskussion. Als Erste auf der Rednerliste ist Romana Heuberger (FDP).

R. Heuberger (FDP): Alex, ganz herzlichen Dank für die gute Präsentation dieser Vorlage. Die Schulraumplanung in Winterthur ist und bleibt aus Sicht der FDP-Fraktion ein echter Frust! Egal, welche politischen Instrumente wir im Parlament einsetzen, egal, an welcher Schraube wir drehen, und egal, wie viele Ressourcen wir bereitstellen – der Stadtrat scheint nicht in der Lage zu sein, Schulhäuser a) termingerecht und b) kosteneffizient zu planen. Alles kommt viel zu spät und viel teurer, als wir es uns je hätten vorstellen können. Einmal mehr können wir trotzdem auch zum Verpflichtungskredit Landwiesen de facto nur Ja sagen, wenn wir nicht wollen, dass die Schülerinnen und Schüler irgendwann auf der Strasse stehen bzw. wir uns von Notfalllösung zu Notfalllösung hangeln müssen.

Wir haben zwei grundsätzliche Probleme:

Das erste sind die viel zu langen Planungsprozesse. Bereits beim Projektierungskredit im 2021 schlug die Schulbehörde Alarm: Akuter Platzmangel im Schulhaus Langwiesen! Und das, obwohl bereits im 2020 externe Räume dazugemietet worden sind, und im Sommer 2021 musste ein weiterer Holzmodulbau als Provisorium aufgestellt werden. Und die Provisorien aus 1996 und 1998? Ja, auch die sind immer noch im Einsatz.

Kurz gesagt: Das Langwiesen ist seit Jahren eigentlich ein Notfallpatient – fast schon auf der Intensivstation. Laut Planungskredit hätte das sanierte und erweiterte Schulhaus eigentlich auf das Schuljahr 2024/25 fertig sein sollen. Stattdessen dauert es jetzt mindestens bis 2032 – also ganze sieben Jahre länger. Und auch inklusive dem fertigen Schulhaus Langwiesen hatte der Stadtrat auf 2028 ein Defizit an Schulraum – sprich: einen grösseren Schulraum-mangel - prognostiziert. Es brennt also an allen Ecken.

Von der Machbarkeitsstudie im 2018 bis zum eigentlichen Projektwettbewerb im 2022 hat es beim Langwiesen trotzdem ganze vier Jahre gedauert. Insgesamt ist die Verwaltung jetzt schon acht Jahre am Planen, Baubeginn ist frühestens 10 Jahre nach Planungsstart.

Und nein, liebe Ratskolleginnen und -kollegen, es liegt nicht an den fehlenden Stellen. Alleine im 2020 haben wir vier zusätzliche Projektleiter-Stellen bewilligt. Es geht schlicht um die richtige Prioritätensetzung. Und deshalb ist auch unser gemeinsames Postulat zur Priorisierung von Schulbauten so wichtig, damit wir dort vom Stadtrat eine Antwort erhalten. Es ist höchste Zeit, die Schulraumplanung deutlich zu beschleunigen.

Und was passiert im Parlament? Wir bekommen die Vorlage am 17. Januar 2025 überwiesen und haben genau eine Ratssitzung Spielraum, damit es nicht zu Verzögerungen im Bauprojekt kommt. Und das bei einem solchen Grossprojekt. Das, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ist einfach nicht mehr miliztauglich!

Das zweite Problem sind die zu hohen Kosten. Der Planungskredit war noch bei 52 Millionen Kosten angesetzt. Jetzt kosten die Sanierung und der Neubau zusammen 68 Millionen Franken – wir reden also von einem Plus von über 30%. Und nur 14% davon können mit der Bau-teuerung begründet werden. Die Machbarkeitsstudien, auf denen die Planungskredite basieren, führen zu einer Kostengenauigkeit von +/-25%. Doch in Winterthur bedeutet dies eigentlich fast immer +25% - und eben sogar noch mehr.

Die FDP-Fraktion hat immer noch die Meinung, dass wir viel zu teure Luxustempel erstellen, statt einfache, aber solide und nutzeroptimierte Nutzbauten. Wir haben es schon oft gesagt: Die FDP-Fraktion würde das Geld lieber in motivierte Lehrkräfte und attraktive Lernumgebungen stecken, statt unnötig viel Geld in teure Steine zu investieren.

Das Parlament könnte den Betrag kürzen. Ja, könnten wir. Doch das Sanierungsprojekt und der Neubau sind beim Langwiesen derart ineinander verschachtelt, dass bei einer markanten Kürzung vom Kreditbetrag das gesamte Projekt eigentlich neu geplant werden müsste. Also stellt sich die Frage für uns: Nach acht Jahren Planung zurück auf Feld 1? Dafür fehlt uns schlicht die Zeit. Zum Zeitpunkt, wo das Parlament nach der Freigabe des Planungskredits wieder etwas sagen kann zu einem städtischen Bau, ist viel zu viel Zeit vergangen und viel zu

viel Geld ausgegeben worden. Wir müssen die Planungsprozesse deshalb dringend hinterfragen und versuchen, diese gemeinsam zu verbessern – damit wir wegkommen von der Abnick-Instanz (wie es Gioia formuliert hat) und unsere Aufsichtsfunktion wieder richtig wahrnehmen können.

Was bedeutet das für heute? Es besteht dringender Handlungsbedarf. Deshalb werden wir heute zähneknirschend Ja sagen zu diesem Verpflichtungskredit, weil es eigentlich gar keine Alternative gibt.

Apropos Kosten: Von 2025 – 2028 sind 360 Millionen in der Investitionsrechnung für Schulbauten eingestellt, insgesamt sind es sogar über 700 Millionen in den nächsten Jahren. Wenn wir überall 30% darüber schiessen, landen wir locker bei einer Milliarde – und das nur für Schulbauten. Das wird die laufende Rechnung jedes Jahr mit 33 Millionen Abschreibungen und 15 Millionen Zinsen belasten. Oder um es mit den Zahlen von Gioia zu sagen: Das entspricht dem durchschnittlichen Steueraufkommen von fast 18'000 Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern oder dem ganzen Stadtkreis Wülflingen. Dass das den Handlungsspielraum der künftigen Generationen massiv einschränkt, muss doch allen hier drinnen zu denken geben.

Uns sind deshalb zwei Sachen besonders wichtig:

- Wir wollen, dass die Gesamtkosten von 68 Millionen Franken auch für die Bevölkerung transparent dargestellt werden. Deshalb müssen neben den 36.2 Millionen ungebundenen auch die gebundenen Ausgaben von 28.3 Millionen im Abstimmungsbüchlein ersichtlich sind.
- Wir wollen auf keinen Fall, dass nach der Sanierung Teile des Schulhauses unter Denkmalschutz gestellt werden. Das würde sofort wieder Mehrkosten für künftige Sanierungen verursachen, die dann unsere Kinder und Grosskinder tragen müssten. Schulbauten müssen einfach anpassbar bleiben, um sich rasch an künftige Bedürfnisse anpassen zu können.

Der langen Rede kurzer Sinn: Wir werden dem Kredit widerwillig zustimmen, weil die Konsequenzen bei einem Nein aus unserer Sicht einfach untragbar wären.

Und jetzt noch zum Antrag der Grünen: Wir lehnen den Antrag der Grünen ab. Und zwar deshalb, weil wir keinerlei Informationen dazu haben, was dieser Antrag für das Gesamtprojekt bedeuten würde. Es gibt ja einen Grünraumplaner, der da bereits engagiert ist. Es wird so lässig gesagt, es dürfen keine zusätzlichen Kosten entstehen. Aber es ist uns allen klar, dass dies zusätzliche Kosten generieren würde.

Ja, wir hätten den Antrag gerne früher gehabt, damit wir in der Kommission auch hätten fragen können, wie denn die Projektentwickler zu diesem Ansinnen stehen. Und wir sagen deshalb mit gutem Gewissen Nein zu diesem Antrag, weil es bereits sehr viel Grünraum gibt in diesem Projekt, weil überall, wo es möglich ist, Versickerungsflächen vorgesehen sind, und weil Dachbegrünungen geplant sind und auch dort Versickerungsflächen. Und das Sickerwasser soll weiter genutzt werden. Es wird schon sehr viel gemacht und in dem Sinn: Nein zum Antrag der Grünen und Ja zum Antrag des Gesamtkredits. Vielen Dank.

B. Zäch (SP): Die Vorlage zum Schulhaus Langwiesen wurde in der SBK in drei Lesungen – es waren drei Lesungen - ausführlich behandelt. Es wurden Fragen gestellt – darunter eine ganz Menge kritische Fragen, von denen Sie jetzt noch einen Reflex hören in der Debatte – und das DSS hatte Gelegenheit, diese Fragen zu beantworten. Einige der aufgeworfenen Fragen konnten auf diesem Weg geklärt werden, andere Antworten führten zu weiteren Fragen oder Wünschen nach zusätzlichen Informationen. Auch diese Informationen konnten wiederum bestimmte Fragen klären. Grundsätzliche Zweifel an der Vorlage blieben aber bestehen, was ebenfalls verständlich ist, wenn man solche Vorlagen politisch diskutiert.

Schliesslich stimmte die SBK aber mit 6:3 Stimmen der Vorlage zu, unter Berücksichtigung – Sie haben es gesehen - eines positiven Mitberichts der BSKK, der mit 8:0 verabschiedet wurde.

Das, Gioia Porlezza, ist parlamentarische Arbeit, und unsere Aufgabe, wie wir sie wahrnehmen, für unsere Wählerinnen und Wähler, die – auch das ist selbstverständlich – politisch ja jeweils unterschiedliche Bevölkerungssegmente repräsentieren. «Die Bevölkerung» gibt es an sich nur für Populisten.

Wenn man bzw. frau nun jetzt beklagt, dass das Parlament mit den Stadtratsgeschäften strukturell überfordert sei, so gilt das eigentlich nicht, wenn das Parlament seine Kernaufgabe, die Aufsicht und Kontrolle auf strategischer Ebene wahrnimmt – selbst dann nicht, wenn diese Geschäfte aus inhaltlichen Gründen manchmal drängen; Schulkinder zum Beispiel können eben nicht warten, bis das Parlament alle denkbaren und selbstverständlich möglichen Zusatzschlaufen eines Geschäfts absolviert hat. Das hat auch die FDP mittlerweile gemerkt.

Und noch ein Wort zu Romana: Es ist ein Punkt, bei dem ich ihr widersprechen muss. Sie findet ja, oder die FDP-Fraktion findet, das Gebäude dürfe unter keinen Umständen Schutzobjekt werden, weil nachher dann jede Änderung blockiert sei. Dazu muss ich einfach sagen: Wir hatten einen fachlichen Input der Denkmalpflege – und wenn sie das sagt, dann ist das wider besseres Wissen. Denn in diesem Input wurde ganz klar, dass die Aufgabe der Denkmalpflege nicht ist, in diesem Fall mit einer Schutzverfügung ein Gebäude quasi einzumotten oder zu konservieren, sondern dass jedes Mal, wenn das Gebäude wieder angefasst wird (und das wird in 30-40 Jahren wieder der Fall sein), jedes Mal wieder eine individuelle, konkrete Interessensabwägung gemacht wird, was möglich ist und was nicht möglich ist, was schutzwürdig ist zu diesem Zeitpunkt und was gemacht werden kann. Das wurde jetzt gemacht und das wird auch bei jedem weiteren Eingriff am Gebäude jedes Mal wieder mit einer Einzelprüfung stattfinden. Das ist also wider besseres Wissen, wenn man jetzt behauptet, das sei quasi wie konserviert und man könne nichts mehr machen.

Die SP stimmt der Vorlage ohne Änderung zu. Ich möchte noch kurz etwas sagen zum Zusatzantrag der Grünen: Wir unterstützen diesen nicht leichtfertig nicht. Und zwar nicht aus inhaltlichen Gründen, weil wir das Thema inhaltlich wichtig finden – aber es ist einfach so, dass dieser Antrag, wie Kathrin Frei ja erklärt hat, in der Kommission nicht gestellt wurde. Es wurde diskutiert, aber es wurde kein Antrag gestellt. Und damit hatten wir in der Kommission keine Gelegenheit, noch mit einem fachlichen Input zu klären, inwiefern das möglich ist und was die Konsequenzen wären. Und das wäre wichtig gewesen bei einem solchen Antrag, dass man das in der Diskussion noch hätte besprechen können. Und das ist der einzige Grund, weshalb wir diesen Antrag nicht unterstützen.

Wir unterstützen also die Vorlage ohne Änderungsantrag. Danke.

Parlamentspräsident F. Helg: Wir werden natürlich hier nicht fertig mit der Beratung vor der Nachtessenspause, das ist logisch. Wir machen hier einen Unterbruch. Ich schliesse die Sitzung und wünsche allen guten Appetit.

Wir fahren um 20 Uhr weiter mit diesem Geschäft.

Nachtessenspause.

Parlamentspräsident F. Helg: Ich begrüsse zur Abendsitzung. Wir sind mitten in der Beratung von Traktandum 6, dem Kredit von 36 Millionen Franken für die Erweiterung der Schulanlage Langwiesen in Wülflingen. Es waren bereits zwei Voten zum Sachgeschäft, von Romana Heuberger und von Benedikt Zäch. Wir führen diese Diskussion hier weiter. Als Nächstes ist auf der Rednerliste Marco Graf (SVP).

M. Graf (SVP): Das Schulhaus Langwiesen hat bei unserer Fraktion einen faden Nachgeschmack hinterlassen. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, wenn es heisst, es fehlen uns Klassenzimmer, dann soll man Klassenzimmer bauen. Und nicht ein paar wenige Klassenzimmer und dafür Unmengen an Sonderräumen. Auch die Dreifachturnhalle mit Tribünen wirft bei uns gewisse Fragen auf.

Wir sind der Meinung, dass der aktuelle städtische Standard hinterfragt werden muss und mit einem separaten Geschäft behandelt werden sollte, da der Kanton für seine Vorgaben nichts mehr zahlt. Uns ist bewusst, dass die Schule diese Turnhalle braucht. Was uns aufstösst, ist,

dass zurzeit Win4 eine Dreifachturnhalle baut, finanziert durch private Investoren. Und wir wollen unsere Bedenken zeigen, dass diese Halle dann eventuell konkurrenziert wird durch eine Halle, welche mit Steuergeldern finanziert wird.

Die zeitlichen Abläufe dieses Geschäfts finden wir so nicht seriös. 2021 wurde im Eiltempo der Projektkredit bewilligt. Jetzt, nach über drei Jahren, kam das Geschäft in die Kommissionen und muss wieder im Eiltempo behandelt werden. Dazu kommt, dass man für dieses komplexe Projekt die Informationen überall zusammensuchen muss. Da fragen wir uns, weshalb wir es so schnell behandeln müssen, wenn die Verwaltung drei Jahre braucht, um das zu erstellen. Da sehen wir keine Eile bei den Projektleitern.

Die Fraktion war bis heute Mittag uneinig, ob wir für dieses Projekt einen Absetzungsantrag machen wollen. Die SVP-Fraktion kann das nur sehr umständlich besprechen, weil wir vor der letzten Lesung keine Fraktionssitzung hatten. Wir haben aber auf diesen Antrag aufgrund der Dringlichkeit beim benötigten Schulraum verzichtet.

Wenn wieder ein Projekt mit einem solchen Ablauf kommt, werden wir nicht mehr darauf verzichten. Ob das Projekt dann realisiert wird, soll das Stimmvolk entscheiden.

Zum Antrag der bodengebundenen Fassadenbegrünung würde ich gerne von den Grünen wissen, was das kostet. Diese Kosten müssten ja andernorts eingespart werden an diesem Projekt. Danke.

M. Nater (GLP): Merci an Alex Würzer für die gute Vorstellung des Geschäftes.

Winterthur ist eine attraktive Stadt und dadurch wächst die Bevölkerung. Gerade in Wülflingen ist in den letzten Jahren Wohnraum für Familien entstanden, was man aber schon seit Jahrzehnten weiss. Dies bewirkt, dass die Anzahl der Schüler und Schülerinnen stetig zunimmt, wodurch auch der Bedarf an Schul- und Betreuungsraum wie auch Sporthallen laufend steigt.

So ist nun bei diesem Projekt auch eine Dreifachturnhalle vorgesehen, welche die Bedürfnisse des Gebietes von Wülflingen in Zukunft abdecken kann. Diese Erweiterung der Schulanlage Langwiesen ist gemäss Weisung für den Schulraumbedarf im Stadtkreis Wülflingen von existenzieller Bedeutung. Daher ist es fast nicht möglich, hier überhaupt dagegen zu sein.

Bei der Grobkostenschätzung für 52.3 Millionen waren auch die Vorgaben bezüglich Energie und Ökologie enthalten, die Einhaltung des Energieeffizienzpfades der SIA. Wir von der GLP begrünnen auch die Begrünung der Dächer, den Bau der PV-Anlagen und die Umgebungsgestaltung, welche einen schöneren Aufenthaltsort für die Nutzer der Schulanlage sicherstellt. Was aber fehlt, ist eine Fassadenbegrünung, was wir von der GLP schon in der Vergangenheit für Winterthur eingebracht haben.

Da wir den Antrag der Grünen für sehr moderat halten mit «... müssen mindestens abschnittsweise eine bodengebundene Fassadenbegrünung erhalten», werden wir, wenn wir von der GLP konsequent sind, diesem Antrag der Grünen für die Fassadenbegrünung zustimmen. Unter dem Vorbehalt, dass der Antrag, wie darin ausgeführt ist, kostenneutral umgesetzt wird.

Zum Denkmalschutz ist nur zu sagen: Wenn es so weitergeht, ist bald jedes Gebäude, welches der Stadt Winterthur gehört und älter als 30 Jahre ist, unter Denkmalschutz gestellt. Mit dieser Entwicklung bewegen wir uns beim Denkmalschutz in die falsche Richtung und verbauen im wörtlichen Sinn den nächsten Generationen den Gestaltungsspielraum.

Der durchgeführte Architekturwettbewerb hat alle Vorgaben aufgenommen und zu einem gelungenen Projekt geführt, welches die gestellten Vorgaben aus dem Raumprogramm und auch die Kostenvorgaben des Parlaments eingehalten hat.

Nun kostet aber die Sanierung der Schulanlage nicht mehr 52.3 Millionen, sondern 14.7 Millionen mehr. Dazu muss man wissen, dass die Grobkosten eine Kostengenauigkeit von plus/minus 25% haben und die Teuerung darin nicht enthalten ist. Wenn aber die Kostengenauigkeit mit plus/minus angegeben wird, dann sollte es schon möglich sein, dass auch im Minus-Bereich noch das entsprechende Potenzial vorhanden ist, um dort etwas einzusparen.

Wenn ich als Privater bei einem Bauprojekt plötzlich höre, das die Kosten wegen der Teuerung 15% höher sind und nochmals mehr als 10% Teuerung durch die Eingriffstiefe, Kostenunschärfe und Anpassungen von Bestellungen dazukommen, wäre Handlungsbedarf angesagt. Die GLP hätte sich gewünscht, dass beim Schulhaus Langwiesen verstärkt entsprechende Sparmassnahmen umgesetzt worden wären.

Wir von der GLP sind der Meinung, dass auch ein kostengünstigeres Projekt möglich gewesen wäre und auch der Denkmalschutz hat aus unserer Sicht ein viel zu hohes Gewicht erhalten.

Da dieser Schulbau aber, wie eingangs erwähnt, aber existenziell für Wülflingen ist und es ein baulich gutes Projekt ist, werden wir von der GLP dem Baukredit zustimmen.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Ich beginne mit dem Änderungsantrag der Grünen/AL betreffend der Fassadenbegrünung. Dieser ist uns grundsätzlich sympathisch. Ich habe mich im Namen der Mitte/EDU-Fraktion bei anderen Gelegenheiten auch schon für Fassadenbegrünungen aussprechen dürfen. Allerdings war das Thema in der Vorberatung in der Kommission, Benedikt hat es gesagt, nur am Rand ein Thema und wurde kurz abgehandelt. Und der Antrag, das hat Kathrin selbst gesagt, lag erst heute Morgen vor in einer schriftlichen Form vor. Den letzten Satz, dass keine zusätzlichen Kosten entstehen dürfen, habe ich heute Abend, als der Antrag vorgelegt wurde, zum ersten Mal gesehen.

Es ist zum einen zu begrüßen, dass Ihr findet, man müsse das ohne zusätzliche Kosten umsetzen. Es bedeutet aber gleichzeitig auch, dass dieses Geld dann irgendwo eingespart werden muss.

Uns fehlt auch eine seriöse Auseinandersetzung im Rahmen dieses Projekts mit diesem Anliegen. Unter anderem ist nicht klar, was die Investitionsfolgekosten für eine Veränderung erfahren würden, wenn man diesen Antrag annimmt. Würde der Unterhalt dieser Anlage teurer? In welchem Rahmen? Das ist wichtig, denn die Investitionsfolgekosten sind nach der Bewilligung des Kredits gebundene Kosten, die man als Parlament nicht mehr beeinflussen kann.

Der Antrag ist für uns damit ein Antrag ins Blaue, ohne dass wir die Konsequenzen kennen, welche eine Annahme hätte. Die Mitte/EDU-Fraktion lehnt den Antrag deshalb ab, weil keine vertiefte seriöse Auseinandersetzung damit möglich war in diesem kurzen Zeitraum.

Zum Stadtratsantrag selbst: Auf den ersten Blick liegt ein schönes und stimmiges Projekt vor. Auf den zweiten Blick ist das Preisschild aber zu hoch im Verhältnis zur damaligen Bestimmung.

Hervorheben als gelungen möchte ich zum Beispiel den kreativen Einbau der Betreuungsräume in die bestehende Turnhalle. Den sorgsam Umgang mit den Bestandesbauten werden wir als sehr positiv. Ebenso befürworten wir ausdrücklich die neue Dreifachturnhalle, für die es einen Bedarf gibt. Wir finden es gut, dass man das macht. Auch dass im Gegenzug zu diesem Projekt verschiedene Mietobjekte aufgegeben werden können und der Raumbedarf in dieser neuen Schulanlage abgedeckt werden kann, ist ein Gewinn.

Trotzdem: Bei der Bewilligung des Planungskredits im Jahr 2021 wurden Gesamtkosten von 51.8 Millionen ausgewiesen. Nun haben wir ein Projekt, welches Gesamtkosten von 68.03 Millionen auslöst, also in meiner Rechnung 16 Millionen Franken mehr. Auch nach Einrechnung der Teuerung liegt das Projekt deutlich über den Kosten, welche dem Planungskredit damals zugrunde lagen. Die jährlichen Investitionsfolgekosten belaufen sich damit auf zwischen 2.2 und 2.5 Millionen Franken.

Und da erwarten wir künftig, dass die Kostenprognose von Planungskrediten als bindend betrachtet wird. Wir erwarten ausserdem, dass in der Projektumsetzung dieses Projekts weitere Massnahmen zur Kostensenkung umgesetzt werden.

Dass mit dem vorliegenden Kredit jetzt die Kosten von 36.26 Millionen Franken vorgelegt werden, ist für unsere Fraktion ebenfalls störend. Dazu kommen ja noch die 26.27 Millionen gebundene Kosten. Kreditrechtlich mag dieses Vorgehen zulässig sein. Der Stadtrat hält aber selbst in der Weisung fest, dass ohne die neuen Kosten das gesamte Projekt nicht umsetzbar ist. Würden die neuen Kosten – also der Kredit – abgelehnt, wäre auch das Gesamte nicht

umsetzbar. Vor diesem Hintergrund hätten wir erwartet und wäre es angemessen gewesen, dass der Gesamtkredit dem Parlament und vor allem auch der Bevölkerung vorgelegt wird. Schliesslich wird in der Mitte/EDU-Fraktion auch die Entwicklung der Schüler- und Schülerinnen-Zahlen in Frage gestellt. Das Bevölkerungswachstum war zuletzt kleiner als prognostiziert und die Geburtenzahlen sind rückläufig. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich diese Entwicklung auch in einer Korrektur der künftigen Anzahl an Schülerinnen und Schülern zeigen wird.

In der Abwägung der positiven Punkte und der angebrachten Kritik hat sich die Fraktion aber doch dazu entschieden, diesem Antrag unverändert und mehrheitlich zuzustimmen.

A. Würzer (EVP): Die EVP-Fraktion ist klar der Überzeugung, dass der zusätzliche Schulraumbedarf ausgewiesen ist und wir dringend darauf angewiesen sind, entsprechende Projekte voranzutreiben - der Kommissionsreferent hat das in seiner Präsentation auch sehr gut aufgezeigt. Jetzt kommt mit dem Schulhaus Langwiesen also bereits das Nächste auf uns zu. Es ist eines dieser zahlreichen Projekte, die sich gegenüber den ursprünglichen Berechnungen massiv verteuert haben. Wir haben das bereits mehrfach gehört. Das ist zwar frustrierend, aber man darf dabei auch nicht vergessen: Das ist nicht nur für unsere Runde hier im Saal frustrierend, sondern sicherlich auch für die Projektverantwortlichen in der Stadtverwaltung. Es ist ja nicht so, dass die darauf aus sind, für möglichst teure Schulhäuser zu sorgen. Zumindest ist das eine indirekte Unterstellung, die ich aus einzelnen Voten ein bisschen heraushöre. Vielmehr ist es in diesem Fall die massive Bauteuerung, auf die wohl weder die Verwaltung noch wir hier drinnen einen direkten Einfluss darauf haben. Auch die weiteren Kostensteigerungen sind begründet worden.

Wir hätten uns ebenfalls gewünscht, dass wir den ordentlichen Weg einhalten hätten können. Wie bereits in der Präsentation ausgeführt, war das ja auch schon ein Thema in der Kommission. Wir haben dieses Geschäft – wie in der Kommission – aber in der Fraktion beschlossen und sind mehrheitlich zum Schluss gekommen, dass aus unseren Reihen keine materiellen Anträge mehr kommen würden und wir deshalb auch nicht der Ansicht sind, das Projekt aus unserer Sicht unnötig zu verzögern. Bis zum heutigen Tag liegen ja nach meinem Kenntnisstand, mit Ausnahme der Fassadenbegrünung, ja auch keine weiteren Fragen oder Anträge auf dem Tisch, die nicht bereits in der Kommission behandelt wurden.

Was wir aber gleichzeitig auch nicht möchten, ist, dass sich die Bürgerlichen in der Volksabstimmung gegen das Projekt stellen. Wir tragen letztendlich ja alle hier drinnen eine Mitverantwortung für genügend Schulraum in der Stadt. Und in diese Verantwortung möchten wir alle Seiten sehr gerne miteinbinden. Wir haben schon von den Herausforderungen gehört, Romana hat es gesagt, aber konkret geht es auch darum, dass wir als Parlament die entsprechenden Anträge bringen, sofern es überhaupt Möglichkeiten dazu gibt, um die Kosten in den Griff zu bekommen. Und wir sind natürlich auch nicht happy über diese Millionenbeiträge, um die das Ganze teurer geworden ist. Aber wir sind zum Schluss gekommen, dass wir keine Anträge formulieren können, welche diese Kosten entscheidend senken würden. Und die aus unserer Sicht faire Konsequenz daraus ist es dann auch, Verantwortung zu übernehmen und das Projekt mitzutragen.

Der andere Weg ist natürlich bequemer, besonders wenn man weiss, dass eine Ratsmehrheit dem Projekt dann schon zustimmen wird. So kann man die eigene Basis besänftigen und gleichzeitig den Scherbenhaufen verhindern. In dem Sinn danke ich auch Romana und der FDP für ihre Unterstützung; aber auch der SVP, wie wir es jetzt gehört haben, obwohl sie parteiintern wohl noch mehr zu diskutieren haben werden als andere.

Über das Projekt ist ja mitunter auch von mir schon viel gesagt worden. Ich schliesse mich auch Andreas bei der Aufführung der positiven Aspekte gerne an. Für uns war es wichtig, dass die definierte Schutzwürdigkeit dieses Schulhauses nicht zu Mehrkosten gegenüber einem Ersatzneubau führen. Dies ist offenbar nicht der Fall und somit erscheint uns eine Erweiterung gerade auch aus ökologischen Aspekten nachhaltiger. Über besondere Schutzwürdigkeit kann man meiner Ansicht nach weiterhin streiten, aber da kommen wir mit der ganzen ISOS-Geschichte ja sowieso noch in eine Grossbaustelle, die da auf uns zurollt. Und ich bin

wie Markus Nater schon auch der Meinung, dass wir letztendlich nicht alle in einem Riesenumuseum hocken sollten.

Noch zum Antrag der Grünen, von Kathrin Frei Glowatz. Es handelt sich eigentlich um eine super Gelegenheit, das Postulat von Ratskollege Praetorius «Begrünung von Verwaltungsliegenschaften», das wir auch miteingereicht haben, auszuprobieren und zu testen. Wir werden den Antrag unterstützen, gerade auch weil keine zusätzlichen Kosten entstehen sollen. Und als konstruktive und lösungsorientierte Kraft liefern wir gleich auch noch eine vielversprechende Idee, wie das gehen könnte: Der Königsweg könnte also sein, die Fassadenbegrünung im Rahmen des Kredits für Kunst am Bau unterzubringen, das ist ja immerhin auch ein stolzer Betrag von rund 300'000 Franken. Da die Kunst am Bau ja wahrscheinlich nicht an den schutzwürdigen Fassaden angebracht werden dürfte, eignet sich ja der Neubau des Mehrzweckgebäudes für diesen Antrag hervorragend. Mit Begrünung wäre dann aber nicht nur die Farbe, sondern tatsächliche Pflanzen gemeint.

Schliesslich bedanken wir uns bei den Verantwortlichen der Stadtverwaltung für die sorgfältige und transparente Arbeit auch während dem ganzen Prozess, als klar wurde, dass diese Mehrkosten so vorhanden sind. Und wir werden das Schulhausprojekt natürlich auch dann mittragen, wenn der Antrag der Grünen keine Mehrheit finden sollte.

K. Frei Glowatz (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL stimmt dem Verpflichtungskredit für die Erweiterung der Schulanlage Langwiesen zu. Vielen Dank verspätet an Dich, Alex, für das gute Vorstellen.

Der Bedarf an zusätzlichem Schulraum und einer neuer Dreifachturnhalle im Stadtteil Wülflingen, Quartier Langwiesen ist ausgewiesen. Das Projekt finden wir insgesamt ausgereift und es spart zum Beispiel durch einen geschickten Umgang mit dem Bestand viel graue Energie. Der Einbau von atelierartigen Maisonetten in den alten Turnhallen für zusätzliche Schulplätze ist absolut gelungen. Und auch die Umgebungsgestaltung hat uns durch den grösstmöglichen Erhalt des alten Baumbestandes und ein sorgfältiges Ineinandergehen von alt und neu überzeugt. Es ist also gar nicht so, dass wir da sonst noch viel kritisieren würden. Wir danken der Verwaltung und allen Planern für das insgesamt gute Projekt und stimmen wie gesagt zu.

Allerdings kann ich mir einen Appell schon nicht verkneifen: Dass man zukünftig in den Wettbewerbsausschreibungen und Jurys die ökologischen und Klimaschutztechnischen Anliegen doch noch höher gewichtet als ästhetische und denkmalschützerische Aspekte – da schliesse ich mich meinen beiden Vorrednern absolut an. Ich glaube, da muss wirklich noch mehr ein Umdenken stattfinden.

Und vielleicht zum Schluss noch zwei Antworten in Bezug auf die Fassadenbegrünung, was das kostet: Marco, leider kann ich Dir natürlich keine Zahl nennen. Und sicher ist es nicht gratis. Aber wenn man beispielsweise heimische Pflanzen nehmen könnte (Hopfen oder Efeu wären da gute Beispiele – sie wachsen schnell, sind günstig und sind erst noch für die Bienen wunderbar) – und bei einer 68 Millionen-Kiste und 10% Reserven (das kann man alles nachlesen) wird wohl eine Fassadenbegrünung, die ein paar Zehntausende kostet, drinliegen. Plus, das vielleicht das letzte Wort: Der Graffiti-Schutz, den es mindestens braucht bis 3 m Höhe (und man weiss ja, die Sprayer kommen auch gerne mal ein bisschen höher) ist auch nicht ganz gratis. Ich konnte das in der Kürze der Zeit nicht nachschauen, aber eine Fassadenbegrünung ist da wahrscheinlich nachhaltiger als ein Graffiti-Schutz – und auf lange Sicht wahrscheinlich auch günstiger. Danke.

Parlamentspräsident F. Helg: Jetzt wäre noch die Frage, ob von der BSKK noch jemand etwas sagen möchte zum Mitbericht? Der Referent der SBK, Alex Würzer, hat ja den Mitbericht bereits vorgelesen und er ist auch so im Protokoll verankert. Aber nach der Geschäftsordnung wäre jetzt noch die Gelegenheit für die BSKK-Mitglieder, etwas zu sagen. – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Damit ist die Diskussion weiter geöffnet. Christian Hartmann hat sich noch zu Wort gemeldet.

Ch. Hartmann (SVP): Ich möchte nur im Sinne der Transparenz sagen: Sollte der Antrag zur Fassadenbegrünung durchkommen, würde die SVP dieses Geschäft nicht mehr geschlossen unterstützen.

Stadträtin M. Blum: Danke Dir, Alex, für die Vorstellung des doch nicht sehr einfachen Projekts. Und ich danke Euch für die Diskussionen in den Kommissionen und auch hier im Parlament.

Ich habe totales Verständnis für Eure Voten und auch für Eure sorgfältige Abwägung/Entscheidungsfindung. Es geht um viel Geld. Es geht aber auch um eine Schulanlage, welche in dieser Grössenordnung in Winterthur noch nie gesamtsaniert und erweitert wurde. Das erklärt vielleicht auch einen Teil des sorgfältigen Planungsprozesses, der in der Verwaltung stattgefunden hat und mehrfach erwähnt wurde.

Es wurde angesprochen: Es ist auch ein enormes Kostenwachstum zu verzeichnen. Da haben wir zum einen die enorme Kostensteigerung mit der Bauteuerung, die beispielsweise in der vergangenen Zeit. Und zudem handelt es sich um eine Sanierung im Bestand und einen sehr innovativen Umbau, indem man die Turnhallen in die Betreuung umbaut, wobei man dann gewisse Sachen erst im Planungsprozess erkennt.

Das Projekt wurde am 21. Januar, das wurde auch erwähnt, kommuniziert und der Kommission überwiesen. Wir hatten seither mehrere Lesungen und konnten alle Fragen auch abschliessend beantworten.

Was mir noch wichtig ist in diesem Projekt, es wurde auch diskutiert, heute ist es ein bisschen weniger gekommen: Möglichst viel erhalten oder Abriss? Und da hat sich klar gezeigt: Das Projekt mit möglichst viel Erhalt ist sowohl ökologisch wie auch ökonomisch die beste Lösung. Ich habe es angesprochen, auch der Umbau der Turnhallen in die Betreuung ist eine sehr innovative Idee.

Noch ganz kurz zu den Bauprojekten, das ist mir auch wichtig vom Verständnis her: Bauprojekte sind sehr langfristige Projekte, die können wir nicht beliebig starten und wieder stoppen. Und wie Ihr wisst, haben wir enormen Aufhol- und Sanierungsdruck in der Stadt und die Verwaltung arbeitet mit Hochdruck daran. Und ja, es ist schon auch stark abhängig von den verfügbaren Ressourcen, wie viel man da auf einmal schafft. Auch die Priorisierung von Investitionen wurde angesprochen: Das haben wir auch schon mehrmals bekräftigt hier, seit mehreren Jahren priorisiert der Stadtrat bei den Investitionen die Schulbauten.

Zur Schulraumplanung vielleicht auch noch ein Wort als Hintergrundinformation: Wir dürfen nicht Schulraum auf Vorrat planen. Und somit liegt es ein bisschen in der Natur der Sache, dass es sehr komplex ist, dass wir mit dem richtigen Schulraum zur richtigen Zeit am richtigen Ort zu den richtigen Kosten ist. Nichtsdestotrotz, wir nehmen die Herausforderungen an. Und nur als Beispiel: Zum Zeitpunkt des Projektierungskredits war das Projekt noch gar nicht bekannt. Es war uns auch ein grosses Anliegen, dass der Schulbetrieb auf der Schulanlage weiter stattfinden kann, deshalb hat man sich dann für eine Etappierung entschlossen, was zwar länger dauert, aber dafür kann man sich teure Übergangslösungen sparen. Und auch für den Schulbetrieb ist es viel einfacher.

Nicht zuletzt vielleicht doch noch ein kleiner Hinweis: Das Ganze ist ein demokratischer Prozess. Wir können das gerade verfolgen am Schulhaus Aussenwachen, wo der Stadtrat das Projekt vorgestellt hat und uns jetzt da Widerstand der Anwohnenden entgegenschlägt.

Wir bauen nicht Luxus, das möchte ich hier auch nochmals sagen, wir bauen gemäss den Empfehlungen des Kanton Zürich. Und diese sind auch kein Luxus. Und jetzt spreche ich als Präsidentin der Schulpflege: Die Schulpflege ist klar der Meinung, dass auch die Winterthurer Schüler und Schülerinnen Anrecht haben auf Schulraum gemäss den Empfehlungen des Kantons. Diese Empfehlungen halten wir über das Stadtgebiet bei weitem nicht ein - wie Ihr wisst, fehlen uns Gruppenräume im zweistelligen Bereich, es fehlt uns Schulraum, es fehlen uns Turnhallen. Aber hier haben wir ein neues Projekt und wir würden wir gerne nach den Empfehlungen des Kantons bauen. Der Bedarf ist ausgewiesen – und ja, zu einer Schulanlage gehören nicht nur die Klassenzimmer, es gehören auch die weiteren Räumlichkeiten dazu, das ist so.

Vielleicht noch kurz zur Dreifachturnhalle, weil diese auch ein bisschen in Frage gestellt wurde: Mit der Dreifachturnhalle wird die 3. Dreifachturnhalle für Winterthur beantragt. Wir haben bereits Dreifachturnhallen in Neuhegi und Oberseen. Und eigentlich ist in jedem Stadtkreis jeweils eine grosse Veranstaltungshalle vorgesehen, das entspricht der Strategie für Raum für Bewegung und Sport, welche der Stadtrat 2009 genehmigt hat. Die Dreifachturnhallen bieten jeweils Auszugstribünen für 400 Zuschauer und Zuschauerinnen und eine Galerie, so dass auch Sportwettkämpfe mit Publikum möglich sind.

Zum Abschluss noch: Ja, es ist viel Geld. Aber es geht um drei Projekte: Es geht um die Sanierung einer über 50jährigen Schulanlage (die Fenster sind im Moment noch original aus den 70er-Jahren); es geht um eine dringend nötige Erweiterung, nicht zuletzt auch für den Betreuungsraum (Betreuung ist ein sehr schnell wachsender Bereich); und es geht um einen Antrag für eine Dreifachturnhalle, für die Schule, für die Vereine und für die Bevölkerung im Quartier. Und deshalb würde ich mich sehr freuen – zu Gunsten der Schülerinnen und Schüler, der Vereine und dem Quartier –, wenn Ihr zustimmen könntet und wir da die Möglichkeit hätten, die Vorlage der Stimmbevölkerung vorzulegen. Danke vielmals.

Parlamentspräsident F. Helg: Somit kommen wir jetzt zu den Abstimmungen. Wir werden das so aufgliedern, dass es zuerst eine Abstimmung gibt über den Antrag der Grünen/AL zur Fassadenbegrünung. Dann kommt die zweite Abstimmung über den Antrag des Stadtrats. Je nach dem Ergebnis der ersten Abstimmung unverändert oder ergänzt durch den Antrag mit der Fassadenbegrünung.

Wir kommen zur Abstimmung über den Ergänzungsantrag.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Der Ergänzungsantrag Fassadenbegrünung wird mit 22:33 Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

Der Antrag des Stadtrats kommt jetzt somit unverändert zur Schlussabstimmung, also in der Form, wie er in der Weisung verankert ist.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Dem Kredit wird mit 53:0 bei 2 Enthaltungen einstimmig zugestimmt. Das Geschäft ist somit im zustimmenden Sinn verabschiedet, zuhanden der Volksabstimmung, die wahrscheinlich noch in diesem Jahr stattfinden wird.

7. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.39: Bericht zur Arbeitszeiterfassung der Mitglieder der Schulpflege Winterthur

Parlamentspräsident F. Helg: Bericht zur Arbeitszeiterfassung der Mitglieder der Schulpflege Winterthur. Die Besonderheit an diesem Geschäft ist, dass das ein Antrag der Schulpflege ist, nicht des Stadtrats. Die Schulpflege ist einerseits vertreten durch die Präsidentin, Stadträtin Martina Blum, und andererseits durch das teilamtliche Mitglied, das jetzt noch auf der Tribüne sitzt, Karin Hürlimann. Ich bitte Dich jetzt, den Platz, der auf der Seite der Exekutivbehörde reserviert ist, einzunehmen. Wie gesagt, besteht für Dich dann auch die Möglichkeit, das Wort zu ergreifen. Das wäre dann einfach am Rednerpult. Das Wort hat zuerst der Referent der BSKK, Thomi Gschwind, für die Vorstellung des Geschäfts.

Th. Gschwind (BSKK): Es geht um das Geschäft 2025.39, das ich heute Abend kurz und bündig vorstellen darf: Bericht zur Arbeitszeiterfassung der Mitglieder der Schulpflege. Weshalb ist das ein Thema heute? 2021 hat das Parlament beschlossen, dass die Schulpflege zu

50% arbeiten wird. Es wurde damals zudem beschlossen, dass zwei Jahre lang die Arbeitszeit erfasst wird, damit wir dann da auch schauen können, ob das mit den 50% treffend war oder nicht.

Die Rechnung von 2021 lautete so, dass man auf ungefähr 4'468 Stunden Arbeit kam. Das gibt 2.4 Vollzeiteinheiten. Durch 6 wären das 40%. Ich war damals nicht dabei, ich kann es deshalb nur anhand von Protokollen und Auszügen sagen, aber es gab dann hier im Parlament eine Debatte und Ihr bzw. wir haben uns schlussendlich darauf geeinigt, dass es ein 50%-Pensum pro Person gibt.

So sieht die Auswertung der Schulpflege aus nach zwei Jahren Zeiterfassung.

Ich sage kurz etwas zu den Spezialaufgaben, alles andere ist grundsätzlich selbsterklärend respektive Ihr habt es vermutlich schon in den Fraktionen besprochen, weil Eure Gspänli das aus der Kommission mitgebracht haben. Bei den Spezialaufgaben ein Beispiel, von dem ich finde, dass es sehr sinnbildlich steht: Wenn eine neue Person eingestellt werden muss und das Einstellungsgespräch die Anwesenheit einer Schulpflegerin oder eines Schulpflegers verlangt. Dann sind dort nicht alle 6 Personen dabei; gewisse sind dabei, gewisse sind nicht dabei. Das ist ein Beispiel. Ein zweites Beispiel ist, wenn es darum geht, dass man die Kinder einteilt: Wer von welchem Wohnort muss wo in welches Schulhaus? Dort gibt es Schulpflegerinnen und Schulpfleger, die dabei sind, und es gibt solche, die nicht dabei sind.

Man kommt schlussendlich auf 5'364 Stunden. Das Ganze durch 6 gibt 894 Stunden, das ist sehr genau 50%.

Zusammengefasst: Es ist die erste Behörde, die erste Schulpflege, die mit der neuen Gemeindeordnung gearbeitet hat. Mittlerweile ist die Einarbeitung bereits einkalkuliert. Uns wurde auch gesagt, dass es solche gibt, die schneller sind beim Einarbeiten und solche, die nicht ganz so schnell sind im Einarbeiten. Ihr werdet das aus Eurem Berufsleben auch kennen. Die 50% sind über das ganze Jahr gesehen, aber – und das ist sehr wichtig zu erwähnen – es ist zwischen den Schulferien ein höherer Aufwand. Wir haben uns in der Kommission sagen lassen, dass es nicht ganz so einfach ist, vielleicht sogar gar nicht möglich ist, nebenbei noch einen grossen anderen Job auszuführen, weil man eigentlich von Montag bis Freitag verfügbar sein muss.

Das «Chaos» (ich war so frei und habe das einfach mal so geschrieben) wurde ausgeklammert. Es ist nicht so, dass die Schulpflege einfach 50% gearbeitet hat in den letzten zwei Jahren. Es war ein bisschen was los, wir wissen es alle. Das ist ausgeklammert.

Zusammengefasst darf man sagen (ich hoffe, Karin köpft mich nachher nicht dafür): Die 50% funktionieren.

Die BSKK hat diesen Bericht mit 9:0 zur Kenntnis genommen. Danke vielmals.

A. Zuraikat (Die Mitte/EDU): Ich sehe, Thomi, wir haben da ein sehr partnerschaftliches Tandem heute Abend. Wir wechseln uns da gut ab. Auch hier, Thomi, danke vielmals für das Vorstellen, kurz und bündig, dieses Geschäftes.

Ich kann mich noch gut erinnern, dass im Rahmen der Revision der Gemeindeordnung im Stadtparlament intensiv über das richtige Pensum debattiert wurde. Man hat über nebenamtliche, teilsamtliche und vollamtliche Schulpflegende gesprochen. Ebenfalls zur Diskussion stand die Anzahl der Mitglieder der Schulpflege, es ging von 4 bis 10 Mitglieder. Wir haben auch über verschiedene Pensen diskutiert, über 30%, dann standen 40% im Raum und wie Thomi es dargelegt hat, haben wir uns schlussendlich hier im Stadtparlament auf 50% geeinigt.

Aus unserer Sicht ist es aber unglücklich, dass die Schulpflege nach eigener Aussage nicht die effektiv geleistete Zeit ausweist, sondern nur die Zeit, welche geleistet worden wäre, wenn alles gut läuft. Thomi hat das provokativ mit «Chaos» bezeichnet, ich würde dazu «Reorganisation» sagen. Diese Reorganisationsphase war durchaus sehr intensiv, das haben wir auch so erlebt in der Kommission, wie darüber berichtet wurde. Wir wissen ja alle, dass das Projekt SOWI26 wirklich intensiv abgelaufen ist und noch intensiv ablaufen wird, in dem die Zusammenarbeit zwischen Schulpflege, Schulamt und dazwischen die Leitungen Bildung gestärkt werden soll. Die Ausweisung der Nicht-Erfassung dieser Zeit ist für uns nicht zufriedenstellend, weil es wie gesagt nicht der Arbeitsrealität entspricht.

Aus Sicht der BSKK werden wir aber unsere Aufsichtsfunktion, unsere Verantwortung weiterhin wahrnehmen und regelmässig dazu einen Bericht seitens Schulpflege erhalten, auch um zu erfahren, wie das Projekt weiterhin voranschreitet. Was wir aber bisher gesehen haben und erfahren durften, können wir wirklich optimistisch sein bezüglich der Reorganisation mit der Vision «Eine Schule für Winterthur», dass wir dieser Vision immer näherkommen. Die Schulpflege hat mit diesem Bericht ihre Pflicht erfüllt und aufgezeigt, für welche Tätigkeiten wie viele Stunden geleistet werden. Da wir inhaltlich jedoch Bedenken zur aktuellen Arbeitssituation haben, nehmen wir als Die Mitte/EDU-Fraktion den Bericht weder positiv noch negativ zur Kenntnis. Vielen Dank.

D. Roth-Nater (EVP): Danke, Thomi, und danke besonders auch der Schulpflege, für die Vorstellung und für den sauber ausgearbeiteten Bericht zur Arbeitszeiterfassung. Er zeigt transparent und nachvollziehbar, wie die Arbeit der Schulpflege auf verschiedene Bereiche verteilt ist, vor allem auch in den sogenannten Ausschüssen und Kommissionen. Natürlich, wie Thomi das berichtet hat, das sogenannte «Chaos» - das sind Stunden, die geleistet wurden, die wir aber in einer zukunftsgerichteten Sicht nicht einbeziehen. Und deshalb ist dieser Bericht absolut relevant.

Dank der differenzierten Darstellung der Arbeit können wir gute Schlüsse ziehen, was auch die zukünftige Belastung angeht. Es zeigt klar, dass das 50%-Pensum, welches das Parlament im Zusammenhang mit der neuen Ordnung beschlossen hat, mit der effektiv geleisteten Arbeit absolut gerechtfertigt ist.

Die Erfassung und die Auswertung der Arbeitszeiten ist deshalb aus unserer Sicht eine wertvolle Basis für weitere Diskussionen über Organisations- und Ressourcenplanung.

Die EVP nimmt den Bericht positiv zur Kenntnis und bedankt sich herzlich für die engagierte und wichtige Arbeit.

J. Ehrbar (SVP): Wir danken der Schulpflege für den Bericht und ihre Arbeit und Zeit, die sie hatten, um diese Arbeitszeit aufzuschreiben. Im Bericht ist sehr detailliert dargestellt, wie und für was die Zeit investiert und gebraucht wurde.

Die SVP hat bei der neuen Gemeindeordnung verlangt, dass die Stellenprozente von 40% auf 50% erhöht werden, damit die Schulpflege genügend Zeit hat in ihrer Anfangsphase, um das Pensum zu erfüllen. Das Stadtparlament hat das dann so beschlossen. Es war eine richtige Entscheidung. Wir erwarten aber, dass sich die Schulpflege so organisieren kann, dass das Pensum wieder auf 40% reduziert werden kann.

Wir nehmen den Bericht so positiv zur Kenntnis.

J. Guddal (GLP): Wer sich je gefragt hat, was die Schulpflege eigentlich genau macht – der Bericht liefert die Antwort. Und es ist klar: Das Pensum von 50% pro Mitglied ist nicht zu hoch gegriffen, wenn dieses Amt mit der gebotenen Seriosität und Verantwortung ausgeübt werden soll. Die Schulpflege hat mit hoher Transparenz und viel Eigenverantwortung während zwei Jahren minutiös erfasst, was ihre Arbeit ausmacht. Der Bericht zeigt: Schulpflege ist kein Nebenjob. Das ist ein anspruchsvolles politisches Amt – mit vielen Sitzungen, Führungsaufgaben, komplexen Entscheiden im sonderpädagogischen Bereich und hohem Koordinationsaufwand mit Schule, Verwaltung und Politik.

Wichtig ist auch: Die Erhebung blendet bewusst den zusätzlichen Aufwand der Startphase aus. Es geht also nicht um eine Überforderung, sondern um eine realistische Einschätzung eines kontinuierlichen Arbeitsvolumen.

Die GLP nimmt den Bericht positiv zur Kenntnis und dankt allen Beteiligten für ihre Arbeit – sowohl bei der Erfassung als auch beim täglichen Einsatz für unsere Volksschule.

T. Gschwind (SP): «Reorganisation» wäre vermutlich tatsächlich das schönere Wort gewesen vorhin.

Die SP-Fraktion dankt der Schulpflege für die Arbeitszeiterfassung. Wir sind der Meinung, dass das Parlament hier im 2021 durchaus einen guten Job gemacht hat und mit den 50%, das es festgelegt hat, eigentlich schon fast ins Schwarze getroffen hat.

Wir danken der Schulpflege auch, dass sie in dieser turbulenten Zeit, in dieser Reorganisation, welche die Behörde hatte, mehr als die 50% geleistet hat.

Jan, in der BSKK ist die Zahl 70% gefallen – 40% werden nicht reichen.

Uns freut es, dass man mittlerweile auf dem Weg ist, auf dem man ist. Und wir danken sowohl der Schulpflege, den Leitungen Bildung als auch dem ganzen Departement und der Stadträtin Martina Blum für die Arbeit. Wir sind überzeugt, dass wir da alle miteinander auf einem guten Weg sind.

C. Mancuso (FDP): Ich möchte es gar nicht mehr so lang machen.

Danke vielmals für den Bericht, er zeigt wirklich sehr transparent Eure Aufgaben auf. Natürlich, wir wissen, Ihr musstet eine Zeit lang 70% arbeiten bei dieser Reorganisation. Danke vielmals für das Durchbeissen. Mehr möchte ich gar nicht sagen, danke.

M. Lischer (Grüne/AL): Auch von mir vielen Dank an die WSP für diesen Bericht. Die Arbeitszeit detailliert zu erfassen, war mit ein bisschen Aufwand verbunden, der sich aber gelohnt hat. Das Resultat zeigt, dass man mit der Einschätzung eines 50%-Pensums richtig lag. Eine weitere Erkenntnis ist, dass auch nach Abschluss der Neustrukturierung ein gewisser zusätzlicher Aufwand bleibt, weil der Bedarf bei Stellenwechseln und für Weiterentwicklung in etwa gleich hoch bleibt wie heute.

Eine Fortführung der Arbeitszeiterfassung sei nicht vorgesehen, hat es bei der Besprechung in der BSKK geheissen, könne aber selbstverständlich individuell weiterhin erfolgen. Ich denke, die Fortführung der Arbeitszeiterfassung ist möglicherweise ganz im Sinne der teilsamtlichen Mitglieder der WSP. Damit würde ihre Arbeitszeit, die sie in unserem Milizsystem leisten, mindestens für sie selbst sichtbar bleiben.

Die Grüne/AL-Fraktion nimmt den Bericht positiv zur Kenntnis.

Parlamentspräsident F. Helg: Ich möchte aus präsidentialer Sicht noch anmerken, dass es bei diesem Geschäft als ein gewisses Defizit zu werten war, dass es von unserer Seite her doch einigen Aufwand brauchte, bis die Schulpflege den Bericht dann vorgelegt hat, obwohl es ja einen verbindlichen Beschluss des Parlaments gab, diesen Bericht zu verfassen.

Ich gebe das Wort Martina Blum - jetzt in der Funktion als Präsidentin der Schulpflege und weniger als Mitglied des Stadtrats.

Stadträtin M. Blum: Danke vielmals für die positive Kenntnisnahme. Es war ein klarer Auftrag an die 6 teilsamtlichen Mitglieder zur Arbeitszeiterfassung, das habt Ihr erwähnt. Wir gingen, sobald wir die Meldung erhalten haben, auch mit hoher Priorität dahinter. Nicht zu vergessen natürlich, dass wir noch andere Projekte mit hoher Priorität haben. Wir haben uns wirklich sehr bemüht. In dem Sinne entschuldige ich mich für die Verzögerung, die da bemängelt wurde.

Da es um einen Bericht der teilsamtlichen Mitglieder geht, hat die Schulpflege aus ihren Reihen Karin Hürlimann bestimmt, damit sie hier im Parlament Stellung nehmen kann zu Euren Voten.

K. Hürlimann (Mitglied der Schulpflege): Danke vielmals, Martina, für die Wortübergabe.

Ich möchte mich vor allem auch herzlich bedanken für die Einladung, heute Abend etwas sagen zu dürfen aus Sicht der Schulpflege.

Ich bedanke mich bei Dir, Felix Helg, für das Anstupfen, dass wir uns dahinter machen, zu erfassen, was wir eigentlich gearbeitet haben.

Ich bin sehr dankbar für die Wertschätzung, die wir durchaus von jedem Redner und jeder Rednerin erhalten haben für die Arbeit, die wir bisher gemacht haben. So, wie ich unser Gremium bisher erfahren habe, ist es eine Arbeit, die nicht ganz so unwichtig ist. Es war bisher verhältnismässig viel Arbeit, aber es war auch eine sehr schöne Arbeit.

Und wenn ich hier ins Parlament komme (übrigens zum ersten Mal in meinem Leben) und so viel Wertschätzung hören darf, dann gebe ich das von Herzen gerne weiter an die Behörde der Schulpflege.

Ich möchte noch etwas Zusätzliches sagen zu Martina Blum: Wir sind so dankbar, dass Du unser Präsidium übernommen hast als Abgesandte des Stadtrats. Dass Du es hinbekommen hast, dass wir in dieser Art und Weise mit der Verwaltung zusammenarbeiten können, wie wir das jetzt machen; dass Du es hingebraucht hast, dass wir in einem so wertschätzenden Austausch auch mit dem Stadtrat sind, dass unser Bewusstsein für die ganze Stadt so zunehmen durfte – dadurch, dass Du Deine Haltung bei uns hineingebracht hast. Ich finde es grossartig, was Du geleistet hast in dieser Zeit. Danke vielmals.

Parlamentspräsident F. Helg: Dann ist formell noch die Frage, ob der Stadtrat – das ist ja vielleicht nicht immer identisch von der Interessenlage her – sich noch irgendwie äussern möchte zur Schulpflege? - Das scheint kein Bedürfnis zu sein.

Somit kommen wir zur Abstimmung über dieses Geschäft, das wäre also der Antrag der BSKK auf zustimmende Kenntnisnahme.

A = Zustimmende Kenntnisnahme, B = Ablehnende Kenntnisnahme, C = Enthaltung.

Abstimmungsergebnis: Der Bericht wird mit 55:0 bei 0 Enthaltungen zustimmend zur Kenntnis genommen.

Das Geschäft ist insofern jetzt erledigt. Danke vielmals, auch an Karin Hürlimann, für das lange Ausharren. Ich wünsche einen schönen Abend.

8. Traktandum

Parl.-Nr. 2525.17: Verpflichtungskredit von Fr. 1'225'000 für die Ausführung der Bettenoptimierung Alterszentrum Neumarkt

Parlamentspräsident F. Helg: Verpflichtungskredit von Fr. 1'225'000 für die Ausführung der Bettenoptimierung Alterszentrum Neumarkt. Das Geschäft wurde, da es ein Investitionskredit ist, von der SBK behandelt. Wir wollen das Geschäft ohne Diskussion behandeln und es wird jetzt vorgestellt von Andreas Geering, der bereits am Rednerpult ist.

A. Geering (SBK): Nachdem wir uns jetzt $\frac{3}{4}$ des Abends mit schulischen Aspekten auseinandergesetzt haben, gehen wir jetzt an das andere Ende der Generationenskala, zu Alter und Pflege. Wir schauen dort einen Verpflichtungskredit von 1.225 Millionen an für die Ausführung der Bettenoptimierung im Alterszentrum Neumarkt. Der Stadtrat stellt dazu den folgenden Antrag: «Für die Ausführung der Bettenoptimierung (Projekt-Nr. 5013680_21030) wird ein Verpflichtungskredit von 1 225 000 Franken (inkl. Reserven) zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens Eigenwirtschaftsbetriebe bewilligt.

Die Bewilligung erstreckt sich auch auf die durch Teuerung und MWST bedingten Mehr- oder Minderkosten; Stichtag für die Kostenberechnung ist der 27.11.2024.»

Die Gebäude des Alterszentrums Neumarkt wurden in der ersten Form zwischen 1812 - 1814 gebaut. Sie stehen unter Denkmalschutz. Das frühere «Obere Spital» (Spitalgasse 6) und das «Untere Spital» (Neumarkt 8 und Spitalgasse 8) bilden zusammen ein Ensemble, eine Einheit, und werden heute gemeinsam als Alterszentrum genutzt. 1994 wurden Alterswohnungen eingebaut in der Spitalgasse, diese werden heute im Rahmen von «Wohnen mit Service» genutzt. Damals wurde das Gebäude auch umgebaut. Und im Jahr 2002 kam beim «Unteren Spital» ein Neubau dazu, am Neumarkt 6.

Infolge des sinkenden Bedarfs an Doppelzimmern (Doppelzimmer werden immer weniger nachgefragt) sollen diese Zimmer – wo möglich - in Einzelzimmer umgenutzt werden. Diese Einzelzimmer sollen Nasszellen erhalten und damit wieder attraktiver werden. Das wird sich auch vorteilhaft auf die Auslastung auswirken. Gleichzeitig werden Büros in Einzelzimmer für Bewohnende umgewandelt und die Büros werden örtlich verschoben. Durch diese Massnahmen steigt das Platzangebot im Neumarkt von 65 auf 69 Betten. Künftig wird von einer noch besseren Auslastung ausgegangen, da Doppelzimmer kaum noch nachgefragt werden. Hier sieht man die Aussenfront des Neumarkts.

Ebenfalls sehr wichtig: Es ergeben sich Verbesserungen in den Betriebsabläufen im Alterszentrum.

In der Immobilienstrategie von Alter und Pflege ist vorgesehen, dass das Zimmerangebot in den städtischen Alterszentren optimiert wird. Die Zimmerstrukturen im Neumarkt wurden seit dem Um- und Anbau im Jahr 2002 unverändert und somit über 20 Jahre alt. Eine umfassendere Sanierung des Neumarkts ist in nächster Zeit nicht vorgesehen; gemäss der Immobilienstrategie sind vorher andere Alterszentren an der Reihe. Und im Neumarkt ist über die Laufzeit der aktuellen Immobilienstrategie keine Gesamtsanierung nötig. Deshalb macht es Sinn, diese Bettenoptimierung jetzt zu machen.

Die meisten baulichen Veränderungen in dieser Anpassung sind im Neumarkt 8 geplant. In der Gestaltung integrieren sich die Anpassungen an das bestehende Gebäude.

Damit komme ich zu den Kosten. In diesem Investitionsvorhaben sind total Neuausgaben von 1.311 Millionen geplant, abzüglich des Projektierungskredits von 86'000 Franken, der bereits bewilligt und gebraucht ist, verbleibt ein totaler Verpflichtungskredit, der beantragt ist, von 1.255 Millionen Franken.

Die Investitionsfolgekosten sehen wie folgt aus: Es gibt Bruttoinvestitionsfolgekosten von 298'674 Franken und es gibt einen jährlichen Mehrerlös in der Langzeitpflege von 508'273 Franken. Das gibt unter dem Strich negative Nettoinvestitionsfolgekosten von 209'600 Franken. Oder anders ausgedrückt: Der Mehrerlös aufgrund dieser Bettenoptimierung übersteigt die Folgekosten um gerundet 210'000 Franken.

Wir haben dieses Geschäft in der Stadtbaukommission in zwei Lesungen besprochen und unsere Fragen wurden zufriedenstellend beantwortet. So haben wir diesem Geschäft an der Sitzung am 31. März 2025 einstimmig zugestimmt und empfehlen heute dem Stadtparlament, das ebenfalls zu machen.

Vielen Dank.

Parlamentspräsident F. Helg: Somit hätte das Wort noch Nicolas Galladé als zuständiger Departementschef, falls er es wünscht.

Stadtrat N. Galladé: Ich habe keine Ergänzungen.

Parlamentspräsident F. Helg: Dann sind wir bereits bei der Schlussabstimmung. Wir haben bei diesem Geschäft eine Beschlussziffer, von daher ist es einfach. Antrag gemäss Weisung, wie es oben rechts projiziert ist.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Dem Geschäft wird mit 53:0 bei 0 Enthaltungen zugestimmt. Man könnte jetzt vielleicht sagen: Bei zwei Abwesenden.

Somit ist dieses Geschäft erledigt.

9. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.29: Begründung der Motion F. Kramer-Schwob (EVP), M. Gross (SVP), I. Kuster (Die Mitte), C. Mancuso (FDP) und M. Nater (GLP) betr. Berücksichtigung des Wohnsitzes bei Eintrittspreisen für Sport & Kultur

Parlamentspräsident F. Helg: Begründung der Motion betreffend Berücksichtigung des Wohnsitzes bei Eintrittspreisen für Sport & Kultur. Das Wort hat die Erstmotionärin Franziska Kramer.

F. Kramer-Schwob (EVP): Dass wir einen Vorstoss betreffend Preise für Auswärtige machen möchten, haben wir als EVP bei den Diskussionen zum 2. Hallenbad entschieden. Wir haben uns immer für ein 2. Hallenbad ausgesprochen, haben aber immer auch die finanziellen Konsequenzen davon gesehen. Es waren also Ideen zur Finanzierung des 2. Hallenbades gefragt. Das hier ist eine davon.

Aus der letzten Budgetdebatte, in der die Wogen ja hochgingen, haben wir mitgenommen, dass der Stadtrat konkrete Ideen haben möchte, wo gespart bzw. wo Einnahmen generiert werden können. Das hier ist eine solche Idee.

Das Anliegen wurde zudem aus der Bevölkerung an uns herangetragen. Wir hören aus der Bevölkerung, dass es Menschen in Winterthur ungerecht finden, wenn sie im kantonalen Vergleich hohe Steuern bezahlen und dann aber auch gleich viel für Eintritte bezahlen wie die Menschen aus den Dörfern ringsum. So bezahlen wir faktisch nämlich mehr für unsere eigenen Angebote als unsere Nachbarn. Und hier die Idee, die gar nicht besonders originell ist, weil es die anderen auch so machen: Auswärtige sollen moderat mehr Eintritt bezahlen als Menschen mit Wohnsitz in Winterthur.

Es geht also um die drei Auslöser:

1. Wir wollen das 2. Hallenbad finanzieren können.
2. Wir möchten Einnahmen für Winterthur generieren, ganz allgemein, nicht nur für das 2. Hallenbad, damit wir unsere Investitionen finanzieren können. Ziel ist es, dass wir weiter unsere lebenswerte, kulturell reiche Stadt haben können.
3. Es geht um eine Frage der Gerechtigkeit.

Die Hallenbaddichte in der Region ist nicht so hoch, weshalb das 2. Hallenbad sicher auch den Druck auf mehr Wasserfläche für die Dörfer ringsum etwas mildert. Anscheinend war es nicht möglich, die Dörfer dazu zu bewegen, sich direkt an einem 2. Hallenbad zu beteiligen. Vielleicht ist es ja sogar gerechter, höhere Preise für die effektiv Nutzenden zu verlangen. Und – bis auf das Tösstal – geben die Menschen aus den Dörfern ringsum ja schon viel weniger Geld für Steuern aus als wir. Sie sollten es sich also leisten können, ein paar Franken mehr auszugeben, wenn sie einmal ins Hallenbad gehen bei uns, zum Schlittschuhlaufen oder für das Naturmuseum.

Auch mit höheren Preisen für Auswärtige kann man bei uns Sport und Kultur für viel weniger Geld geniessen, als wenn man zum Beispiel mit den Kindern ein kommerzielles Freizeitangebot besucht (wie Fliplab, Bodaborg etc.) besucht – alle die Sachen, die sehr teuer sind. Und das ist auch richtig so. Wir bieten viel für wenig Geld. Dies bleibt so, selbst wenn die Preise für Auswärtige leicht steigen werden.

Selbstverständlich ist es uns als EVP wichtig, dass Preise auch für Auswärtige sozialverträglich bleiben. Die Zugänglichkeit für alle ist uns wichtig. Ich gehe davon aus, dass es kein Problem sein wird, dass z.B. die Kulturlegi weiterhin für alle gilt. Das muss halt in die gesetzliche Grundlage hinein.

Ich wurde schon gefragt, was für einen Frankenbetrag wir uns denn vorstellen würden. Bewusst haben die Motionärinnen und Motionäre darauf verzichtet, etwas zu den Preisvorstellungen zu sagen. Uns ist bewusst, dass Pricing eine Wissenschaft ist. Das benötigt Abklärungen und Überlegungen, die wir gerne mit der Motionsantwort erwarten.

Wir haben ja schon vor Einreichen der Motion untereinander diskutiert, ob nur der Sport erfasst werden soll oder auch die Kultur. Bei der Kultur kann es natürlich nur um Institutionen gehen, bei denen die Stadt die Preise festsetzen kann und darf und das auch macht. Heute kann man – wenn ich richtig informiert bin - für den Betrag von weniger als einem Kaffee in das Naturmuseum, mit so vielen Kindern, wie man will. Das ist super für Winterthurer Eltern, die das mit den Steuern so finanzieren. Es ist aber sehr wenig, wenn man von auswärts

kommt. Für einen guten Ausflug nach Winterthur ist man doch bereit, ein bisschen mehr als einen Fünfliber auszugeben.

Wenn ich die SP richtig verstanden habe, möchten sie die Finanzierung mit höheren Ausgleichszahlungen des Kantons, wie z.B. dem Zentrumslastenausgleich, leisten. Das finden wir keine falsche Idee. Aber sie hat in den letzten 20 Jahren einfach nicht funktioniert, was die beiden bisherigen Vorstösse zum Thema aufzeigen (einer davon war ja von der SP selbst). Zudem weht (das haben wir heute Abend schon gehört) ein schärferer Wind auf kantonaler Ebene, was den Zentrumslastenausgleich betrifft. Wir ermutigen den Stadtrat auf jeden Fall, hier klar für Winterthur einzustehen, auch weiterhin. Das Credo der EVP ist: Das eine tue, das andere lasse nicht. Wir setzen uns ein für den Ausgleich der Zentrumslasten und halten gleichzeitig auch nach anderen Einnahmequellen Ausschau.

Die SP gewichtet das Thema heute anders, hat sich aber explizit mit einem eigenen Vorstoss auch schon für höhere Preise für Auswärtige ausgesprochen. So hoffe ich, dass wir mit dem Vorstoss eine Lösung finden werden, hinter der dann auch SP und Grüne stehen können. Wir möchten die Auswärtigen nicht vor den Kopf stossen, es sind ja schliesslich unsere Nachbarn und wir sind auch gerne gastfreundlich. Wir freuen uns explizit, wenn Besucherinnen und Besucher zu uns nach Winterthur kommen. Ich bin aber zuversichtlich, dass wir nicht vor den Kopf stossen werden, denn erstens machen sie das selbst ja auch so. In mehr als einer direkten Nachbargemeinde weiss ich von tieferen Preisen für die Bewohnerinnen und Bewohner dieser Dörfer. Und zweitens sagen diese Gemeinden, die das schon machen, explizit, das Prinzip stosse auf Akzeptanz. Es sei ein Erfolg, die Zahlen stimmen, die Kunden kommen weiterhin. Angst müssen wir also nicht haben.

Wir sind zu gross, um es wie in den Dörfern zu machen, in denen man an der Kasse einfach sagt, man wohne hier und die soziale Kontrolle sorgt dann dafür, dass das auch wahr ist. Also braucht es eine Lösung, die möglichst praktisch und günstig ist. Glücklicherweise leben wir in der richtigen Zeit dafür: Der Kanton hat ein Gesetz für digitale Basisdienste geschaffen und ist auch daran, konkrete Lösungen anzubieten. Zudem haben wir eine smarte Smart-City-Abteilung, welche bedürfnisorientiert Lösungen entwickeln will. Und hier haben wir ein sehr schönes Projekt für Smart City.

Ich bin überzeugt, dass eine Lösung möglich ist, so dass sich das auch finanziell lohnen wird. Datenschutzrechtlich hat man immer gesagt, da würden Bedenken bestehen. Diese teile ich nicht. Es geht nur um den Nachweis des Wohnortes, das sind also nicht viele Personendaten. Und man hat diese immer bei sich und zeigt sie nur. Das Heikle beim Datenschutz ist ja nur, wenn man diese weitergibt, teilt und verbreitet. Aber man hat diese ja immer bei sich und ist selbst dafür verantwortlich.

Wie gesagt, ist die Idee nicht neu, sie ist sogar schon mindestens 20 Jahre alt. Sie wurde mit Vorstössen schon von rechts und von links aufgebracht. Wir nehmen nun einfach einen neuen Anlauf und hoffen auf Unterstützung, um endlich moderat höhere Preise für Auswärtige einführen zu können. Vielen Dank.

Parlamentspräsident F. Helg: Nach der Geschäftsordnung gilt ein Vorstoss im Rahmen der Überweisungsdebatte als überwiesen, wenn nicht speziell ein Ablehnungsantrag gestellt wird. Deshalb die Frage: Gibt es einen Ablehnungsantrag? – Da gibt es einen, Maria Lischer (Grüne/AL).

M. Lischer (Grüne/AL): Diese Motion will tiefere Eintrittspreise für die Einheimischen in die Sportanlagen und kulturellen Institutionen. Es wird damit argumentiert, dass es nur fair sei, wenn die Winterthurerinnen und Winterthurer die mit ihren eigenen Steuergeldern finanzierten Sportanlagen und Institutionen zu einem günstigeren Tarif benützen dürfen als Auswärtige.

Auf den ersten Blick sieht das tatsächlich so aus. Wir von der Grünen/AL-Fraktion schauen etwas tiefer und lehnen deshalb diese Motion ab.

Erstens werden Sport und Kultur vermischt. Bei Sportanlagen wäre für uns eine Reduktion der Eintrittspreise für Einheimische denkbar. Im Kulturbereich wäre eine Differenzierung aber

nicht zielführend, weil die Kulturangebote für die ganze Region gedacht sind – nicht nur für die Einheimischen. Oft finanziert der Kanton sogar mit. Da müsste eigentlich der Zentrumslastenausgleich wirken und es wäre aus unserer Sicht falsch, das auf der kommunalen Ebene mit Ermässigungen zu lösen. Auch nur eine leichte Differenzierung der Preise könnte dann als Argument gegen den aus unserer Sicht wichtigen Zentrumslastenausgleich missbraucht werden.

Zweitens ist es fraglich, ob eine technisch einfache und wirtschaftliche Lösung umsetzbar ist. Da muss der Beweis zuerst noch kommen. Ein Wohnsitznachweis für Einheimische ist entweder kompliziert und teuer oder aus Gründen des Datenschutzes heikel. Einige Gemeinden haben das mit dem Swispass gelöst, den aber noch lange nicht alle Einwohnerinnen und Einwohner haben. Eine faire Lösung darf keine Einheimischen ausschliessen. Von anderen Gemeinden habe ich gehört, dass man sich einfach mündlich als einheimisch ausgeben könne, ohne dass das überprüft wird. Eine solche Lösung, bei der im Endeffekt nur die ehrlichen Auswärtigen den Zuschlag bezahlen, wollen wir ebenfalls nicht.

Das Kernanliegen hinter der Motion, die faire Beteiligung an den Zentrumslasten, teilen wir natürlich. Wir sehen aber andere Wege als zielführender, zum Beispiel, dass in der kantonalen Finanzpolitik ein fairer Kostensplit zwischen dem Kanton und der Stadt Winterthur beschlossen wird. Uns ist die Solidarität wichtig: Einerseits beim kantonalen Lastenausgleich, andererseits innerhalb der Winterthurer Bevölkerung, bei der mit dem Zahlssystem keine Bevölkerungsgruppe benachteiligt oder sogar ausgeschlossen werden soll.

Aus all diesen Gründen lehnen wir die Motion ab.

Parlamentspräsident F. Helg: Die Diskussion geht jetzt weiter mit den Mitunterzeichnenden. Ich gehe davon aus, dass Christian Hartmann (SVP) sich zu Wort meldet für den abwesenden Michi Gross, der die Motion ja auch eingereicht hat?

Ch. Hartmann (SVP) für Michael Gross: In der Tat braucht es für das nicht viel Fantasie. Es ist allerdings eine Motion, die nicht nur von Michi Gross eingereicht wurde, sondern die SVP-Fraktion auch mitträgt. Warum? Es spricht ja in der Regel nichts dagegen, dass kommunale Infrastruktur auch Einwohnenden von anderen Gemeinden zur Verfügung gestellt wird. Das gibt es in der ganzen Schweiz. Es gibt auch Infrastruktur von Winterthur, die davon profitiert.

Es gibt einfach dann eine Grenze, wenn diese Infrastruktur an die Kapazitätsgrenze kommt und deswegen ausgebaut werden muss, weil zum Beispiel die Auslastung zu hoch ist. Hallenbad – es gibt wahrscheinlich noch andere.

Auch die umliegenden Gemeinden machen es übrigens so. Ein Beispiel ist Seuzach: Es hat ein Freibad und bietet den Einwohnerinnen und Einwohnern vergünstigte Eintrittsmöglichkeiten an. Sie machen es einfach noch relativ clever: Sie schreiben es nämlich nicht auf der Website des Schwimmbads, sondern sie platzieren es irgendwo auf der Website der Gemeinde (unter Verwaltung im Online-Schalter) und dann muss man dort noch das richtige Abonnement auswählen - und dann wird es günstiger. Gar nicht dumm. Man muss ja auch schauen, dass nicht zu viele profitieren von diesen Einwohnenden, denn nur so kann man den Steuerfuss auch auf 99% halten.

Wir stimmen allen Argumenten, die Franziska gebracht hat, zu. Ich möchte diese angesichts der vorgerückten Stunde nicht wiederholen. Und danke für Eure Zustimmung.

C. Mancuso (FDP): Ich möchte eigentlich nicht viel dazu sagen, denn Franziska hat es schon super erklärt und Christian auch. Nur einfach noch etwas dazu: Dass es eine Differenz gibt für Einheimische, ist nichts Schweizerisches – das kommt auch weltweit vor. So zum Beispiel das naturhistorische Museum in New York, das andere Preise hat für Einheimische, oder dann La Mezquita in Cordoba (Spanien).

Einfach könnte man es zum Beispiel auch machen mit e-Bill. Das hat man heutzutage immer bei sich. Man könnte auch ein e-Bill vorweisen mit der Winterthurer Adresse und die ID als Identifikation, was auch ganz einfach ist und sicher auch keinen Datenschutz tangiert. Danke.

Parlamentspräsident F. Helg: Gleich noch eine Verständnisfrage: Was ist e-Bill?

C. Mancuso (FDP): E-Bill ist eine elektronische Rechnung. Dann hat man die Rechnung auf dem Handy, man kann das zeigen. Man kann zum Beispiel die Rechnung der Krankenkasse zeigen mit der Adresse in der Stadt Winterthur darauf, das geht eigentlich einfach.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Wir von der Mitte/EDU-Fraktion unterstützen die Motion aus voller Überzeugung. Wer nicht nur in der Stadt Winterthur unterwegs ist, erlebt immer wieder, wie an anderen Orten die Einheimischen günstigere Tarife erhalten: Ob es jetzt im Skigebiet ist, wo die Einheimischen die Saisonkarten viel günstiger erhalten, ob es im Schwimmbad ist wie beim Cauma-See (Seuzach hat es etwas besser versteckt, das hat Christian jetzt erklärt, das habe ich nicht herausgefunden) oder im rheintalerischen Altstätten beim Hallenbad. Was in den Berggebieten schon fast Alltag ist, sollte also wirklich auch bei uns in Winterthur, das ja modern und urban sein möchte, geprüft und eingeführt werden.

Und wegen dem Datenschutz: Selbst Flims schafft es, einen Einheimischen-Ausweis zu machen.

Für uns ist es auch ein Unterschied zwischen kulturell und sportlich. Das haben wir diskutiert und da sind wir gespannt und da freuen wir uns auf eine hoffentlich positive Antwort des Stadtrats. Und da sind wir offen für kreative Vorschläge, zum Beispiel unterschiedliche Regeln für Sport und Kultur, wenn es darum geht, die finanzielle Beteiligung des Kantons entsprechend zu berücksichtigen. Danke.

M. Nater (GLP): Winterthur bietet bei Sport und Kultur ein riesiges Angebot, welches diese Stadt sehr lebenswert macht. Winterthur gilt als Stadt der Museen und gerade auch bei den Kunstsammlungen in Winterthur hat das sogar internationale Ausstrahlung. Auch die Möglichkeiten, Theater und Musik in Winterthur zu geniessen, sind extrem breit und vielfältig. Auch beim Sport ist Winterthur mit vielen Sportvereinen in der höchsten Liga und bietet vor allem auch Spielstätten an, wo diese Sportarten gespielt werden können. Eine dieser Sportstätten ist auch das Hallenbad, wo die Stadt jährlich Millionenbeträge einschiess, damit auch im Winter Wasserflächen für den Sport und für die Schwimmschulen vorhanden sind. Diese Kosten werden vor allem durch die Winterthurer Steuerzahler beglichen.

Nun haben die umliegenden Gemeinden ein grosses Interesse an einer Grossstadt in nächster Nähe, welche das Angebot an Kultur und Sport abdeckt. Dies ist ein Grund, wieso diese Gemeinden tiefe Steuern haben, da sie nicht gross bei sich in nationale Kultur und Sportangebote investieren müssen. Wenn nun jedoch gefragt wird, ob sich die Gemeinden an einem zweiten Hallenbad beteiligen würden, kommt ein klares Nein zurück. Dieses Nein hatte bisher keine Auswirkungen, da ja bisher auch keine direkten rechtlichen Möglichkeiten für einen Ausgleich vorhanden waren. Daher braucht es diesen Erlass, damit Winterthur in Zukunft die Möglichkeit hat zu reagieren, um Zentrumskosten bei Bedarf besser an die Nutzer verteilen zu können.

Dann gibt es noch den Zentrumsausgleich, der wahrscheinlich nur einen kleinen Teil der Kosten der Investitions- und Betriebskosten für Sport und Kultur in Winterthur deckt. Auch die Eintritte für Sport und Kultur sind bei weitem nicht kostendeckend. Sehr störend ist auch, dass Zürich pro Kopf im Kulturbereich doppelt so hohe Beiträge aus dem Zentrumslastenausgleich erhält wie die Stadt Winterthur, wie das auch unser GLP-Kantonsrat Urs Glättli schon angemerkt hat. Auch von dieser Seite her braucht es diesen Erlass für die «Berücksichtigung des Wohnsitzes bei Eintrittspreisen bei Sport und Kultur», damit die Stadt Winterthur auch hier rechtliche Grundlagen für eine Reaktion hat, wenn sich diese Lasten noch stärker zu Ungunsten der Stadt Winterthur verschieben.

Beim Nachweis des Wohnsitzes sieht die GLP eher eine pragmatische Lösung. Idealerweise baut dies auf einem bestehenden Dokument oder einer bestehenden App auf. Es soll aber auch die Methode einer einfachen mündlichen Abfrage geprüft werden, da wir von der GLP schon auch an die Ehrlichkeit der grossen Mehrheit der Schweizer Bevölkerung glauben. Das

Wichtigste ist jedoch, dass es eine pragmatische Lösung gibt, bei welcher der Aufwand und Ertrag stimmt.

Fazit: Winterthur braucht diesen Erlass für die Berücksichtigung des Wohnsitzes bei den Eintrittspreisen, für mehr Handlungsspielraum, für mehr finanzielle Eigenständigkeit. Die GLP ist für die Überweisung der Motion.

M. Sorgo (SP): Weil jetzt doch auch schon etwas dazu gesagt wurde, was die SP möchte oder was vielleicht auch nicht, sage ich ganz gerne auch noch etwas dazu. Ganz grundsätzlich (ich glaube, das konnten wir aus unserer Fraktionserklärung von heute Nachmittag hören) können wir dem Anliegen, das die EVP hier vorbringt mit dieser Motion, durchaus etwas abgewinnen. So ist es nicht. Auch wir finden es mehr als fair, wenn die Kosten für Leistungen, die auch von vielen Personen von ausserhalb von Winterthur genutzt werden, nicht nur von der Stadt Winterthur selbst getragen werden müssen.

Warum wir uns aber nun doch gegen die Unterstützung dieses Anliegens beziehungsweise dieser Motion entschieden haben, liegt daran – und da können wir uns, glaube ich, auch in grossen Teilen den Grünen/AL anschliessen –, dass wir den gewählten Weg als nicht so sinnvoll erachten. Zum einen erscheint es uns jetzt doch auch ziemlich kompliziert, dass bei jeder Person, die ein Kultur- oder Sportangebot in Winterthur besuchen möchte, nachgewiesen werden müsste, ob diese aus Winterthur kommt oder eben nicht. Auch wenn es dafür möglicherweise sogar einfache technische Lösungen wie ein solches App geben sollte, müsste das doch bei jedem Einzelfall und bei jedem Eintritt wieder festgestellt werden.

Es ist aus unserer Sicht doch auch noch ein bisschen etwas anderes, ob es um das Hallenbad in Bauma geht oder um ein Hallenbad in einem Dorf in einer Bergregion, wo man sich doch auch häufiger noch kennt – man hat das auch schon einige Male angesprochen jetzt – oder ob es um eine grosse Stadt wie Winterthur geht, wo man zum einen nicht mehr alle 120'000 Einwohnenden persönlich kennt, und wo aber auch die Angebote natürlich von viel mehr Personen am Tag besucht werden. Auch ist es logisch, dass in den Städten viel mehr Sport- und Kulturangebote möglich sind, das macht ja auch Sinn. Und wir in der Stadt Winterthur deshalb auch besonders viele Besuchende von auswärts haben.

Dazu kommt aber – auch das hat Franziska schon angesprochen –, dass die Problematik eines fairen Kostenausgleichs auf die einzelne Person abgeschoben wird, was wir ebenfalls nicht möchten. Denn aus unserer Sicht wird das gerade für Personen ein Problem, die finanziell eben nicht so gut gestellt sind. Es mag sein, dass armutsbetroffene Personen das glücklicherweise weiterhin über die Kulturlegi abfedern könnten und so weiterhin einen günstigeren Eintrittspreis hätten (auf jeden Fall würden wir das natürlich hoffen); aber Personen, die nicht gerade an oder unter der Armutsgrenze leben müssen, aber dennoch finanziell nicht wahn-sinnig gut gebettet sind, müssen so zunehmend rechnen, ob es sich für sie lohnen würde, das kulturelle oder auch sportliche Angebot zu besuchen. Und das in einer Zeit, in der die Preise ohnehin überall steigen und alles teurer wird. Stellen Sie sich vor, eine Familie mit zwei oder drei Kindern möchte ein Museum oder ein Sportangebot in Winterthur besuchen und müsste zu jedem Eintrittspreis, den sie ja ohnehin schon bezahlen muss, nochmals 2, 3 oder 4 Franken dazuzahlen – das gäbe dann doch einen rechten Betrag. Personen, die ziemlich auf das Geld schauen müssen, könnten sich das nicht mehr leisten und würden diese Angebote dann auch weniger nutzen. Ich weiss nicht, ob es das ist, was wir am Schluss dann wirklich wollen.

Aus allen diesen Gründen fragen wir uns, ob die Kosten/Nutzen-Rechnung am Schluss bei diesem Vorstoss wirklich aufgeht. Wir hätten es deshalb bevorzugt, wenn man solche Fragen über überregionale oder kantonale Lösungen im Sinne eines Zentrumslastenausgleichs hätte klären können, und stimmen deshalb der vorliegenden Motion auch nicht zu.

Wir freuen uns aber natürlich nach all diesen Voten, dass sich jetzt auch alle die Parteien, welche diese Motion jetzt unterstützen werden, sich zukünftig noch mehr auch für einen fairen Zentrumslastenausgleich einsetzen werden – nebst dem, was ich vorhin schon gesagt habe, auch im Bereich Kultur oder auch im Freizeitsport. Vielen Dank.

Ch. Hartmann (SVP): Diesmal spreche ich nicht für Michi Gross.

Einfach noch eine Vorbemerkung: Es ist sicher ein gewisser Aufwand, eine Identifikation auszustellen. Aber ich stelle fest, dass das im Bereich der Kulturlegi völlig unumstritten ist, dass man das machen kann.

Ich möchte aber einfach noch mitteilen, das ist mir vorhin untergegangen: Es gibt noch andere Beispiele, wo die Gemeinden rundherum durchaus zulangen. Der FC Wiesendangen zum Beispiel muss für jedes Mitglied der Gemeinde Wiesendangen für den Platzunterhalt 250 Franken im Jahr bezahlen. Es kommt also vor, dass das eine Gemeinde rundherum macht.

Stadtpräsident M. Künzle: Mir schwant Böses, wenn ich da die Anzahl Unterschriften sehe. Und es ist auch nicht das erste Mal, bei dem wir über das diskutieren. Es ist das x. Mal. Sie müssen das nicht machen. Ich gehe sogar noch weiter: Machen Sie es nicht!

Es ist aus meiner Sicht eine kleinliche Aktion, die nicht viel bringt ausser administrativem Aufwand. Und ja, selbst eine smarte Smart City, wie es jemand gesagt hat, findet eigentlich, dass man das wirklich nicht machen sollte.

Es gibt diverse Gemeinden, die bei uns Institutionen freiwillig unterstützen. Freiwillig unterstützen, ausserhalb des Finanzausgleichs. Und da schwant mir dann einfach Böses, wenn wir so etwas einführen, was die freiwilligen Engagements betrifft. Wir sind doch letztendlich vor, dass der Seuzacher und die von Hettlingen und die Neftenbacherin zu uns nach Winterthur kommen und hier konsumieren. Sport konsumieren, Kultur konsumieren, essen gehen in unseren Lokalen. Darüber sind wir froh.

Ich bin wirklich der Meinung: Es bringt nicht viel, aber es bringt unsere Freundschaft und unsere Beziehungen zu den Gemeinden in der Region ins Wanken. Wir sind ein regionales Zentrum. Wir wiederholen das jedes Mal und immer wieder. Dann lasst uns doch auch ein regionales Zentrum sein, das selbstbewusst und stark auftreten kann – und nicht mit solchen kleinlichen Aktionen diese Beziehungen kaputt machen. Sie müssen das nicht machen. Danke.

Parlamentspräsident F. Helg: Damit kommen wir hier auch zur Abstimmung. Es geht hier um die Überweisung an den Stadtrat.

A= Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja zu 24 Nein bei 0 Enthaltung.

Dementsprechend ist die Motion an den Stadtrat überwiesen und der Stadtrat wird dann zu gegebener Zeit einen Bericht verfassen.

10. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.28: Begründung des Postulats B. Oeschger (GLP), K. Vogel (Die Mitte / EDU), D. Rohner (EVP), D. Romay (FDP), C. Hertli-Wanner (Grüne / AL) und G. Gisler-Burri (SVP) betr. private Mandatspersonen (PriMa) zur Führung von Beistandschaften

Parlamentspräsident F. Helg: Parl.-Nr. 2025.28: Begründung des Postulats betreffend private Mandatspersonen (PriMa) zur Führung von Beistandschaften. Das Wort hätte der Erstpostulant Benedikt Oeschger, für den Nicole Holderegger übernimmt.

N. Holderegger für B. Oeschger (GLP): Ich verlese Euch gerne das Votum von Benedikt Oeschger, das er mir vorgängig zugeschickt hat:

Beistandspersonen werden von der KESB dann ernannt, wenn eine Person eine erhöhte Hilfsbedürftigkeit hat. Beispielsweise beim Geltendmachen von Rechtsansprüchen wie Sozialversicherungen. Beistandspersonen werden unterteilt in Fachbeistände, die machen das beruflich, also Berufsbeistände, und private Mandatspersonen, sogenannte PriMas.

Bei komplexen Fällen oder im Kinderschutz kommen immer Berufsbeistände zum Zug. So beschränkt sich der Wirkungsbereich von diesem Postulat also nur auf den Erwachsenenschutz.

Schweizweit werden 30 - 40% der Beistandschaften im Erwachsenenschutz durch PriMa geführt, in Winterthur war dieser Anteil 2023 bei 21.9% und ist damit im Vergleich zu den Vorjahren noch weiter zurückgegangen. Wie in den KOKES-Empfehlungen zur Organisation von Berufsbeistandschaften festgehalten, ist die Förderung von PriMa ein weit anerkanntes politisches und gesellschaftliches Ziel, das offensichtlich auch von praktisch allen Fraktionen im Winterthurer Stadtparlament geteilt wird.

PriMa können insbesondere eine sehr wichtige Rolle erfüllen, wenn keine Vorsorgeaufträge bestehen und keine Hilfe aus dem Familienkreis erhalten werden kann. PriMa haben den Vorteil, dass sie häufig stark auf das Individuum eingehen können und auch ein starkes Vertrauensverhältnis aufbauen können. Deswegen verfügen viele KESB und Beistandschaftsdienste auch über einen Pool an PriMas und machen proaktiv auf dieses wertvolle gesellschaftliche Amt aufmerksam. In der Regel werden diese PriMa-Pools von einer Fachstelle rekrutiert. Winterthur ist einer der wirklich sehr wenigen Orte, an dem das nicht gemacht wird. Stattdessen wird standardmässig auf Berufsbeistände gesetzt. Das Postulat fordert also eine Stärkung des Milizgedankens. Im Übrigen ist es sehr häufig, dass Berufsbeistandspersonen bei der Pensionierung einige Mandate für einen sanften Übergang in den neuen Lebensabschnitt als PriMa weiterführen wollen. Damit wird Fachwissen erhalten und dem Fachkräftemangel entgegengewirkt.

Weiter regt das Postulat eine Auseinandersetzung an, wo diese Fachstelle angegliedert werden soll. Bis anhin ist die KESB für die Begleitung der PriMas zuständig und innerhalb der Sozialen Dienste findet sich die Hauptabteilung Berufbeistandschaft mit einem sehr kompetenten Fachstab «Qualitätssicherung und Support». Durch den Einsatz von PriMa kann die Berufsbeistandschaft auch massgeblich entlastet werden. Auf Anfrage bei der Beratungsstelle Zürich übernehmen die Zürcher PriMas die Arbeit von etwa 31 Vollzeitstellen.

Weil es sich bei der KESB Winterthur-Andelfingen um eine Behörde mit einem Einzugsgebiet über mehrere Gemeinden handelt, ist es wichtig abzuklären, inwiefern die Organisation aufgebaut werden muss und wie das vertraglich geregelt werden soll. Ebenso die finanziellen Auswirkungen auf die jeweiligen Produktgruppen.

Resümierend: Im Zusammenspiel von Verwaltung und PriMas wird eine Vielfalt an Beistandschaften ermöglicht, wie es eine Organisation von Berufsbeistandschaften niemals anbieten könnte. PriMas können eine sehr wichtige Rolle in unserem Sozialwesen erfüllen – durch dieses Postulat endlich auch in Winterthur.

In diesem Sinne danke ich Ihnen im Namen von Benedikt Oeschger für die grosse fraktionsübergreifende Unterstützung und die Überweisung des Postulats. Danke.

Parlamentspräsident F. Helg: Zu diesem Postulat wurde schon vorgängig ein Ablehnungsantrag angemeldet, und zwar von Gabi Stritt (SP).

G. Stritt (SP): Private Mandatspersonen als Beistandspersonen, ja, das mag auf den ersten Blick interessant tönen. Doch wer sind die Personen, für die eine Beistandschaft errichtet wird? Die KESB hat den Auftrag, Menschen zu schützen und zu unterstützen, wenn sie selbst oder ihr Umfeld dazu nicht oder nicht ausreichend in der Lage ist. Nur bei ausgewiesener Notwendigkeit wird eine Beistandschaft angeordnet und wenn mildere Massnahmen wie Einkommens- und Vermögensverwaltungen durch Dritte (wie z.B. Pro Senectute oder Pro Infirmis, die das anbieten) oder private Unterstützungsleistungen nicht genügenden Schutz bieten. Diese Mandate werden von professionellen Berufsbeistandspersonen und seltener auch von Privaten, Freiwilligen geführt.

Die Betroffenen haben immer die Möglichkeit gegenüber der KESB für die Führung eines Mandats eine Person aus der Verwandtschaft und/oder dem Umfeld vorzuschlagen. Ob diese Menschen die nötigen Voraussetzungen mitbringen und eingesetzt werden können, wird von der KESB geprüft. Sie dürfen zum Beispiel keine Einträge im Strafregister haben und müssen auch einen sauberen Betreuungsauszug verweisen können. Dies ist notwendig, denn sie sind meistens für die Finanzverwaltung zuständig und nicht zuletzt haftet im Missbrauchsfall dann der Staat. Oft ist eine solche «private» Lösung nicht sinnvoll, dies insbesondere bei innerfamiliären Konflikten, Interessenkollisionen, und v.a. auch bei komplexen Betreuungssituationen oder hohen Vermögenswerten.

Private Beistandspersonen können v.a. dann sinnvoll sein, wenn es sich um ein einfaches Mandat handelt mit wenig Vermögen, einfachen finanziellen Verhältnissen und einer wenig belasteten Situation der schutzbedürftigen Person.

Die KESB ist insbesondere in den Städten zunehmend mit Menschen konfrontiert, die komplexe psychiatrische Krankheitsbilder aufweisen oder unter einer schweren Suchterkrankung leiden. Dies ist nicht selten verbunden mit einem auffälligen Verhalten und einer erhöhten Gewaltbereitschaft. Dies sind wohl die Hauptgründe, warum die Statistiken einen tiefen Anteil an privaten Beistandspersonen aufweisen, denn in solchen Situationen sind Freiwillige und private Beistandspersonen fehl am Platz und es ist Professionalität gefragt.

Die Stadt Zürich führt schon seit vielen Jahren ein Büro für private Beistandspersonen. Interessanterweise werden aber gemäss Statistik vom Jahr 2023 lediglich 19.9% der Fälle von Freiwilligen geführt, also weniger als in Winterthur. Das ist die gleiche Zahl, die Winterthur auch angibt auf dem gleichen Papier. Ein Grund dafür könnte sein, dass es nur wenige Menschen gibt, man denkt da vielleicht an Seniorinnen oder Senioren ohne Angehörige oder Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen, deren Mandat von Privaten geführt werden könnten. Diese Mandate werden bereits jetzt oft als Einkommens- und Vermögensverwaltungen von Pro Infirmis oder der Pro Senectute bearbeitet oder im besten Fall von Angehörigen oder Bekannten der Betroffenen – und ab und zu auch von privaten Beistandspersonen.

Ich bin selbst auch Beistandsperson in der Stadt Zürich und kann aus eigener Erfahrung bestätigen, dass im Fall-Portfolio meines ganzen SozialarbeiterInnen-Teams keine Personen sind, deren Mandate von Privaten geführt werden könnten. Zu komplex sind die Verhältnisse, zum Teil finanziell wie auch sozialversicherungstechnisch, und zu schwerwiegend die Situationen, insbesondere in gesundheitlicher Hinsicht der Betroffenen. Problemsituationen können beispielsweise ständiger Wohnraumverlust sein, psychische Erkrankungen mit häufigen Klinikaufenthalten und die Notwendigkeit, ständig nach neuen Lösungen zu suchen - aber es müsste auch wenn ein grosses HelferInnen-System koordiniert werden.

Es stellt sich auch die Frage, ob sich private Beistandspersonen von den belastenden Situationen der KlientInnen genügend abgrenzen können, denn sie arbeiten in der Regel von zuhause aus, ihre private Telefonnummer ist bekannt, man kennt ihre Adresse.

Und nochmals: Eine Beistandschaft wird nur errichtet, wenn ein ausgewiesener Schutzbedarf besteht.

Schwierige Konstellationen benötigen, auch zum Schutz der Beistandsperson, ein professionelles Umfeld mit der Möglichkeit des fachlichen Austausches und der nötigen Sicherheit mit der entsprechenden Infrastruktur.

Es ist eine Illusion zu glauben, dass mit dem Einsatz von Privatpersonen in diesem heiklen Bereich Geld gespart werden kann. Die Führung einer Beistandschaft setzt eine hohe Verantwortungsbereitschaft voraus. Und auch ein Spezialbüro trägt da nicht viel bei. Wir übernehmen (ich rede von der Stadt Zürich, aber ich denke, Winterthur hat da eine ähnliche Situation) in der Praxis immer wieder Beistandschaften, welche in der Vergangenheit von Freiwilligen geführt worden sind, dann aber aufgrund von Unwissen und/oder Überforderung an Professionelle übertragen werden mussten. Die Gründe können neben den bereits geschilderten auch komplexe Vermögenssituationen wie Immobilien- und Wertschriftengeschäfte sein, schwierige Erbteilungen und Streitigkeiten in der Familie, aber auch Überforderung mit dem komplexen schweizerischen Sozialversicherungssystem. Denn wenn Leistungen nicht oder nicht rechtzeitig beantragt werden, kann es rasch zu Haftungsfällen führen.

Die SP unterstützt die Überweisung dieses Postulat deshalb nicht. Wir sind überzeugt, dass die KESB bereits jetzt mit der nötigen Umsicht abklärt, ob nicht auch Private als Beistandspersonen eingesetzt werden können. Zudem bietet die KESB auch Beratungsangebote für private Beistandspersonen an. Gegen eine Spezialstelle haben wir grundsätzlich nichts, diese würde aber aus unserer Sicht nicht dazu führen, den Anteil der Freiwilligen zu erhöhen. Übrigens sind auch pensionierte Beistandspersonen (dazu gehöre ich übrigens demnächst auch) nicht interessiert, als Private, Mandate von Personen mit anspruchsvollen Problemstellungen zu übernehmen, denn sie wissen genau, dass solche Konstellationen in ein professionelles Umfeld gehören. Besten Dank

K. Vogel (Die Mitte/EDU): Ich möchte eigentlich gar nicht viel sagen, denn Benedikt Oeschger bzw. Nicole Holderegger hat eigentlich alle die Gründe, die zu diesem Postulat geführt haben, sehr ausführlich und differenziert erläutert. Es geht vor allem darum, Möglichkeiten zur Förderung von PriMas abzuklären: Wo ist das sinnvoll? Wo kann so etwas noch gefördert werden?

Und dann geht es uns auch noch darum, dass man bei einem solchen Bericht die Kosten einer solchen Fachstelle aufzeigt. Wo ist sie angesiedelt? Ist sie bei der KESB angesiedelt oder soll sie beim Departement Soziales an einem anderen Ort angesiedelt sein? Und das soll ja eben genau in einem solchem Bericht herauskommen.

Gabi Stritt, Du sagst, es gehe darum, um mit PriMas Geld zu sparen. Ja natürlich ist das auch eine Möglichkeit. Und das kann ja genau aus diesem Bericht herauskommen, ob das Sinn macht. Ich glaube, das ist aber nicht der Hauptgrund. Sondern PriMas können eben eine gute Möglichkeit sein – und das bestreitet auch niemand -, vor allem wenn sie schon nahe im Umfeld sind oder ein Mandat dann über die Pensionierung hinweg noch weiterführen wollen, dass sie das dann auch weiterführen und dass sie dort eben Unterstützung bekämen von einer solchen Fachstelle.

Ja, und überhaupt: Die Antworten aus diesem Bericht können ja die Bedenken, die Du angeführt hast, ja alle ausführen. Und dann können wir ja nochmals darüber befinden, was wir schlussendlich entscheiden wollen.

Ich hoffe, dass dieses Postulat eine Mehrheit findet. Danke.

D. Rohner (EVP): Ich möchte auch vorwegnehmen: Ich möchte nicht nochmals die Punkte von Benedikt Oeschger aufnehmen. Ich möchte aber auch betonen: Es geht in keiner Art und Weise darum, zu sagen, dass die Kompetenzen oder die Arbeit der KESB nicht gut wären. Ganz im Gegenteil, sie machen eine sehr gute Arbeit und auch eine solide Arbeit.

Es geht um etwas anderes. Aus eigener Erfahrung, aus dem Beruf und auch als Armee-Seelsorger, weiss ich, dass es oft wichtiger ist, wer jemandem gegenübersteht als die reine Fachlichkeit oder die Methoden, die man anwendet. Ein Chefarzt an der IPW hat das kürzlich an einem Referat ebenfalls betont, dass das Gegenüber oft wichtiger ist als irgendwelche Methoden oder Therapiemethoden. Warum, um was geht es? Letztendlich geht es um das Vertrauen; dass eine Person, die Begleitung braucht, Vertrauen gewinnen kann. Natürlich kann auch eine von Amtes wegen vorgesetzte Person das Vertrauen gewinnen, absolut. Aber eben, vielleicht weil von Amtes wegen, nicht ganz immer. Und deshalb ist es gut, wenn betroffene Personen, wenn Vorbehalte da sind, wählen und auf andere Personen ausweichen können.

Von daher und auch aufgrund des Milizgedankens unterstützen wir das Postulat, zur Prüfung der Förderung der privaten Mandatspersonen im Erwachsenenschutz. Danke.

D. Romay (FDP): Ich schliesse mich meinen zwei Vorrednern an. Es ist nicht so, dass jeder als PriMa eingesetzt werden kann; das wird vorgängig geprüft, wie auch von SP-Seite bestätigt wurde. Es gibt auch Städte, die eine viel höhere Mandatsquote haben beim Einsatz von PriMas als die Stadt Zürich oder, wir haben es gehört, Winterthur.

Deshalb führt ein solch spekulatives Votum auf Seiten SP, das deshalb gleich abzublocken, meines Erachtens nicht zum Ziel. Das Postulat will gezielt die Rahmenbedingungen für die

privaten Mandatspersonen im Erwachsenenschutz unter dem Strich verbessern. PriMas leisten aus unserer Sicht einen wertvollen Beitrag. Sie ermöglichen oft ein persönlicheres und vertrauensvolleres Verhältnis zu den unterstützten Personen, gerade (das haben wir auch kurz gehört vorhin) wenn sie aus dem Umfeld der betroffenen Personen stammen. Und wenn sie auch noch über Fachkenntnisse verfügen, dann wird es noch viel besser. Damit tragen sie nämlich auch zu einer qualitativ hochwertigeren Mandatsführung bei.

Das Postulat fordert den Stadtrat auf, das zu prüfen, wo und wie man den Einsatz von privaten Mandatspersonen besser fördern kann; und wo er das möchte. Dabei soll auch unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Konferenz für Kinder- und Erwachsenenschutz auf konkrete Punkte eingegangen werden. Ich werde jetzt nicht im Detail auf alle diese Punkte eingehen, da verweise ich gerne auf das Mandat.

Auch die KESB Winterthur-Andelfingen würdigt den Beitrag von PriMas, weist aber auf Unterstützungsaufwand hin. Und genau deshalb braucht es unserer Meinung nach eine Prüfung der effektiven Auswirkungen, betreffend möglicher Aufwände, aber auch bezüglich potenzieller Entlastungen für die KESB, um damit eine breit gestützte Lösung darzustellen, wie das Postulat das auch in der Begründung anregt. Angesichts des Fachkräftemangels ist es zudem naheliegend, dass man auch auf engagierte Privatpersonen zurückgreift oder zurückgreifen kann, insbesondere bei leichteren Fällen.

Private Beistände tragen dazu bei, dass nicht jede mitmenschliche Hilfe an unsere Institutionen delegiert wird und können dadurch Berufsbeistände merklich entlasten. Das Postulat, das wir einreichen wollen, ist sachlich fundiert, differenziert formuliert und orientiert sich an bewährten Beispielen von anderen Städten. Es ist aus unserer Sicht ein sinnvoller Schritt zu einer Verstärkung eines menschnahen, tragfähigen Erwachsenenschutzes und zur potenziellen Entlastung auch der KESB. Deshalb unterstützen wir das Postulat. Danke vielmals.

C. Hertli-Wanner (Grüne/AL): Vieles wurde schon gesagt, vielleicht wiederhole ich manches. Wir von der Fraktion Grüne/AL unterstützen dieses Postulat, weil durch die Förderung von privaten Beistandspersonen Berufsbeistandschaften entlastet werden können. Es ist aufgrund des Fachkräftemangels jetzt schon schwierig genug, Berufsbeistandschaften zu finden. Das wird sich in den nächsten Jahren mit den Pensionierungen der Babyboomers noch verschärfen. Deshalb sehen wir durchaus Potenzial darin, dass man pensionierte Fachpersonen Teilzeit im Erwerbsleben behalten kann und so die Berufsbeistandschaften entlasten kann und von ihrem enormen Wissen profitieren kann.

Die Prüfung der Förderung macht aber auch deshalb Sinn, weil die privaten Beistandspersonen in der Regel mehr zeitliche Ressourcen mitbringen, insbesondere für persönliche Kontakte mit den betroffenen Personen, was für diese oft von grosser Bedeutung ist. Wenn man den Einsatz von privaten Beistandspersonen fördern will, braucht es eine gute, ausgebaute Fachstelle zur Unterstützung. So kann man gute Voraussetzungen für die privaten Beistandspersonen schaffen. Eine ausgebaute Fachstelle könnte auch dazu beitragen, dass weniger Schäden durch die privaten Beistandspersonen entstehen. Da brauchen besonders auch Angehörige Unterstützung.

Ich möchte mich aber in Vielem auch dem Votum der SP anschliessen. Es ist zu bedenken, dass die Förderung von privaten Beistandspersonen und eine ausgebaute Fachstelle nicht alle Herausforderungen aus dem Weg schaffen. Der Einsatz von privaten Beistandspersonen ist nicht unbegrenzt möglich, auch mit der besten Unterstützung nicht. Die Mandate, die Beistandspersonen führen müssen, sind oft komplex - zu komplex für eine private Beistandsperson. Sei es aufgrund der Erkrankung der betroffenen Person, ihren finanziellen Verhältnissen oder ihres sehr komplexen Familiensystems. Es ist auch nicht jede Person als private Beistandsperson geeignet, wir haben es schon gehört.

Ergänzend kann man vielleicht noch festhalten: Man kann durchaus verhindern, dass Adressen von privaten Beistandspersonen bekanntgegeben werden und so ein Schutz besteht, falls Klienten Probleme machen würden.

Trotz dieser Einschränkungen macht es Sinn, abzuklären, ob der Einsatz von privaten Beistandspersonen gefördert werden kann. Danke.

Ch. Della Sega (SVP) für G. Gisler: Wir haben das in der SVP kurz angeschaut und haben es auch etwas analysiert. Es wurde vieles schon gesagt. Ich könnte jetzt das Gleiche nochmals wiederholen, was wir schon gehört haben. Ich mache einfach eine Klammer auf: Wir unterstützen die Überweisung des Postulats.

Und ich möchte einfach kurz eine kleine Lebensgeschichte oder Lebenserfahrung darstellen. Und zwar geht es darum: Wenn wir Hilfe brauchen (es geht jetzt in den Bereich der KESB hinein), wenn wir Unterstützung brauchen und Fachkräftemängel haben und wir deshalb nicht auf die Schnelle Leute bekommen können, dann ist die Frage, wo man Unterstützung bekommt. Und PriMa ist diese Möglichkeit.

Was sie aber leisten können, das müssen die Fachleute selbst herausfinden. Aber man soll die Türe nicht zumachen. Man soll solche Leute aufnehmen, man soll sie anschauen, man soll prüfen, was es für Möglichkeiten gibt. Und ich glaube, einfache Aufgaben können sie sicher übernehmen. Und dann ist die KESB vielleicht ein bisschen mehr entlastet und die Betroffenen haben auch etwas davon.

Aus diesem Grund unterstützen wir dieses Postulat.

N. Holderegger (GLP): Ich möchte mich hier nochmals melden und bitte um die Überweisung dieses Postulats und die Ablehnung des Ablehnungsantrags der SP. Ich möchte noch auf ein Stichwort eingehen: Die Schadensfälle. Schadensfälle gibt es, bei den privaten Mandatsträgern – es gibt sie aber auch bei den Berufsbeistandschaften immer wieder. Also «immer wieder» - man muss das wirklich in Relationen sehen. Aber es kommt vor.

Es ist deswegen auch vorgesehen (bei den meisten KESB ist das so, vor allem aber auch in der Stadt Zürich), dass in einer Versicherung sowohl PriMas wie auch Berufsbeistände eben versichert sind. Und das wird in der Literatur empfohlen. PriMas sind, ich habe es gesagt, im Versicherungskonzept der Stadt Zürich integriert. Ob das in Winterthur so ist, das kann ich nicht sagen. Aber ich glaube, wenn die Best Practice von Zürich auch diejenige von Winterthur wäre, dann müssten wir heute Abend nicht über dieses Postulat diskutieren.

In dem Sinne danke ich für die Unterstützung, zum zweiten Mal. Besten Dank.

Stadtrat N. Galladé: Ich danke für die Debatte zu diesem Thema. Wir hatten ja schon Fragestellungen (auch stellvertretend vorgetragen) in der Sachkommission. Wir haben entsprechende Antworten gegeben, diese sind jetzt, wie ich glaube, teilweise auch eingeflossen. Ich stelle den starken Wunsch fest - wünschen ist immer gut, wenn man etwas möchte – nach einer Fachstelle. Ich stelle auch den Wunsch fest, dass man schauen kann, wie man die privaten Mandatsträger:innen besser unterstützen kann, damit man auch Möglichkeiten hat, dass es davon vielleicht mehr gibt. Es gab da nachvollziehbare Voten bei der Befürwortung; es gab aber auch bei den befürwortenden Voten und auch bei Corinne Hertli-Wanner und bei Gabi Stritt sowieso, die aufzeigten, wo dann der Wunsch bei der Realität vielleicht auf gewisse Schwierigkeiten stossen kann.

Aber ich glaube, so wie die Mehrheiten sind, wird dieses Postulat überweisen und wir werden selbstverständlich dem Wunsch nach einem Bericht nachkommen. Besten Dank.

Parlamentspräsident F. Helg: Dann geht es bei diesem Geschäft auch noch um die Abstimmung über die Überweisung.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Das Postulat wird mit 40:15 bei 0 Enthaltung an den Stadtrat überwiesen, dementsprechend wird es dann einmal einen Bericht geben an das Stadtparlament. Das Geschäft ist damit erledigt.

Wir haben jetzt 21.53 Uhr und ich denke, es wäre etwas viel, wenn wir noch in ein weiteres Geschäft einsteigen würden. Ich schliesse diese Sitzung deshalb hier mit dem Hinweis, dass die nächste Sitzung am 12. Mai 2025 ist. Das ist dann die konstituierende Sitzung, bei der es dann auch einen neuen Präsidenten geben wird. Zuvor treffen wir uns natürlich noch am

Schlussanlass als offiziellen Parlamentsanlass. Bis dahin wünsche ich allen eine gute Zeit, schöne Ferien, schöne Ostern – macht es gut!

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Der 1. Vizepräsident:

Der 2. Vizepräsident:

F. Helg (FDP)

Ph. Weber (SP)

S. Kocher (GLP)

Beilagen:

- Abstimmungsprotokolle

Abstimmungstitel**4. Verpflichtungskredit Fr. 480'000/Jahr und Fr. 330'000 einmalig für Dreifach-Kindergarten (2025.32)**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 07.April.2025 17:23:53
Abstimmungsfrage Anträge 1 und 2 gem. Weisung

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	54
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Della Segal Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Nicht anwesend
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	Nicht anwesend
Gisler-Burri Gabriella	Nicht anwesend
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	Nicht anwesend
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	Nicht anwesend
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Verpflichtungskredit Fr. 198'000/Jahr und Fr. 200'000 einmalig für Doppelsporthalle Sulzerallee 3 (2025.34)**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 07.April.2025 17:51:59
Abstimmungsfrage Anträge 1 und 2 gem. Weisung

Ergebnis

Stimmberechtigt	56
A: Zustimmung	55
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	55
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Della Segal Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Nicht anwesend
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	Nicht anwesend
Gisler-Burri Gabriella	Nicht anwesend
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	Nicht anwesend
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**6. Verpflichtungskredit Fr. 36'260'000 für Erweiterung Schulanlage Langwiesen (2025.5)**

Abstimmungsmodus

Offen

Abstimmungsdatum

07.April.2025 20:30:26

Abstimmungsfrage

Ergänzungsantrag Gebäudebegrünung Südost- und Nordwestfassade

Ergebnis

Stimmberechtigt	56
A: Zustimmung	22
B: Ablehnung	33
Enthaltung	0
Abgestimmt	55
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
Angele Philipp	B: Ablehnung
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Della Sega Christian	B: Ablehnung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	B: Ablehnung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	B: Ablehnung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Nicht anwesend
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	B: Ablehnung
Gfeller Selim	Nicht anwesend
Gisler-Burri Gabriella	Nicht anwesend
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	B: Ablehnung
Graf Marco	B: Ablehnung
Gross Michael	Nicht anwesend
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	B: Ablehnung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	B: Ablehnung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	Präsident/in
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	B: Ablehnung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung
Keller Regula	B: Ablehnung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	B: Ablehnung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	B: Ablehnung
Mancuso Cristina	B: Ablehnung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	B: Ablehnung
Porlezza Gioia	B: Ablehnung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	B: Ablehnung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Tobler Raphael	B: Ablehnung
Vogel Kaspar	B: Ablehnung
Wäckerlin Marc	B: Ablehnung
Weber Philippe	B: Ablehnung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	B: Ablehnung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	B: Ablehnung

Abstimmungstitel**6. Verpflichtungskredit Fr. 36'260'000 für Erweiterung Schulanlage Langwiesen (2025.5)**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 07.April.2025 20:31:20
Abstimmungsfrage Schlussabstimmung gemäss Weisung

Ergebnis

Stimmberechtigt	56
A: Zustimmung	53
B: Ablehnung	0
Enthaltung	2
Abgestimmt	55
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Della Segal Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Nicht anwesend
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	Nicht anwesend
Gisler-Burri Gabriella	Nicht anwesend
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	Nicht anwesend
Gschwind Thoni	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	Enthaltung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Enthaltung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**7. Bericht zur Arbeitszeiterfassung der Mitglieder der Schulpflege Winterthur**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 07.April.2025 20:52:16
Abstimmungsfrage Kenntnisnahme Bericht

Ergebnis

Stimmberechtigt	56
A: Zustimmende Kenntnisnahme	55
B: Ablehnende Kenntnisnahme	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	55
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Della Sega Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Diener Reto	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Ehrbar Jan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Ernst Nora	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Fehr Jan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Fritschi Stefan	Nicht anwesend
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gfeller Selim	Nicht anwesend
Gisler-Burri Gabriella	Nicht anwesend
Gnesa Marilena	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gonçalves Simon	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Graf Marco	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gross Michael	Nicht anwesend
Gschwind Thomi	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gubler Stefan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Guddal Jan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hager Katja	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hartmann Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Helg Felix	Präsident/in
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Heuberger Romana	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Holderegger Nicole	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hugentobler Roman	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Keller Regula	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmende Kenntnisnahme

Name**Ergebnis**

Kocher Samuel	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Kuster Iris	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Lischer Maria	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Maier Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Mancuso Cristina	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Nater Markus	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Porlezza Gioia	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Praetorius Julius	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Romay Dani	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Rupper Lukas	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Sorgo Maria	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Staub Olivia	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Steiner Annetta	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Steiner Markus	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Stritt Gabriela	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Tobler Raphael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Vogel Kaspar	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Wäckerlin Marc	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Weber Philippe	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Würzer Alexander	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Zäch Benedikt	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Zundel Michael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Zuraikat André	A: Zustimmende Kenntnisnahme

Abstimmungstitel**8. Verpflichtungskredit Fr. 1'225'000 für Bettenoptimierung Alterszentrum Neumarkt (2025.17)**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 07.April.2025 21:00:04
Abstimmungsfrage Antrag gem. Weisung

Ergebnis

Stimmberechtigt	56
A: Zustimmung	53
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	3

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Della Segal Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Nicht anwesend
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	Nicht anwesend
Gisler-Burri Gabriella	Nicht anwesend
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	Nicht anwesend
Gschwind Thomi	Nicht abgestimmt
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	Nicht abgestimmt
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**9. Begründung Motion betr. Berücksichtigung Wohnsitz bei Eintrittspreisen für Sport & Kultur**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 07.April.2025 21:28:09
Abstimmungsfrage Überweisung an Stadtrat

Ergebnis

Stimmberechtigt	56
A: Zustimmung	31
B: Ablehnung	24
Enthaltung	0
Abgestimmt	55
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Miguel Pedro	B: Ablehnung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Della Segal Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung
Fritschi Stefan	Nicht anwesend
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	Nicht anwesend
Gisler-Burri Gabriella	Nicht anwesend
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	Nicht anwesend
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	Präsident/in
Hertli-Wanner Corinne	B: Ablehnung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung
Keller Regula	B: Ablehnung
Kellerhals Vogel Benjamin	B: Ablehnung

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	B: Ablehnung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	B: Ablehnung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	B: Ablehnung
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**10. Begründung Postulat betr. private Mandatspersonen (PriMa) zur Führung von Beistandschaften**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 07.April.2025 21:53:16
Abstimmungsfrage Überweisung an Stadtrat

Ergebnis

Stimmberechtigt	56
A: Zustimmung	40
B: Ablehnung	15
Enthaltung	0
Abgestimmt	55
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Nicht anwesend
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	Nicht anwesend
Gisler-Burri Gabriella	Nicht anwesend
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	Nicht anwesend
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	Präsident/in
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung
Keller Regula	B: Ablehnung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Nicht anwesend
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	B: Ablehnung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	B: Ablehnung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung